

**Société Générale Effekten GmbH
Frankfurt am Main**

**Konzernzwischenlagebericht
für das Halbjahr vom 1. Januar bis 30. Juni 2017**

A. Grundlagen des Konzerns

I. Vorbemerkung

Mit Vollzug des Kaufvertrags am 1. Januar 2017 hat die Société Générale Effekten GmbH (SGE), Frankfurt am Main, die Anteile der Société Générale Securities Services GmbH (SGSS), Unterföhring, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, sowie der ALD Lease Finanz GmbH (ALD LF), Hamburg, erworben. Aufgrund der Regelungen des § 290 HGB und des § 37y WpHG ist die SGE erstmalig verpflichtet, einen Konzernabschluss und -lagebericht zum 31. Dezember 2017 sowie einen Konzernzwischenabschluss und -lagebericht zum 30. Juni 2017 aufzustellen.

II. Geschäftsmodell

Der SGE-Konzern ist in drei Geschäftsfeldern tätig, die jeweils durch die SGE, die SGSS und die ALD LF betrieben werden.

Die **SGE** ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Société Générale S.A. Frankfurt, welche eine Zweigniederlassung der Société Générale S.A., Paris, ist. Gegenstand des Unternehmens ist die Emission von Optionsscheinen und Zertifikaten, die jeweils vollständig an die Société Générale S.A., Paris, an die Société Générale Option Europe S.A., Paris, an die Société Générale Zweigniederlassung Madrid sowie an die inora LIFE Limited, Dublin, verkauft werden. Sämtliche Kontrahenten sind Unternehmen der Société Générale S.A. Gruppe. Ein weiteres Betätigungsfeld der Gesellschaft ist der Erwerb sowie das Halten und Verwalten von Beteiligungen.

Aufgrund der Einführung des „europäischen Passes“ und der damit nur einmalig erforderlichen Genehmigung der Wertpapierprospekte durch die zuständige Aufsichtsbehörde (BaFin), kann die Gesellschaft ihre Produkte an verschiedenen Börsen in der europäischen Union notieren (listen) (Börsen in Madrid, Mailand, Paris, Luxemburg, London, Stockholm, Helsinki u.a.). Im Falle des Listings an einer Börse in einem Land, das nicht der europäischen Union angehört, erfolgt die Genehmigung durch die entsprechende Aufsichtsbehörde des jeweiligen Landes. Die Gesellschaft beendete aufgrund einer internen Restrukturierung Mitte 2016 die Emissionstätigkeit von Neugeschäften mit Notierung an anderen europäischen Börsen. Eine Notierung von Emissionen der Gesellschaft an einem regulierten Markt i.S. der EU-Prospektrichtlinie soll zukünftig nicht erfolgen. Notierungsaufnahmen in unregulierten Börsensegmenten, wie etwa der Freiverkehr an den Börsen in Deutschland, sind weiter vorgesehen.

Die Emissionen werden nach dem Ankauf durch die o.a. Kontrahenten in einer zweiten Stufe von der Société Générale S.A., Paris, an Enderwerber platziert, sodass hieraus kein Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Emittentin SGE resultiert.

Die **ALD LF** ist als herstellerunabhängige Leasinggesellschaft ein professioneller und zuverlässiger Partner des Handels. Ihr Anspruch ist es, mit ihrem Leistungsangebot die Unabhängigkeit der Kfz-Betriebe zu fördern und die Ertragskraft des Handels zu stärken.

Gemeinsam mit Kooperationspartnern, insbesondere der Tochtergesellschaft Bank Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe GmbH (BDK), Hamburg, werden dem Kfz-Handel und seinen Kunden Finanzierungslösungen und Dienstleistungen rund ums Automobil angeboten. Die Produktpalette deckt alle Finanzprozesse im Autohaus ab: Absatzfinanzierung und -leasing, Einkaufsfinanzierung und Versicherungen, die die Bindung der Kunden an das Autohaus erhöhen und somit die Ertragschancen steigern. Die BDK als Tochtergesellschaft der ALD LF arbeitet dabei zusätzlich mit einigen Herstellern und Importeuren zusammen. Dabei übernimmt sie Teile des Captive-Geschäftes bis hin zur kompletten Dienstleistung einer Herstellerbank.

Alle wesentlichen Vertriebs- und Abwicklungsfunktionen werden im Rahmen einer Geschäftsbesorgung durch Mitarbeiter der BDK dargestellt. Damit erhalten die Kooperationspartner und Kunden den Service für alle Produkte aus einer Hand.

Die **SGSS** ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne der §§ 17 und 18 KAGB. Das Geschäftsmodell der SGSS ist die Verwaltung von Investmentfonds im Rahmen des sogenannten Master KVG Modells sowie das Insourcing der Fondsadministration von anderen Kapitalverwaltungsgesellschaften. Weiterhin werden Direktanlagen administriert. Die Erbringung dieser Dienstleistungen erfolgt im Wesentlichen an europäische Kunden.

III. Zweigniederlassungen

Die BDK unterhält in Stuttgart eine Zweigstelle, in der die Kreditentscheidung und -abrechnung im Rahmen einer Kooperation mit der FFS Group durchgeführt wird.

IV. Steuerungssystem

Aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsmodelle der einzelnen Konzerngesellschaften erfolgt die Konzernsteuerung dezentral in den einzelnen Segmenten. Dabei wird zwischen den Segmenten „Global Banking and Investor Solutions“ (Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäft der SGE), „Financial Services to Corporates and Retail“ (Kredit- und Leasinggeschäft der ALD LF) und „Asset Management“ (SGSS) unterschieden. Für die bei der Steuerung herangezogenen Leistungsindikatoren und Kennzahlen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter B. IV.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im ersten Geschäftshalbjahr 2017 besser entwickelt als im Vorjahreshalbjahr 2016.

Neben dem starken Wirtschaftswachstum in den USA haben auch stimulierende Maßnahmen der asiatischen Regierungen zu dem insgesamt positiven wirtschaftlichen Umfeld im ersten Halbjahr 2017 beigetragen. Die Wirtschaftsdaten der Vereinigten Staaten sind durch einen höheren Binnenkonsum und höheren Investitionen besser als im Vorjahresvergleich. Im Euroraum ist die Arbeitsmarktlage durch eine weiterhin expansive Geldpolitik als positiv einzustufen. In Deutschland stützen vor allem die Konsumausgaben sowie der positive Außenhandelsbeitrag die Konjunktur.

Das Bruttoinlandsprodukt ist sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone im 2. Quartal 2017 um 0,6% gestiegen, womit der stetige Wachstumskurs bestätigt und das Wachstum des 1. Quartals fortgesetzt wurde.¹

Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist 2017 weiter leicht gesunken. Auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich diese im Juni auf 5,6 % (Jahresende 2016: 5,8 %). Die nunmehr seit Jahren geringe Arbeitslosenquote wirkt sich positiv auf die Wirtschaftskraft der Konsumenten aus.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ging um 7,5 % zurück. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist 2017 ebenfalls weiter gesunken und liegt mit 10.300 Fällen 5,9 % unter dem Wert der Vorjahresperiode.

Politische Risiken aus den europäischen Wahlen in Frankreich und den Niederlanden materialisierten sich nicht. Im Gegenteil könnte der Ausgang der französischen Wahl einen Reformprozess in Frankreich anstoßen.

Die EZB hat in 2017 ihre expansive Geldpolitik fortgesetzt und den Banken großzügig Liquidität zur Verfügung gestellt. Entsprechend befinden sich sowohl kurz- als auch langfristige Zinsen weiterhin auf niedrigem und teilweise sogar negativem Niveau. Die amerikanische Notenbank hat dagegen die in 2015 eingeleitete Zinswende fortgesetzt. Der Euro hat dennoch im Laufe des ersten Halbjahres 2017 an Wert gewonnen und notierte zum 30. Juni 2017 bei 1,14 USD (Jahresende 1,05 USD/EUR).

Die mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehenden Veränderungen von Basisgrößen (Aktien- und Währungskurse, Indices etc.) sind Ankerpunkt für die Erwartungshaltung von Investoren und damit ausschlaggebend für die Konzipierung von Emissionsprodukten im Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäft. Der Konzern hat im vergangenen Geschäftshalbjahr 2017 bei der Einführung neuer Produkte zeitnah auf die Volatilität der Märkte reagiert und dementsprechend neue Produkte aufgelegt bzw. bestehende Produkte angepasst.

Die Komplexität von Regulierung und Aufsicht ist nach wie vor sehr hoch (Eigenkapitalvorschriften, detaillierte Anforderungen an Risikomanagementsysteme; Auskunft und Häufigkeit von Offenlegungspflichten, geändertes Prospektrecht). Die Komplexität basiert im Wesentlichen auf der europäischen Harmonisierung und der Anwendung auf international tätige Unternehmen. Um einheitliche Standards in der Bankenaufsicht sicherzustellen, wurde ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus geschaffen. Der Großteil der in Deutschland gültigen Regelungen und Verfahrensvorschriften wird nun überwiegend vor einem europäischen Hintergrund bestimmt.

Die SGE gehört zu den 10 führenden Emittenten für derivative Wertpapiere in Deutschland. Als Teil des Geschäftsbereiches „Global Banking and Investor Solutions“ der Société Générale ist sie weltweit führend in den Segmenten derivative und strukturierte Produkte.

Der deutsche Automarkt zeigte sich im ersten Halbjahr 2017 auch vor dem Hintergrund des ausgezeichneten konjunkturellen Umfelds als stabil. Im ersten Halbjahr 2017 wurden gemäß Kraftfahrt-Bundesamt 1.787.026 neue PKW zugelassen. Das waren 3,1 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

VW hat im ersten Halbjahr 2017 3,8 % weniger Fahrzeuge zugelassen und damit Marktanteil verloren, blieb aber mit 18,6 % trotz Diesel-Affäre unangefochtener Marktführer.

¹ Statistisches Bundesamt

Bei den deutschen Marken Mercedes (+6,6%), Mini (+5,9%) und Porsche (+2,4 %) zeigten sich im ersten Halbjahr positive Vorzeichen, die anderen Hersteller wiesen Rückgänge auf. Opel hatte einen leichten Rückgang von 0,7% ggü. dem ersten Halbjahr 2016 zu verzeichnen.

Bei den Importeuren zeigte die Marke Tesla mit 143,6% Prozent den stärksten Anstieg, wohingegen Hyundai mit 0,5% den geringsten Anstieg aufwies.

Als markenunabhängiger Automobilfinanzierer konnte das Konzernunternehmen ALD LF von der stabilen Entwicklung auf dem Automobilmarkt profitieren. Zusammen mit dem Tochterunternehmen BDK ist die ALD LF unverändert Nummer zwei im Markt der markenunabhängigen Automobilfinanzierer.

Die deutsche Fondsindustrie konnte ihr verwaltetes Vermögen im ersten Halbjahr 2017 weiter steigern. Basierend auf der BVI Investmentstatistik flossen der deutschen Fondsbranche in den ersten sechs Monaten netto 79,1 Milliarden Euro zu. Das ist das zweitbeste Neugeschäft in einem Halbjahr. Nur im Rekordjahr 2015 sammelten die Fondsgesellschaften von Anfang Januar bis Ende Juni mit 110,8 Milliarden Euro mehr ein. Der Treiber im Neugeschäft sind weiterhin offene Spezialfonds mit Zuflüssen von 49,2 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Auf offene Publikumsfonds entfielen bis Ende Juni 36,4 Milliarden Euro. Die Fondsgesellschaften verwalteten Ende Juni ein Vermögen von 2,9 Billionen Euro. Die SGSS steht bei den eigen verwalteten Vermögen auf Platz 12 der BVI Investmentstatistik.

Unter Würdigung aller genannten Sachverhalte stuft die Geschäftsführung die Auswirkungen der wirtschaftlichen und branchenbezogenen Entwicklungen auf den Konzern als positiv ein.

II. Geschäftsverlauf

Global Banking and Investor Solutions

Aufgrund des angestrebten Zieles die Marktposition in Deutschland im Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäft im Geschäftsjahr 2017 weiterhin auszubauen, stieg die Anzahl der emittierten Produkte im Bereich der Optionsscheine um 75% gegenüber dem Vorjahreshalbjahr 2016 an. Dieser Anstieg im Bereich Optionsscheine wurde jedoch nicht im gleichen Maße im Bereich Emission von Zertifikaten vollzogen (Abnahme um 38% im Vergleich zum Vorjahr).

Financial Services to Corporates and Retail

Das Neugeschäft in der Absatzfinanzierung stieg gegenüber dem Vorjahr um 51 Mio. € (6,7 %) auf insgesamt 826 Mio. EUR an. Der Planwert von 593 Mio. EUR wurde deutlich überschritten (+39,3 %).

Zum Ende des zweiten Quartals lag das Bestandsvolumen der Absatzfinanzierung um 16,5 % über dem Vorjahreswert von 2.808 Mio. EUR und erreichte 3.272 Mio. EUR. Der Planwert von 3.178 Mio. EUR wurde um 2,9 % überschritten.

Im Bereich der Händlerfinanzierung lagen wir Ende Juni mit einem Bestand von 1.053 Mio. EUR um 56,8 % über dem Vorjahresniveau (672 Mio. EUR) und um 2,5 % über dem Planwert von 1.028 Mio. EUR. Grund hierfür ist die gestartete Kooperation mit Hyundai Capital Bank Europe für das Fabrikat KIA im Januar 2017.

Das Ende der direkten Kooperation mit Hyundai konnte durch andere Vertriebsaktivitäten weitestgehend kompensiert werden.

In Stückzahlen hat sich der Leasingbestand, der die Anzahl aktiver Leasingverträge bezeichnet, wie folgt entwickelt:

Geschäftsjahr	<u>2013</u>	<u>2014</u>	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>30.06.2017</u>
Bestandszugang	18.718	17.315	16.762	21.313	11.221
Fahrzeugbestand	63.956	62.040	60.875	62.941	64.435

Asset Management

Das 1. Halbjahr 2017 verlief im Segment Asset Management erwartungsgemäß mit einem geplanten Verlust in Höhe von 5,6 Mio. EUR. Die Erträge sind im Wesentlichen abhängig von der Entwicklung des administrierten Vermögens. Dieses lag im 1. Halbjahr 2017 aufgrund von Fondsliquidationen und zeitverzögertem Neugeschäft unter den Erwartungen. Das Nettobankergebnis blieb daher um 5% hinter den Erwartungen zurück. Demgegenüber waren die operativen Kosten 4% niedriger als erwartet, was überwiegend auf nicht besetzte Planstellen zurückzuführen ist. Die Zeitverzögerung im Neukundengeschäft wirkte sich auch bei den Softwareinvestitionen im 1. Halbjahr 2017 aus, welche geringer ausfielen als ursprünglich geplant. Kostensteigerungen gab es insbesondere durch eine höher als erwartete Belastung mit Managementumlagen der SG Gruppe.

Ein wesentlicher Kostenfaktor im 1. Halbjahr 2017 waren die Projekte zur Umsetzung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen. Im Fokus standen dabei die Projekte Fund Taxation (Implementierung des Investmentsteuerreformgesetzes), IFRS 9 sowie MiFID 2. Neben den gesetzlichen und regulatorischen Projekten arbeiten wir verstärkt an kundenbezogenen Projekten. Hier lag der Schwerpunkt auf der Anbindung von neuen Kunden sowie der Entwicklung unseres Middle Office Services als eigenständiges Produkt („Middle Office Stand Alone“).

Gesamtaussage

Unter Berücksichtigung der voranstehend beschriebenen Entwicklungen in den einzelnen Segmenten ist der Geschäftsverlauf des Konzerns aus Sicht der Geschäftsführung im 1. Halbjahr 2017 insgesamt positiv gewesen.

III. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Ertragslage

Die Ertragslage im SGE Konzern umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 30. Juni 2017. Aufgrund der erstmaligen Erstellung des Konzern(zwischen)abschlusses werden keine Vorjahresvergleichszahlen ausgewiesen.

	in Mio. EUR <u>30.06.2017</u>
Zinsüberschuss	72
Provisionsüberschuss	34
Nettoergebnis aus Finanztransaktionen	-2
Ergebnis aus sonstigen Aktivitäten	-13
Nettobankergebnis	91
Personalaufwendungen	-32
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	-24
Bruttobetriebsergebnis	35

Risikokosten	-7
Betriebsergebnis	28
Ergebnis vor Steuern	28
Ertragssteuern	-11
Nettoergebnis aller Unternehmen des Konsolidierungskreises	17
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-1
Nettoergebnis (Anteil der Gruppe)	16

Der Zinsüberschuss belief sich im ersten Halbjahr 2017 auf 72 Mio. EUR und resultierte im Wesentlichen aus dem Kredit- und Leasinggeschäft im Segment Financial Services to Corporates and Retail.

Der Provisionsüberschuss erreichte per 30. Juni 2017 34 Mio. EUR. Dabei entfielen 21 Mio. EUR auf das Segment Financial Services to Corporates and Retail und 13 Mio. EUR auf das Asset Management.

Das Ergebnis aus sonstigen Aktivitäten in Höhe von -13 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf das Segment Financial Services to Corporates and Retail zurückzuführen und umfasst insbesondere Aufwendungen und Erträge aus operativen Leasingverhältnissen im Rahmen von Leasinggeberverhältnissen.

Zum 30. Juni 2017 weist der Konzern ein Nettobankergebnis von 91 Mio. EUR aus.

Wesentliche Aufwandspositionen im Konzern sind die Personalaufwendungen und sonstige Verwaltungsaufwendungen. Hierbei belaufen sich die Personalaufwendungen auf eine Höhe von 32 Mio. EUR und die sonstigen Verwaltungsaufwendungen auf 24 Mio. EUR, die jeweils vorwiegend in den Segmenten Financial Services to Corporates and Retail und Asset Management angefallen sind.

Nach Abzug von Ertragssteuern in Höhe von 11 Mio. EUR beläuft sich das Nettoergebnis des Konzerns nach Berücksichtigung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss zum 30. Juni 2017 auf 16 Mio. EUR.

Die Ertragslage je Segment stellt sich wie folgt dar:

Global Banking and Investor Solutions

Die Erlöse aus dem Verkauf der emittierten Optionsscheine und Zertifikate decken sich stets mit den Aufwendungen für den Erwerb der korrespondierenden Deckungsgeschäfte, sodass die Gesellschaft aus dem Emissionsgeschäft keinen Gewinn erzielt.

Aufgrund der Absicherung der Währungsrisiken ergeben sich aus Wechselkursschwankungen keine Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Personal- sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden auf Basis einer „cost plus-Regelung“ der Société Générale S.A., Paris, weiterbelastet.

Zum 30. Juni 2017 ergibt sich in dem Segment ein Halbjahresverlust in Höhe von 1,4 Mio. EUR. Dieser resultiert im Wesentlichen aus Zinsaufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. EUR für das zum Kauf der Anteile der ALD LF und SGSS aufgenommene Darlehen bei der Société Générale S.A. Frankfurt. Die Ertragslage hat sich im Einklang mit der Geschäftsplanung entwickelt.

Financial Services to Corporates and Retail

Der Zinsüberschuss ist im ersten Halbjahr 2017 aufgrund des starken Neugeschäfts und dem damit verbundenen Bestandsaufbau weiter gestiegen, sodass der Planwert um 4,6 Mio. EUR überschritten wurde.

Durch das hohe Neugeschäft und die dadurch erzielten Provisionserlöse aus der Versicherungsvermittlung liegt der Provisionsüberschuss deutlich um 6,8 Mio. EUR über dem Planwert.

Die Risikovorsorge liegt um 1,8 Mio. EUR über dem Planwert.

Insgesamt liegt das Ergebnis bei 23 Mio. EUR, womit das geplante Ergebnis um 0,3 Mio. EUR übertroffen wurde.

Der RoE beträgt für das 1. Halbjahr 2017 13,7 %.

Asset Management

Im Segment Asset Management beträgt der Provisionsüberschuss des 1. Halbjahres 2017 13 Mio. EUR und beinhaltet im Wesentlichen Verwaltungsvergütungen sowie Leistungen aus Fondadministration gegenüber Dritten. Der Zinsüberschuss beläuft sich auf 0,2 Mio. EUR.

Die Kosten setzen sich im 1. Halbjahr 2017 aus Personalaufwendungen in Höhe von 8,7 Mio. EUR und sonstigen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 9,9 Mio. EUR zusammen. Diese beinhalten externe Kosten für Projekte im Umfang von 2,2 Mio. EUR.

Zum 30. Juni 2017 ergibt sich in dem Segment ein Halbjahresverlust in Höhe von 5,6 Mio. EUR, was sich mit dem gemäß Geschäftsplanung erwarteten Verlust deckt.

b) Finanz- und Liquiditätslage

Art und Abwicklung der geschäftlichen Aktivitäten des Konzerns sind darauf ausgerichtet, eine stets ausreichende Liquiditätslage zu gewährleisten.

Die Verbindlichkeiten aus der Emission von Zertifikaten und Optionsscheinen werden generell durch laufzeitkongruente, währungsgleiche und preisrisikoidentische Finanzinstrumente abgesichert.

Zahlungswirksame Geschäftsvorfälle im Optionsscheine- und Zertifikategeschäft ergeben sich aus den Emissionen und deren Sicherungsgeschäften, aus der Begleichung von Personal- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie deren Weiterbelastung an die Société Générale S.A., Paris.

Aufgrund der vollständigen Rückerstattung aller bei der Emission anfallenden Kosten durch die Société Générale S.A. verfügt der Konzern über ausreichende Liquidität und ist in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Zur Finanzierung der Leasingaktivitäten nutzt der Konzern neben dem Eigenkapital vor allem Finanzierungsmittel der Société Générale S.A. mit einem festen Zinssatz mit endfälliger oder amortisierender Struktur. Dabei verfolgen wir den Grundsatz einer überwiegend fristenkongruenten Refinanzierung.

Zudem wurden zur Sicherstellung der Grundliquidität Kreditlinien auf Basis der Geschäftsplanung mit der Société Générale S.A. und anderen Kreditinstituten vereinbart. Am Bilanzstichtag betrugen diese Kreditlinien 3.441 Mio. EUR, von denen 346 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen waren.

Darüber hinaus nutzen wir im Segment Financial Services to Corporates and Retail auch das Instrument der Verbriefung von Kreditforderungen. Unter dem Namen „Red & Black“, der für Verbriefungen der Société Générale Gruppe verwendet wird, haben wir Forderungen aus dem Leasinggeschäft in bisher 4 Strukturen gebündelt und öffentlich platziert. Zum Bilanzstichtag bestanden drei aktive Strukturen. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Zweckgesellschaften aus der Verbriefung weisen wir unter „Verbrieftes Verbindlichkeiten“ aus. Zum Bilanzstichtag betrugen diese 1.058 Mio. EUR (1. Januar 2017: 1.385 Mio. EUR).

Der Konzern verfügt zum 30. Juni 2017 über liquide Mittel in Höhe von 106 Mio. EUR (1. Januar 2017: 182 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Wesentlichen infolge von höheren Termingeldeinlagen auf 3.568 Mio. EUR (1. Januar 2017: 2.961 Mio. EUR) erhöht.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind im Vergleich zum 1. Januar 2017 um 119 Mio. EUR auf 105 Mio. EUR gefallen. Sie enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus sonstigen Verwaltungsaufwendungen.

Die Rückstellungen in Höhe von 17 Mio. EUR (1. Januar 2017: 17 Mio. EUR) enthalten neben Rückstellungen aus dem Personalbereich und für Steuern im Wesentlichen Rückstellungen für Bonuszahlungen an unsere Kooperationspartner.

Zum 30. Juni 2017 bestehen außerbilanzielle Verbindlichkeiten in Form von Kreditzusagen in Höhe von 133 Mio. EUR.

c) Vermögenslage

Die Bilanz beinhaltet im Wesentlichen die Position der emittierten Wertpapiere sowie deren Deckungsgeschäfte und variiert in den Werten mit der Emissionstätigkeit des Konzerns.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung am 1. Januar 2017 um 1.761 Mio. EUR auf nunmehr 21.072 Mio. EUR vermindert. Dies liegt zum einen an geringeren tatsächlich platzierten Nominalbeträgen pro Produkt und zum anderen an Delisting-Maßnahmen von nicht platzierten Produkten.

Die Forderungen an Kunden sind im Vergleich zum 1. Januar 2017 um 345 Mio. EUR auf 3.577 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Ratenkredite im Rahmen der Absatzfinanzierung im Segment Financial Services to Corporates and Retail. Bei der Absatzfinanzierung handelt es sich um Ratenkredite mit einer fest vereinbarten Laufzeit und festem Zinssatz. Das Kreditvolumen aus der Absatzfinanzierung beläuft sich zum 30. Juni 2017 auf 3.273 Mio. EUR (1. Januar 2017: 3.273 Mio. EUR).

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 139 Mio. EUR betreffen im Wesentlichen kurzfristige Guthaben bei der Société Générale S.A. und Deutsche Bank AG.

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Leasingvermögen in Höhe von 402 Mio. EUR (1. Januar 2017: 389 Mio. EUR) und immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 6 Mio. EUR (1. Januar 2017: 7 Mio. EUR).

Die Forderungen aus Leasingverhältnissen betragen zum 30. Juni 2017 416 Mio. EUR (1. Januar 2017: 390 Mio. EUR).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen abgegrenzte Vorauszahlungen in Höhe von 75 Mio EUR (1. Januar 2017: 72 Mio EUR) sowie sonstige Forderungen in Höhe von 65 Mio EUR (1. Januar 2017: 176 Mio EUR).

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus den erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten finanziellen Verbindlichkeiten. Daneben bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus der Refinanzierung des Kredit- und Leasinggeschäfts.

Das Eigenkapital des Konzerns zum 30. Juni 2017 beträgt 51 Mio. EUR (1. Januar 2017: 33 Mio. EUR). Für weitere Informationen verweisen wir auf Note 17.

Gesamtaussage

Unter Berücksichtigung der voranstehend beschriebenen Entwicklungen in den einzelnen Segmenten sind sowohl der Geschäftsverlauf des Konzerns als auch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus Sicht der Geschäftsführung im 1. Halbjahr 2017 insgesamt positiv zu bewerten.

IV. Finanzielle-/ Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Global Banking and Investor Solutions

Der Geschäftsfokus im Segment Global Banking and Investor Solutions liegt auf der Emission von Optionsscheinen und Zertifikaten. Auf Ebene der SGE wird daher das Emissionsvolumen als finanzieller Leistungsindikator herangezogen.

Im Geschäftshalbjahr 2017 wurden Optionsscheine über insgesamt 157.796 Produkte (im Vorhalbjahr: 90.383) begeben.

Des Weiteren wurden 13.979 Zertifikatprodukte (im Vorhalbjahr: 22.402) emittiert. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Bonus- und Discountzertifikate.

Financial Services to Corporates and Retail

Als finanzielle Leistungsindikatoren werden im Segment Financial Services to Corporates and Retail das Ergebnis vor Gewinnabführung sowie der Return on Equity (RoE) verwendet. Der RoE setzt das Ergebnis inklusive der Tochtergesellschaften nach Steuern im Verhältnis zum normierten Eigenkapital. Der RoE betrug für das 1. Halbjahr 2017 13,7 %.

Eine weitere Kennzahl stellt die Anzahl der Neuverträge im Leasinggeschäft dar. Im 1. Halbjahr 2017 wurden 11.221 Leasingverträge neu abgeschlossen. Der Vertragsbestand ist um 2,4 % von 62.941 auf 64.435 Leasingverträge gestiegen.

Asset Management

Das administrierte Fondsvermögen eigenverwalteter Publikums- und Spezial-Sondervermögen inklusive Dachfonds, als wesentlicher Leistungsindikator der SGSS, beträgt per 30. Juni 2017 rd. 58,3 Mrd. EUR. Damit stiegen die Volumina in diesem Geschäftsfeld (Master Kapitalverwaltungsgesellschaft) gegenüber dem Jahresbeginn um 0,8 Mrd. EUR (+1%) an. Der Anstieg des verwalteten Vermögens in diesem Geschäftsfeld resultiert sowohl aus Mittelzuflüssen als auch aus Marktpreiseffekten. Das administrierte Vermögen in Direktanlagen beträgt per Ende Juni 2017 rd. 3,1 Mrd. EUR und liegt damit über dem Jahresanfangswert von 3,0 Mrd. EUR.

Das administrierte Fondsvermögen für andere KVGen (Insourcing) per 30. Juni 2017 beläuft sich auf rd. 27,0 Mrd. EUR. Damit ist das Fondsvermögen gegenüber dem Jahresanfang durch Mittelzuflüsse um 0,4 Mrd. EUR gestiegen. Insgesamt werden rd. 88,4 Mrd. EUR per 30. Juni 2017 administriert (1. Januar 2017: 87,1 Mrd. EUR).

Bei den für unsere Kunden definierten Key Performance Indikatoren (KPI) gab es wieder sehr gute Ergebnisse. Insgesamt konnten erneut mehr als 99% aller KPIs erreicht werden. Die Kundenbeschwerden sind auf einem konstant niedrigen Level.

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Konzerns

I. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Prognosebericht)

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Risiko einer Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums, zum Teil durch die Verstärkung protektionistischer Tendenzen sowie das Risiko einer Eskalation geopolitischer Konflikte, kann sich negativ auf das zweite Geschäftshalbjahr 2017 auswirken.

Analog zu den Wirtschaftsforschungsinstituten erwarten wir für das zweite Halbjahr 2017 dennoch ein positives Wirtschaftswachstum in Deutschland, sodass sich für das Gesamtjahr ein Wachstum in ähnlicher Größenordnung wie in 2016 ergeben könnte.

Die europäischen Volkswirtschaften haben in den letzten Quartalen auf den Wachstumspfad zurückgefunden. Das Gesamtumfeld ist jedoch immer noch anfällig für Krisen, wie z.B. die Bankenkrise in Italien gezeigt hat. Eine weitere Krise im Bankensektor oder in einem Euroland kann für eine deutliche Eintrübung des wirtschaftlichen Umfeldes sorgen. Die Stabilisierungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) wirken aktuell positiv auf die Staatsverschuldung der Euroländer und geben den Staaten Zeit für Reformen. Dennoch werden die Maßnahmen der EZB nicht dauerhaft sein. Die anziehende Inflation kann sehr schnell zum Umdenken bei den Notenbankern und zu steigenden Zinsen bei Staatsanleihen führen, was den Spielraum für notwendige Staatsausgaben einschränken würde.

In den Vereinigten Staaten stellt sich die aktuelle wirtschaftliche Lage positiv dar. Ein positives Wirtschaftswachstum begünstigt durch niedrige, wenn auch ansteigende Zinsen sorgt für Beschäftigungswachstum. Die neu gewählte Regierung möchte die Zahl der Arbeitsplätze insbesondere in der Industrie durch protektionistische Maßnahmen erhöhen. Es ist schwer vorherzusagen, ob diese Maßnahmen mittel- bis langfristig positiv für die USA sind oder nicht. Größere Anpassungen insbesondere der wirtschaftlichen Ausrichtung eines Landes bedeuten immer Unsicherheit für das Land selbst und im Hinblick auf die größte Volkswirtschaft der Welt auch Unsicherheit für alle anderen Volkswirtschaften.

Ein Blick nach Asien zeigt, wie schwierig und dauerhaft Probleme im Einzelnen sein können. Japan hat es trotz massiver fiskalpolitischer und geldpolitischer Maßnahmen noch nicht geschafft, die Deflation zu überwinden. In China führt der Umbau des Wirtschaftssystems hin zu einer Konsumgesellschaft zu einem Rückgang der Wachstumsraten, wenn auch auf einem hohen Niveau. Der Einbruch ist zwar nicht so stark wie befürchtet, aber trotzdem deutlich. Die größte Stütze des Wachstums ist nach wie vor der Staat, welcher versucht das Wachstum stabil zu halten. Bedenklich sind inzwischen die stark gestiegenen Schulden der Unternehmen, welche begünstigt durch die geldpolitischen Stützungsmaßnahmen ein ernstzunehmendes Ausmaß erreicht haben. Insbesondere Unternehmen aus dem Bau- und Rohstoffsektor sind hoch verschuldet. Hier könnten sich zunehmende Zahlungsausfallrisiken

für die chinesische Volkswirtschaft sowie aufgrund der globalen Vernetzung für die Weltwirtschaft ergeben.

Global Banking and Investor Solutions

Deutschland als einer der beiden größten Märkte für Optionsscheine und Zertifikate weltweit liegt im Fokus der Wachstumsstrategie der Société Générale Gruppe. Im Rahmen eines Projektes zur Ausweitung der Emissionstätigkeit will die Société Générale Effekten GmbH ihre Marktposition weiter ausbauen.

Die Geschäftsführung geht von einem weiteren Anstieg der Emissionstätigkeit aus. Diese betrifft insbesondere den deutschen Markt. Mithilfe von bereits in 2015 begonnenen Automatisierungen im Emissionsprozess und den damit einhergehenden Kapazitätsausweitungen und einer gestiegenen Effizienz im Emissionsprozess kann somit diesem Anliegen entsprochen werden. Weiterhin muss in einem volatilen Marktumfeld mit einem erhöhten Volumen an Nachemissionen von Turbo-Optionsscheinen bei Verletzung der Barrieren gerechnet werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren wird auch im Gesamtjahr 2017 eine breite Produktpalette im Bereich Optionsscheine und Zertifikate angeboten. Zurzeit werden 150.000 verschiedene Produkte angeboten, die bis zum Jahresende auf über 350.000 ausgebaut werden sollen.

Für 2018 erwartet der Konzern verschärfte Wettbewerbsbedingungen. Erfolgsfaktoren werden dabei der Preis, Serviceleistungen sowie die Produktqualität sein. Das Thema Regulierung wird noch präsenter sein als 2017. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben sich auf neue Vorschriften zur Überarbeitung des Prospektrechts verständigt.

Financial Services for Corporates and Retail

Seit 1. Oktober 2012 besteht eine Kooperation mit der FFS Bank GmbH und FFS Leasing GmbH im Bereich des Absatzgeschäfts. Hierbei werden unter der Marke „FFS Group“ unsere Absatzfinanzierungs- und Leasingprodukte über die kooperierenden Händlern der FFS Bank GmbH und FFS Leasing GmbH angeboten. Im Rahmen dieser Kooperation wurden in der Vergangenheit insbesondere Neufahrzeuge der Marke Hyundai erfolgreich zum Leasing angeboten. Da Hyundai eine eigene Captive für Hyundai gegründet hat und die Kooperation 2017 ausgelaufen ist, erwarten wir in einem unverändert herausfordernden Wettbewerbsumfeld für das 2. Halbjahr 2017 Jahr ein leicht sinkendes Neugeschäft. Aufgrund daraus resultierender sinkender Neugeschäftsprovisionen erwarten wir höhere Ergebnisse vor Gewinnabführung und entsprechend einen höheren Return on Equity.

Für das Gesamtjahr 2017 erwarten wir in dem Segment ein Ergebnis von ca. 50 Mio. EUR und einen Return on Equity in Höhe von rund 14%.

Asset Management

Für das 2. Halbjahr 2017 erwarten wir im Bereich Asset Management einen um 2,2 Mio. EUR höheren Verlust als im 1. Halbjahr 2017. Dies ist vor allem durch steigende Projektkosten für die Umsetzung der neuen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen begründet, da die Anforderungen aus IFRS 9, MiFID 2 sowie dem Investmentsteuerreformgesetz bis zum Jahresende implementiert sein müssen. Zusätzlich erwarten wir Projektkosten im Zusammenhang mit der Anbindung von Neukunden sowie der Fertigstellung unseres Produktes „Middle Office Stand Alone“. Erträge aus Neukundengewinnung und neuen Produkten werden jedoch erst im Folgejahr voll

ergebniswirksam. Bei den Erträgen erwarten wir daher nur einen leichten Anstieg um 2% im Wesentlichen bedingt durch die erwartete Steigerung des administrierten Fondsvermögens um ebenfalls 2%.

Zur Begrenzung der Kostensteigerung hat die Geschäftsführung bereits Maßnahmen eingeleitet. Neben Prozessoptimierungsmaßnahmen werden auch weitere Möglichkeiten des Outsourcings sowie Konditionenverhandlungen mit Lieferanten geprüft und bereits teilweise im 2. Halbjahr umgesetzt. Positive Ergebniseffekte aus diesen Maßnahmen werden nur anteilig bis zum Jahresende erwartet und erst in den Folgejahren voll wirksam. Die Qualität unserer Dienstleistungen wollen wir weiterhin auf dem hohem Qualitätsniveau halten. Dabei ist die sehr hohe Zielerreichung bei den KPI weiterhin einer unserer wichtigsten Qualitätsindikatoren.

In den Folgejahren gehen wir von einer schrittweisen Verbesserung des Ergebnisses aus. Neben einer leicht ansteigenden Kostenbasis erwarten wir sich stetig verbessernde Erträge durch den Ausbau des Geschäftes mit Neu- und Bestandskunden sowie einen kontinuierlichen Ertragszufluss in unsere erweiterte Dienstleistungspalette.

II. Risikobericht

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement im Konzern erfolgt auf Ebene der risikorelevanten Unternehmen ALD LF/BDK und SGSS. Ein eigenes Risikomanagement bzw. eine interne Steuerung ist für das Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäft der SGE auf Ebene des SGE-Konzerns nicht erforderlich, da alle entstehenden Risiken im Rahmen einer „Globalgarantie“ an die Société Générale Gruppe abgeführt werden.

Risiken des Teilkonzerns werden nach der Nettomethode dargestellt.

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems sind die Risikostrategie, die Risikoinventur, das Risikotragfähigkeitskonzept sowie die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse.

Risikoinventur

Im Rahmen der mindestens jährlich stattfindenden Risikoinventur sind die nachfolgenden Risikoarten durch die Konzerngesellschaften als wesentlich identifiziert worden:

- Adressenausfallrisiken
- Marktpreis- und Restwertrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Geschäfts- und Reputationsrisiken
- Compliance Risiken

Für die im Asset Management gehaltenen Sondervermögen stehen die klassischen Investmentrisiken wie Markt-, Liquiditäts-, Compliance- und Adressenausfallrisiko im Vordergrund, wobei sich diese aus Konzernsicht „indirekten“ Risiken über das Geschäftsrisiko oder aber bei gesetzlichen sowie vertraglichen Verstößen als Schadensfall- bzw. Verlustrisiko im operationellen Risiko widerspiegeln.

Risikostrategie

Jede Konzerngesellschaft verfügt über eine eigene Risikostrategie, die auf der Geschäftsstrategie der jeweiligen Gesellschaft basiert und für jede Risikoart Ziele und Maßnahmen definiert. Die Risikostrategien werden jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Auf die Risikostrategien abgestimmte Arbeitsanweisungen, ein strukturiertes Berichtswesen, der Risikoart angepasste Limitsysteme sowie die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter sind wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems für alle Risikoarten.

Zusätzlich werden auf monatlicher bzw. auf quartalsweiser Basis wesentliche Risikoindikatoren analysiert und im Société Générale Gruppen-Tool GPS dokumentiert. Reklamationen und Beschwerden werden in einer weiteren zentralen Datenbank erfasst, monatlich ausgewertet und an die Geschäftsführung sowie alle Abteilungsleiter berichtet. Mittels dieser Instrumente werden konkrete Maßnahmen zur Risikominimierung abgeleitet.

a) Adressenausfallrisiken

Global Banking and Investor Solutions

Erfüllungsrisiken aus dem Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäft ergeben sich nicht, da sich die Zahlungen aus dem Verkauf der emittierten Wertpapiere und aus dem Kauf der Deckungsgeschäfte sowie im Rahmen von Ausübungen stets kompensieren. Forderungen aus den abgeschlossenen Gegengeschäften bestehen ausschließlich gegen die Société Générale S.A., Paris. Für die Risikobeurteilung ist die Bonität der Société Générale S.A., Paris, und deren Tochtergesellschaften ausschlaggebend.

Financial Services to Corporates and Retail

Der Bereich Credit Risk Management (CRM) steuert die Kreditrisiken im Leasinggeschäft. Hier werden die Bonitätsentscheidungen für die Einkaufsfinanzierung getroffen, die für eine Kreditgewährung oder -ablehnung maßgeblich sind. Ab einem definierten Kreditvolumen werden Kreditentscheidungen unter Mitwirkung der Kreditabteilung der Societe Generale vorgenommen.

In der Einkaufsfinanzierung führen wir 1.303 Engagements, wobei die 186 größten Kreditnehmer einen Anteil von 54 % am Kreditvolumen aufweisen. Monatlich erstellt der Bereich CRM - unterstützt vom Risikocontrolling - einen Kreditrisikobericht an die Geschäftsführung. Dieser ist Bestandteil des Risikoberichtes der Bank und wird monatlich dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und vierteljährlich dem gesamten Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen unserer Refinanzierung haben wir den überwiegenden Teil des Portfolios (790 Mio. EUR) in der Einkaufsfinanzierung innerhalb des Konzerns regresslos verkauft. Für dieses Portfolio betreuen wir unverändert die Händler und den Finanzierungsbestand, tragen aber das Kreditrisiko nicht.

Im Absatzfinanzierungsgeschäft weisen wir infolge einer breiten Streuung branchentypisch vergleichsweise niedrige Einzelrisiken auf. Mehr als 80 % unserer Darlehensverträge haben ein Kreditvolumen von weniger als 25.000 EUR.

Die Kreditentscheidung in der Absatzfinanzierung erfolgt nach einem standardisierten und systemunterstützten Kreditentscheidungsverfahren vorwiegend in der Abteilung Service

Center Ankauf in Hamburg und Stuttgart. Größere Einzelkredite werden zusätzlich vom CRM votiert und entschieden.

Für die im Rahmen der ABS-Transaktionen verkauften Kreditforderungen tragen wir weiterhin das Kreditrisiko, da wir die Wertpapiere der Klasse B, die nachrangig getilgt werden, vollständig im eigenen Bestand halten. Entsprechend bilanzieren wir auch weiterhin diese Kreditforderungen und bilden für das Kreditrisiko entsprechende Wertberichtigungen.

Den erkannten und latenten Bonitätsrisiken tragen wir durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung. In der Absatzfinanzierung erfolgt die Einzelwertberichtigung anhand von pauschalen Wertberichtigungssätzen, deren Höhe in Abhängigkeit von Zahlungsverzug und Status des Kredites zwischen 5 % und 85 % liegt. Insgesamt beläuft sich die Höhe der bestehenden für Kreditrisiken gebildeten Einzelwertberichtigungen auf 0,9 % des Absatzfinanzierungsportfolios (1. Januar 2017: 0,7 %).

Die Einzelwertberichtigungen in der Einkaufsfinanzierung werden durch eine Einzelfallanalyse ermittelt. Insgesamt sind für das bilanzwirksame Portfolio der Einkaufsfinanzierung Einzelwertberichtigungen in Höhe von 2,3 % gebildet worden. Die Risikokosten, die aus den Abschreibungen auf Forderungen und die Zuführung und Auflösung von gebildeten Wertberichtigungen resultieren, betrugen im Geschäftsjahr EUR 0,6 Mio.

Für die Messung der Konzentrationsrisiken im Leasinggeschäft der ALD LF wird der sogenannte Herfindahl-Index verwendet. Hierbei handelt es sich um einen „modellfreien“ Ansatz zur Quantifizierung des Konzentrationsrisikos. Gut diversifizierte Portfolios weisen einen Index nahe '0' auf, während stark konzentrierte Portfolios Werte gegen 1,0 erreichen. Zum 30. Juni 2017 weisen sowohl das Neugeschäftsportfolio als auch des Bestandsportfolio in Bezug auf Größenklassen, Laufzeiten und Fabrikate Werte zwischen 0,24 und 0,45 auf.

Asset Management

Im Asset Management werden Adressenausfallrisiken von Geschäftspartnern auf Gesellschafts- und Fondsebene fortlaufend anhand von Ratings, Risikoanalysen und entsprechenden Limitierungen gesteuert und überwacht. Aufgrund der Forderungsstruktur gehen wir von keinem erkennbaren Ausfallrisiko für den Konzern aus.

Zur weiteren Darstellung der Kreditrisiken verweisen wir auf unsere Darstellung in Note 29.

b) Marktpreis- und Restwertrisiken

Global Banking and Investor Solutions

Alle Marktpreisrisiken aus emittierten Optionsscheinen und Zertifikaten sind durch Deckungsgeschäfte mit der Société Générale S.A., Paris, vollständig abgesichert. Preisänderungsrisiken, Währungsrisiken sowie Zinsänderungsrisiken bestehen daher nicht.

Financial Services to Corporates and Retail

Aus dem Geschäftsbereich Financial Services to Corporates and Retail resultiert im Zusammenhang mit dem Leasinggeschäft das Restwertrisiko.

Zum 30. Juni 2017 beläuft sich der Anteil der Fahrzeuge, für die die ALD LF das Restwertrisiko trägt, 51 % der Bestandsverträge und liegt damit unterhalb des internen Limits von 60 %.

Für die Übernahme von Restwertrisiken greift die ALD LF auf die Expertise der ALD AutoLeasing und Dienstleistungs GmbH (ALD D), Hamburg, zurück. Die langjährige Erfahrung der ALD D in der Vermarktung von Einzelfahrzeugen und Fahrzeugflotten ist eine wesentliche Basis für eine zuverlässige Einschätzung der nach Rückgabe zu erzielenden Verkaufspreise.

Die Überprüfung und Festlegung der kalkulierten Restwerte für Neuverträge erfolgt in regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Restwertkomitees der ALD D. Zur Bestimmung des im Portfolio enthaltenen Risikos werden Prognosen durch die ALD D erstellt.

Bei der Kalkulation ihrer Restwerte strebt die ALD LF für die Vermarktung ihrer Gebrauchtwagen unter Berücksichtigung der Vertragsendabrechnungen grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis zum Laufzeitende an. Dieses Ziel konnte im vergangenen Jahr nicht immer erreicht werden und auch für das kommende Jahr ist davon auszugehen, dass aus der Verwertung der Leasingrückläufer teilweise Verluste entstehen. Für diese erwarteten Verluste aus der Verwertung wurde eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Insgesamt gehen wir für 2017 von einem ausgeglichenen Verwertungsergebnis aus.

Da im Segment Financial Services to Corporates and Retail keine Kredite in Fremdwährung vergeben werden und wir uns ausschließlich in Euro refinanzieren, ist ein Fremdwährungsrisiko ausgeschlossen.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt mittels einer Zinsablaufbilanz, die vom Risikocontrolling monatlich erstellt und analysiert wird. Als Risikomaß wird die Kennziffer „Sensitivität“ benutzt, die eine Aussage über die Veränderung des Barwertes von Aktiv- und Passivseite aufgrund verschiedener Variationen der Zinsstrukturkurve trifft. Sensitivität ist dabei definiert als Variation im Barwert zukünftiger Positionen bei einer 1%- bzw. 2%-Parallelverschiebung der Zinskurve. Die höchste negative Wertveränderung des Portfolios in den Szenarien beträgt 23,5 Mio EUR (ALD LF) bzw. 13,0 Mio. EUR (BDK).

Im Rahmen der ABS-Transaktionen hat der Konzern jeweils die vollständige Tranche der Wertpapiere der Klasse B erworben und wird diese für die gesamte Laufzeit der Transaktion halten. Aufgrund der Struktur tragen diese Wertpapiere das Adressausfallrisiko der jeweils an die Zweckgesellschaften verkauften Kreditforderungen.

Das Ausfallrisiko für diese Wertpapiere ist bereits im Kreditausfallrisiko der an die Zweckgesellschaften verkauften Kreditforderungen berücksichtigt.

Zur Refinanzierung nutzt der Konzern kurz- und mittelfristige Refinanzierungsmittel sowie Zinsswaps.

Durch die weitgehend fristenkongruente Refinanzierung und die Nutzung von Derivaten besteht zum Bilanzstichtag kein erhöhtes Zinsrisiko.

Es ist beabsichtigt, alle Instrumente bis zum vertraglichen Ende zu halten.

Zum Bilanzstichtag hatten drei Instrumente einen negativen Marktwert in Höhe von 3 Mio. EUR. Die übrigen 15 Instrumente hatten einen positiven Marktwert. Das aus den Finanzinstrumenten resultierende Kontrahenten- und Liquiditätsrisiko schätzen wir als gering ein.

Asset Management

Die Marktpreisrisiken aus Eigenmittelanlagen sind insgesamt als niedrig einzustufen, da die Anlage der liquiden Mittel im Wesentlichen in Form von Kontokorrent- und Festgeldkonten erfolgt sowie in geringerem Maß in Form von Investmentanteilen. Die fondsseitigen Marktpreisrisiken werden fortlaufend anhand der Vorgaben des KAGB und der Derivateverordnung gemessen und gesteuert.

c) Liquiditätsrisiken

Aufgrund der Einbindung in die Société Générale Gruppe sind derzeit keine Liquiditätsrisiken erkennbar. Der Refinanzierungsbedarf wird jährlich im Rahmen des Planungsprozesses ermittelt und mit der Société Générale abgestimmt. Die Refinanzierung findet daher größtenteils über Kreditlinien der Société Générale statt.

Mittels täglich durchgeführter Überwachung der Zahlungsströme und enger Abstimmung mit den Back-Office Abteilungen der Société Générale in Paris ist sichergestellt, dass die Konzerngesellschaften jederzeit in der Lage sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Im Rahmen des Liquiditätscontrollings wird die Geschäftsführung der einzelnen Konzerngesellschaften zudem regelmäßig über etwaige Liquiditätsrisiken informiert. Bei Steuerung der Liquiditätsrisiken werden statistische Analysen der Vergangenheit, insbesondere zur Prognose von vorzeitigen Kreditablösungen, verwendet. Liquiditätsrisiken der Fonds werden unabhängig davon anhand aufsichtsrechtlich anerkannter Methoden überwacht.

Zum 30.06.2017 bestanden insgesamt freie Kreditlinien in Höhe von 346 Mio. EUR.

Zur weiteren Darstellung der Steuerung des Liquiditätsrisikos verweisen wir auf Note 29.

d) Operationelle Risiken

Der Konzern strebt an, seine operationellen Risiken auf ein Minimum zu reduzieren. Für die Überwachung und Kontrolle der operationellen Risiken hat die Société Générale S.A., Paris, Prozesse und Systeme entwickelt, die durch den Konzern angewendet werden. Diese beruhen im Wesentlichen auf dem Prinzip der permanenten Überwachung. In speziell vorgesehenen Applikationen werden Prozesse dokumentiert und nach vorgegebenen Kriterien bewertet, um Verluste aus operationellen Risiken auszuschließen. Dazu gehören auch Vorkehrungen im Rahmen des Business Continuity Plan's (BCP), um bei Störungen der Infrastruktur einen reibungslosen Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten.

Für die ausgelagerten Prozesse in den Servicecentern in Bangalore und Bukarest gelten dieselben Regeln und Prinzipien wie die für die Konzerngesellschaften. Mittels standardisierter Committees und „Key Process Indikatoren (KPI)“ wird die Einhaltung der vorgegebenen Prozesse sichergestellt.

Besondere Bedeutung für das Segment Financial Services to Corporates and Retail hat die Funktion der Betrugsprävention, die Neugeschäft und Kreditbestand überwacht, verdächtige Vorgänge identifiziert und Maßnahmen zur Schadensbegrenzung einleitet sowie unsere Mitarbeiter ausbildet.

Daneben mindern insbesondere der Einsatz von standardisierten Kreditverträgen, die anwaltliche Prüfung von Individualverträgen, veröffentlichte Organisationsrichtlinien und

Arbeitsanweisungen sowie ein funktionierendes internes Kontrollsystem das operationelle Risiko.

Im Bereich Asset Management besteht grundsätzlich die Gefahr, dass der Konzern aufgrund von Verstößen gegen gesetzliche oder vertragliche Bestimmungen oder Verletzungen der Sorgfaltspflicht gegenüber den Investoren regresspflichtig wird. Der Konzern begegnet diesen Risiken insbesondere durch eine sorgfältige Auswahl und Weiterbildung des Personals sowie durch den Einsatz eines hinreichenden Controlling-Instrumentariums. Gegebenenfalls wird ergänzend externe Beratung in Anspruch genommen. Des Weiteren verfügt der Konzern über einen umfangreichen Versicherungsschutz (Personen-, Sach-, Vermögensschaden, etc.) zur Absicherung dieser Risiken. Im Rahmen der Verwaltung der Sondervermögen wird der Einhaltung gesetzlicher und vertraglicher Vorschriften durch organisatorische, personelle und technische Maßnahmen Rechnung getragen. Die Abwicklung der Geschäftsprozesse erfolgt durch leistungsfähige EDV-Systeme. Das Risikomanagement analysiert und erfasst zudem operationelle Fehler und berichtet zweiwöchentlich an die Geschäftsführung der SGSS über den aktuellen Status von Fehlern und umgesetzten Gegenmaßnahmen.

Des Weiteren ist das Notfall- und Krisenmanagement ein wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements. Die Umsetzung der Konzepte ist im Notfallhandbuch der Gesellschaft dokumentiert, welches jedes Geschäftsjahr überarbeitet und aktualisiert wird. Der letzte Test der Notarbeitsplätze der Gesellschaft im Rahmen eines Tests auf Funktionalität und Betriebsfähigkeit im 3. Quartal 2016 verlief erfolgreich.

Durch die beschriebenen Maßnahmen und Prozesse konnte sichergestellt werden, dass es innerhalb des Konzerns im ersten Halbjahr 2017 zu keinen wesentlichen operationellen Risiken im Bereich:

- Aufsichtsrechtliche Meldungen
- Risiken der Informationstechnologie
- Outsourcing Risiken
- Betrugsrisiken

gekommen ist.

e) Geschäfts- und Reputationsrisiken

Realisierte Geschäftsrisiken werden unter Berücksichtigung ihrer Art, Umfang und Komplexität über die Abweichungen bei der Finanz- / Budgetplanung erfasst.

Das Asset Management überwacht die Kundenzufriedenheit mittels Kunden-KPIs, Anfrage- und Beschwerdemanagement sowie regelmäßiger Kundenumfragen.

f) Compliance Risiken

Compliance Risiken werden im Wesentlichen im Rahmen des Asset Management schlagend.

Die Prüfung der Einhaltung der Fonds-Compliance und der Risikolimits werden durch die operativen Fachabteilungen in den jeweiligen Bereichen durchgeführt. Die Ergebnisse der Prüfung werden monatlich an Compliance gemeldet. Im Falle von Anomalien werden unverzüglich Gegenmaßnahmen eingeleitet („Action Plans“). Im Falle relevanter Fälle wird ein für ad-hoc Reporting vorgesehenes Tool der Gruppe genutzt. Zudem wird die Kontrolleffizienz in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Ein monatliches Reporting der Ergebnisse erfolgt an das Compliance Department der Société

Générale S.A. Des Weiteren werden die Geschäftsleitung vierteljährlich und der Aufsichtsrat jährlich unterrichtet.

Risikosteuerungs- und -controllingprozesse

Die Geschäftsleitungen der einzelnen Konzerngesellschaften zeigen sich für das Risikomanagement zuständig, wobei die Geschäftsleitung im Falle der SGE im Wesentlichen auf die „Globalgarantie“ der Société Générale Gruppe abstellt. Sie legen die Risikostrategien fest und entscheiden weiterhin über die Ausgestaltung der Risikotragfähigkeitskonzepte, die einzubeziehende Risikodeckungsmasse und die Höhe der zu vergebenden Limite. Auf Konzernebene existieren aufgrund der Einbindung in die Société Générale Gruppe keine übergeordneten Risikosteuerungs- und -controllingprozesse.

Sowohl ablauf- als auch aufbauorganisatorisch wurden in allen Konzerngesellschaften Regelungen zur Einhaltung der notwendigen Funktionstrennungen getroffen. Die Verantwortlichkeiten für das Initiieren von risikobehafteten Geschäften sind von den Verantwortlichkeiten für das Risikomanagement, die Marktfolge, die Abwicklung und das Rechnungswesen getrennt.

Rechtliche Gefährdungspotenziale

Der Konzern ist Risiken aus Rechtsstreitigkeiten oder -verfahren von Anlegern, Behörden oder Geschäftspartnern ausgesetzt, an denen wir entweder aktuell beteiligt sind oder die sich in der Zukunft ergeben können. Zudem unterliegen der Konzern und dessen Produkte ständigen steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen. Der Ausgang von gegenwärtigen anhängigen bzw. zukünftigen Prüfungen und Verfahren ist nicht vorhersehbar, sodass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichen Aufwendungen entstehen können, die nicht oder nicht in vollem Umfang durch Versicherungsleistungen abgedeckt sind und Auswirkungen auf die Gesellschaft und deren Ergebnisse haben können. Wesentliche Rechtsrisiken sind durch Rückgarantien der Konzernobergesellschaft abgedeckt.

Laufende oder zukünftige Ermittlungen und Untersuchungen aufgrund möglicher Verletzungen von gesetzlichen Vorschriften oder regulatorischen Bestimmungen können straf- und zivilrechtliche Sanktionen inklusive monetärer Strafen sowie weitere finanzielle Nachteile zur Folge haben, die Reputation des Konzerns nachteilig beeinflussen und sich letztlich negativ auf den Unternehmenserfolg auswirken.

Um das Einhalten von Gesetzen und Regeln sicherzustellen, hat der Konzern ein Compliance-Programm etabliert, welches ein fester Bestandteil der Unternehmenskultur ist. Dieses baut auf dem Compliance-Handbuch auf, in dem das Regelwerk für regelkonformes Verhalten und eine dedizierte Compliance-Organisation festgelegt sind.

III. Chancenbericht

Die Strategien der einzelnen Konzerngesellschaften sind darauf angelegt, sich bietende Chancen frühzeitig zu identifizieren, sie unter Anwendung der Risikomanagementsysteme bzw. der Ressourceneinschätzung zu bewerten und sie durch geeignete Maßnahmen für eine erfolgreiche Entwicklung des Konzerns zu nutzen.

Global Banking and Investor Solutions

Im Rahmen des Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäfts nutzt der Konzern für die Konzipierung neuer Produkte ein jeweils einberufenes New Product Committee (NPC), wobei alle am Emissionsprozess beteiligten Abteilungen ihre jeweiligen Anforderungen und Ressourcenallokationen aufzeigen.

Die Betrachtung bezieht alle relevanten Faktoren für die Gesellschaft wie Märkte, Wettbewerbssituation, strategische Ausrichtung, vorhandene Organisation, Personal, Back-Office technisches Abwicklungspotential sowie Volumengrößen ein.

Für das 2. Halbjahr 2017 erwartet der Konzern Chancen aus dem weiteren Anstieg der Geschäftstätigkeit im Optionsscheine- und Zertifikatesgeschäft, ohne dass sich hieraus ein wesentlicher Einfluss auf die Risikosituation des Konzerns ergibt.

Financial Services to Corporates and Retail

Die strategische Ausrichtung des Segments Financial Services to Corporates and Retail im deutschen Markt ist mit der internationalen Strategie der Société Generale Gruppe abgestimmt. Im Rahmen regelmäßiger Berichterstattung an die Société Generale S.A. erfolgt eine laufender Abgleich der Strategie mit der Gruppe.

Unverändert stehen die Intensivierung und Ausweitung der Handelspartnerschaften und damit eine stärkere Marktdurchdringung im Fokus unserer Aktivitäten, woraus sich Chancen für die zukünftige Entwicklung ergeben. Dazu bieten wir dem Autohandel zusätzliche Dienstleistungen, die es ihm ermöglichen, mit uns gemeinsam Kunden im sich verändernden Marktumfeld zu gewinnen. Hierzu gehören der von uns für die Internetseite des Händlers entwickelte Finanzkalkulator, der markenübergreifende Neufahrzeugkonfigurator, die Kalkulations-App für mobile Geräte und insbesondere die Integration unseres POS-Systems mit den wichtigsten im Handel vertretenen Dealer-Management-Systemen.

Der Vertriebserfolg ist eng verbunden mit dem Erfolg unserer Vertriebspartner, den kooperierenden Händlern. Durch die Kooperationen in einzelnen Segmenten mit dem Hersteller Opel wurde Zugang zu weiteren Händlern dieser Marken erlangt. Insbesondere durch die Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter ZDK (über die Beteiligungsgesellschaft des Kfz-Gewerbes mbH) sowie dessen Landesverbänden und angeschlossenen Innungen konnten wir die Beziehungen zu den vermittelnden Kfz-Betrieben festigen und ausbauen. Insgesamt haben wir unsere Absatzfinanzierung durch den Ausbau der Kooperationen auf eine breite Basis gestellt. Mehr als 4.000 Autohandelsbetriebe haben im laufenden Geschäftsjahr aktiv Kunden an uns vermittelt.

Daneben ist unser Erfolg teilweise von Faktoren abhängig, die wir nicht direkt beeinflussen können. Vor allem die Entwicklung des Neu- und Gebrauchtwagenmarktes veranlasst uns zur laufenden Bewertung des Produktportfolios im Segment Financial Services to Corporates and Retail und zu dessen marktorientierter Weiterentwicklung.

Insbesondere die gute Lage am Arbeitsmarkt und steigende Einkommen für die privaten Haushalte könnten, trotz der Folgen aus dem Abgasskandal der Volkswagen AG, für Stabilität bei den privaten Zulassungen und am Gebrauchtwagenmarkt sorgen.

Für das Gesamtjahr 2017 erwartet der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) nur einen leicht rückläufigen Neuwagenmarkt von 3,2 Mio. Fahrzeugen und einen stabilen Gebrauchtwagenmarkt von 7,3 bis 7,4 Mio. Besitzumschreibungen.

Asset Management

Das aktuelle wirtschaftliche und geldpolitische Umfeld ist weiterhin positiv und bietet Chancen für anhaltendes Wachstum im Segment des Asset Managements. Die Geldpolitik der Notenbanken ist nach wie vor sehr expansiv und gewährleistet eine Kreditvergabe zu günstigen Konditionen an Privatpersonen und Unternehmen. Gleichzeitig ist auch die Kreditaufnahme der europäischen Staaten weiterhin zu sehr niedrigen Zinsen möglich, was Spielräume für Investitionen schafft. Dies sollte zu positiven Effekten auf den Arbeitsmärkten führen. Billiges Geld und zunehmende Beschäftigung sind nicht nur Treiber für Wirtschaftswachstum. Auch Investitionen in Vermögenswerte wie Aktien und Immobilien werden begünstigt, da alternative Zinsanlagen sehr wenig Rendite versprechen. Der anhaltende Trend zu Fondsanlagen sowohl von institutioneller als auch von privater Seite sollte daher weiter stabil bleiben. Dies würde sich auch insgesamt positiv auf die im Asset Management betreuten Fondsvolumina auswirken und sich entsprechend in wachsenden Provisionserträgen zeigen. Die Inflationserwartungen sind weiterhin nicht hoch und unterstützen das Ziel der Gesellschaft, die laufenden Betriebskosten stabil zu halten.

Das aktuelle regulatorische Umfeld ist nach wie vor sehr herausfordernd und verlangt von Kapitalverwaltungsgesellschaften zusätzliches Kapital, ständige Anpassungen und Optimierungen. Dennoch ergeben sich aus der europaweiten Regulierung auch Chancen, da gleichartige Standards in Europa festgelegt werden, welche den Ausbau unserer europäischen Aktivitäten begünstigen und auch teilweise kosteneffizienter machen. Die Chancen für uns bestehen darin noch schneller als geplant das europäische Geschäft mit Unterstützung des Konzerns auszubauen und dadurch zusätzliche Erträge zu generieren. Auch die aktuelle Diskussion um die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge sehen wir durchaus positiv, da Kapitalverwaltungsgesellschaften im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge effiziente Lösungen bieten können. Ob diese effizienten Lösungen am Ende der Diskussionen um betriebliche Altersvorsorge auch gewählt werden, hängt im Wesentlichen von dem politischen Willen und dessen gesetzlicher Umsetzung ab.

Gesamtaussage

Unter Berücksichtigung der voranstehend beschriebenen Chancen und Risiken schätzt die Geschäftsführung die Aussichten für das 2. Halbjahr 2017 als positiv ein, da sich für jedes Segment überwiegend Chancen im aktuellen Marktumfeld bieten.

D. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Interne Kontrollsystem (IKS) und Risikomanagementsystem (RMS) umfasst im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und darüber hinaus auch die Risikoabsicherung und die Abbildung von Bewertungseinheiten. Es stellt sicher, dass die Vermögensgegenstände und Schulden im Abschluss zutreffend angesetzt, ausgewiesen und bewertet werden.

Die Sicherstellung der Kontrollen wird über zentral von der Gruppe bereitgestellte Applikationen gewährleistet.

Periodisch durchgeführte Kontrollen der internen Revision sowie die Beseitigung festgestellter Schwachpunkte tragen ebenfalls zu einer wirksameren Überwachung bei.

Verantwortlichkeiten im rechnungslegungsbezogenen IKS und RMS

Die Geschäftsführung der SGE leitet den Konzern in eigener Verantwortung und arbeitet mit den übrigen Organen zum Wohle des Konzerns vertrauensvoll zusammen. Dabei obliegt ihr unter anderem die Gesamtverantwortung für die Aufstellung des Konzernabschlusses.

Die Geschäftsführung versichert nach bestem Wissen, dass der Konzernabschluss gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Für jede Konzerngesellschaft werden der Umfang und die Ausrichtung des IKS und RMS bestimmt und dabei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Systeme sowie zur Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen ergriffen.

Die in allen Ländern der Société Générale Gruppe seit Jahren gelebten Wertesysteme, wie zum Beispiel der „Verhaltenskodex“, aber auch „Compliance-Regeln“, bilden die Basis für ein verantwortungsbewusstes Handeln auch für die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter.

Alle zwei Jahre müssen die Mitarbeiter des Konzerns im Rahmen eines EDV-gestützten Lernprogrammes einen Kurs in Geldwäsche und Compliance absolvieren.

Trotz aller im Rahmen von IKS und RMS eingerichteten risikomindernden Maßnahmen können auch angemessene und funktionsfähig eingerichtete Systeme und Prozesse keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren. Die Verantwortung für den Rechnungslegungsprozess und für den Konzernabschlusserstellungsprozess liegt bei der Abteilung Rechnungswesen. Insbesondere bei der Bewertung von Finanzinstrumenten und der Forderungen wird die Abteilung Rechnungswesen durch die Back-Office Abteilungen der Société Générale S.A., Paris, unterstützt.

Die für den Rechnungslegungsprozess erforderlichen EDV-Systeme werden von der Société Générale S.A. zur Verfügung gestellt.

Zur Unterstützung der Geschäftsführung bezüglich des Rechnungslegungsprozesses wurde ein Prüfungsausschuss eingerichtet, der sich zum Bilanzstichtag aus 6 Personen (1 Angestellter der Société Générale Effekten GmbH und 5 Angestellte der Société Générale Frankfurt) zusammensetzte. Der Prüfungsausschuss beschäftigt sich regelmäßig mit der Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns. Im Rahmen des Konzernabschlussprozesses obliegt dem Gesellschafter die Billigung des Konzernabschlusses. Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden die Abschlussunterlagen zusammen mit dem vorläufigen Bericht des Abschlussprüfers dem Prüfungsausschuss zugeleitet. Zudem erhalten die Mitglieder des Prüfungsausschusses einmal im Quartal einen zusammenfassenden Bericht über die Ergebnisse der Konzerngesellschaften und deren Rechnungslegung.

Organisation und Komponenten des rechnungslegungsbezogenen IKS und RMS

Die Erfassung der von Seiten der SGE abzuwickelnden Geschäftsvorfälle wird durch Dateneingabe in produktspezifisch bestehende Applikationen zentral durch eine Back-Office Abteilung der Société Générale S.A. in Paris vorgenommen. Die Geschäftsabschlüsse (Verträge) werden in den Applikationen erfasst und unter Berücksichtigung des Vier-Augen-Prinzips freigegeben.

Die Kreditorenbuchhaltung für Lieferantenrechnungen wird in Bangalore durch die Société Générale Global Solution Centre Private Limited (99%-ige Tochtergesellschaft der Société Générale S.A., Paris) vorgenommen.

Die zu erbringenden Dienstleistungen sind in dem Service Agreement vom 29. November 2011 zwischen der Société Générale Frankfurt, und der Société Générale Global Solution Centre Private Limited, Bangalore, für die Société Générale Effekten GmbH festgelegt.

Die eingescannten Belege werden in Bangalore erfasst und kontiert, Genehmigung und Zahlungsfreigabe erfolgen durch Mitarbeiter der Gesellschaft.

Die Produktion des Head-Office Reportings als Grundlage des Konzernabschlusses sowie die Produktion des Regulatory Reports an die Deutsche Bundesbank wird in Bukarest durch die Société Générale European Business Services S.A. (99,95% ige Tochtergesellschaft der Société Générale S.A., Paris) durchgeführt. Die zu erbringenden Dienstleistungen sind in dem Client Services Agreement zum 15. Dezember 2016 zwischen der Société Générale Frankfurt, und der Société Générale European Business Services SA, Bukarest, für die Société Générale Effekten GmbH festgelegt.

Die Buchhaltung des Konzerns wird auf dem zentralen Server in Paris geführt; sämtliche buchhaltungsrelevanten Daten der Konzerngesellschaften werden auf diesem Server verarbeitet und gespeichert.

Die tägliche Überwachung der laufenden Cash Accounts durch Mitarbeiter der Konzerngesellschaften dient der Sicherstellung der korrekten Verbuchung sowie sich daran anschließende Prozessverarbeitungen in den Servicecentern. Dabei wird auf die im Bereich Rechnungswesen niedergelegten Informationen für den Geschäftsbetrieb im Allgemeinen und für Rechnungslegungssachverhalte im Besonderen online im Intranet zurückgegriffen. Die technische Systembetreuung bei der Abschlusserstellung ist an die in der Société Générale Gruppe für die IT verantwortliche Tochtergesellschaft ausgelagert.

Die Überwachung obliegt der Société Générale S.A. Die technischen Betreuungsprozesse in der zentralen Betreuungseinheit sind in Arbeitsanweisungen geregelt. Die Sicherung und Archivierung der Datenbestände von Anwendungssystemen wird in Verantwortung der Société Générale S.A. durchgeführt. Die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen werden beachtet. Notfallpläne werden von Mitarbeitern der Gesellschaft aktualisiert und überwacht. Grundlage der Datensicherung sind vornehmlich die zentralen Datensicherungssysteme für den Großrechner sowie die Speichernetze für den Bereich Open Systems. Die Daten werden in Paris redundant gespiegelt.

Der erforderliche Zugriffsschutz vor unbefugten Zugriffen und die Einhaltung der Funktionstrennung bei der Nutzung von rechnungslegungsrelevanten Anwendungssystemen der Gesellschaft werden insbesondere durch das Konzept der Arbeitsplatzprofile sowie durch Prozesse zur Erstellung der Arbeitsplatzprofile sichergestellt. Die Arbeitsplatzprofile werden mittels eines speziell entwickelten Systems den einzelnen Back-Office Abteilungen in Paris sowie den Mitarbeitern der Servicecenter in Bangalore und Bukarest durch Berechtigte in der Gesellschaft erteilt und überwacht.

Dokumentation der Prozesse

Als Teil der Société Générale Gruppe sind die Dokumentationen der Prozesse vorgegeben. Diese sind in dem „Accounting & Finance Handbuch“ zusammengefasst. Hierbei sind automatisierte Kontrollen, in denen die Richtigkeit von Eingaben sichergestellt wird, Hauptbestandteil der dokumentierten Prozesse.

Die wichtigsten Prozeduren des Rechnungslegungsprozesses sind in der Applikation „Global Permanent Supervision (GPS)“ gelistet. Diese Anwendung trägt dazu bei, den Dokumentationsprozess zu vervollständigen und im Falle von internen sowie externen Revisionen ein geeignetes Instrument zur Sicherstellung des Rechnungslegungsprozesses zur Verfügung zu haben.

Maßnahmen zur laufenden Aktualisierung des IKS und RMS

Bei Änderungen von gesetzlichen Vorgaben und Regelungen bezüglich der Rechnungslegung sind diese daraufhin zu prüfen, ob und welche Konsequenzen dies für den Rechnungslegungsprozess hat. Zuständig für die inhaltliche Bearbeitung sind die Rechnungswesenabteilungen der Konzerngesellschaften. Bei Änderungen oder neuen Bestimmungen, die erhebliche Auswirkungen auf die prozessuale Abwicklung der Rechnungslegung haben, wird auf die bestehende Prozess-Kartographie aufgesetzt. Hierbei werden alle Maßnahmen wie EDV-Anpassungen, Arbeitsabläufe, Buchungsanweisungen u.ä. analysiert und entsprechend in den Back-Office Abteilungen sowie in den ausgelagerten Serviceabteilungen umgesetzt und von Mitarbeitern der SGE in Frankfurt überwacht und kontrolliert.

E. Nichtfinanzielle Konzernerklärung

Aufgrund der Zugehörigkeit zur Société Générale Gruppe nimmt der SGE-Konzern die Befreiungsvorschriften des § 315b Abs. 2 Satz 2 HGB in Anspruch. Die Société Générale S.A., Paris, veröffentlicht jährlich einen gesonderten nichtfinanziellen Konzernbericht in englischer Sprache auf ihrer Internetseite (www.societegenerale.com).

F. Erklärung der Geschäftsführung

Nach bestem Wissen versichern wir, dass der Halbjahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung beschrieben sind.

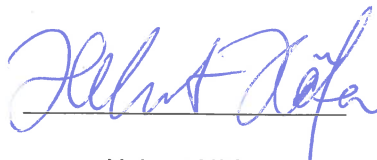
Frankfurt am Main, den 29. September 2017

Die Geschäftsführung

Société Générale Effekten GmbH



Françoise Esnouf



Helmut Höfer



Rainer Welfens

Konzernzwischenabschluss der Société Générale Effekten GmbH

Halbjahresfinanzinformation

zum 30.06.2017

(Ungeprüfte Zahlen)

KONZERNZWISCHENABSCHLUSS.....	4
KONZERNBILANZ - AKTIVA.....	4
KONZERNBILANZ - PASSIVA.....	5
KONZERNGEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG.....	6
KONZERNGESAMTERGEBNISRECHNUNG	7
KONZERNEIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG.....	8
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG.....	9
KONZERNANHANG.....	11
NOTE 1 - GRUNDLAGEN DES KONZERNABSCHLUSSES	11
NOTE 2 – KONSOLIDIERUNGSKREIS	16
NOTE 3 – RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE UND BEWERTUNGSMETHODEN	20
ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNBILANZ	38
NOTE 4 – ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN	38
NOTE 5 – DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE	40
NOTE 6 – ZUR VERÄUßERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	42
NOTE 7 – FAIR VALUE DER FINANZINSTRUMENTE, DIE ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTET WERDEN	43
NOTE 8 – KREDITE UND FORDERUNGEN	56
NOTE 9 – VERBINDLICHKEITEN.....	57
NOTE 10 – SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE.....	58
NOTE 11 – GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERT.....	58
NOTE 12 - SONSTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN	60
NOTE 13 – LEASINGVERHÄLTNISSE.....	60
NOTE 14 - RÜCKSTELLUNGEN	61
NOTE 15 – LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER.....	62
NOTE 16 – ERTRAGSSTEUERN	69
NOTE 17 – EIGENKAPITAL.....	70
ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	71
NOTE 18 – ZINSERTRÄGE UND ZINSAUFWENDUNGEN.....	71
NOTE 19 – PROVISIONSERTRÄGE UND -AUFWENDUNGEN.....	71
NOTE 20 – WERTMINDERUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN	72
NOTE 21 – RISIKOKOSTEN.....	72
NOTE 22 – Erträge und AUFWENDUNGEN FÜR SONSTIGE AKTIVITÄTEN	73
NOTE 23 – TRANSAKTIONEN IN FREMDER WÄHRUNG.....	73
NOTE 24 – GEZAHLTE DIVIDENDEN.....	73

ZUSÄTZLICHE ANGABEN	74
NOTE 25 – SEGMENTBERICHTERSTATTUNG.....	74
NOTE 26 – SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN.....	75
NOTE 27 – GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN.....	75
NOTE 28 – WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	77
NOTE 29 – ANGABEN ZU WESENTLICHEN RISIKEN AUS FINANZINSTRUMENTEN.....	77
NOTE 30 – ANGABEN GEMÄß § 315E HGB	81

KONZERNZWISCHENABSCHLUSS

KONZERNBILANZ - AKTIVA

<i>(in TEUR)</i>	Note	30.06.2017	01.01.2017
Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte	Note 4, 5, 7	16.230.522	18.183.215
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Note 6, 7	73.488	83.664
Zu Sicherungszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente	Note 5, 7	131	-
Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Note 8	138.550	214.988
Kredite und Forderungen an Kunden	Note 8	3.577.025	3.232.425
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Note 8, 13	415.998	390.123
Steueransprüche	Note 16	11.752	9.064
Sonstige Vermögenswerte	Note 12	139.909	248.154
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	Note 10	411.236	398.206
Geschäfts- oder Firmenwert	Note 11	73.754	73.754
Summe		21.072.365	22.833.593

KONZERNBILANZ - PASSIVA

(in TEUR)	Note	30.06.2017	01.01.2017
Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Verbindlichkeiten	Note 4, 5, 7	16.226.085	18.177.635
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Note 9	3.567.842	2.961.353
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Note 9	2.354	2.372
Verbriefte Verbindlichkeiten	Note 9	1.057.656	1.385.193
Steuerschulden	Note 16	45.491	33.993
Sonstige Verbindlichkeiten	Note 12	104.664	223.198
Rückstellungen	Note 14, 15	17.324	16.936
Summe Verbindlichkeiten		21.021.416	22.800.680
EIGENKAPITAL	Note 17		
Gezeichnetes Kapital		26	26
Gewinnvortrag		1.138	1.138
Konzernrücklagen		32.914	32.913
Ergebnis des Geschäftsjahres		16.102	-
Zwischensumme		50.180	34.077
Sonstiges Ergebnis		208	(699)
Zwischensumme Eigenkapital (Anteil der Gruppe)		50.388	33.378
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		561	(465)
Summe Eigenkapital		50.949	32.913
Summe		21.072.365	22.833.593

KONZERNGEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(in TEUR)	Note	30.06.2017
Zinsen und ähnliche Erträge	Note 18	83.833
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Note 18	(11.937)
Provisionserträge	Note 19	43.101
Provisionsaufwendungen	Note 19	(8.976)
Nettoergebnis aus Finanztransaktionen		(1.891)
davon Nettogewinne oder -verluste aus erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumenten	Note 4	(1.891)
davon Nettogewinne oder -verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	Note 6	-
Erträge aus sonstigen Aktivitäten	Note 22	112.960
Aufwendungen für sonstige Aktivitäten	Note 22	(125.893)
Nettobankergebnis (Net Banking Income)		91.197
Personalaufwand		(32.247)
Sonstige Verwaltungsaufwendungen		(23.079)
Aufwand für planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwand für immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		(1.367)
Bruttobetriebsergebnis		34.504
Risikokosten	Note 21	(6.299)
Betriebsergebnis		28.205
Nettogewinne oder -verluste aus sonstigen Vermögenswerten		17
Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwert		-
Ergebnis vor Steuern		28.222
Ertragssteuern	Note 16	(10.897)
Nettoergebnis aller Unternehmen des Konsolidierungskreises		17.325
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		1.223
Nettoergebnis (Anteil der Gruppe)		16.102

KONZERNGESAMTERGEBNISRECHNUNG

(in TEUR)

30.06.2017

Nettoergebnis	17.325
Direkt unter dem Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste, die anschließend erfolgswirksam umgebucht werden:	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	(217)
Neubewertungsdifferenzen aus Sicherungsinstrumenten	1.664
Erfolgswirksam umgebucht	-
Steuern auf Posten, die anschließend erfolgswirksam umgebucht werden	(540)
Direkt unter dem Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste, die anschließend nicht erfolgswirksam umgebucht werden:	
Umgliederungen	-
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, aus Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-
Steuern auf Posten, die anschließend nicht erfolgswirksam umgebucht werden	-
Summe sonstiges Ergebnis	907
Gesamtergebnis (Nettoergebnis und sonstiges Ergebnis)	18.232
davon Anteil der Gruppe	16.964
davon Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.268

KONZERNEIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

<i>(in TEUR)</i>	Eigen- kapital zum 01.01.2017	Direkt unter Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste	Sonstige Verän- derungen	Nettoer- gebnis 01.01. – 30.06.2017	Eigen- kapital zum 30.06.2017
Kapital und zugehörige Rücklagen					
Gezeichnetes Kapital	26	-	-	-	26
Gewinnvortrag	1.138	-	-	-	1.138
Konzernrücklagen	32.913	-	1	-	32.914
Nettoergebnis (Anteil der Gruppe)	-	-	-	16.102	16.102
Summe	34.077	-	1	16.102	50.180
Direkt unter dem Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste, die anschließenden erfolgswirksam umgebucht werden (nach Steuern)					
Veränderung des Fair Value der zur Veräußerung verfügbaren Vermögensgegenstände	293	(217)	-	-	76
Veränderung des Fair Value der derivativen	(1.452)	1.664	-	-	212
Sicherungsinstrumente					
Steuern auf Posten, die anschließend erfolgswirksam umgebucht werden	460	(540)	-	-	(80)
Summe	(699)	907	-	-	208
Direkt unter dem Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste, die anschließend nicht erfolgswirksam umgebucht werden					
Umgliederungen	-	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-	-
Eigenkapital, Anteil der Gruppe	33.378	907	1	16.102	50.388
Anteile ohne beherrschenden Einfluss					
Kapital und Rücklagen	(465)	-	(197)	1.223	561
Summe	(465)	-	(197)	1.223	561
Summe Konzerneigenkapital	32.913	907	(196)	17.325	50.949

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG

	30.06.2017
Nettoergebnis	17.325
Aufwand für planmäßige Abschreibungen von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (einschl. Operating-Leasing-Verhältnisse)	41.830
Aufwand für außerplanmäßige Abschreibungen von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (einschl. Operating-Leasing-Verhältnisse) und Nettozuführungen zu Rückstellungen	7.528
Änderungen der latenten Steuern	10.639
Sonstige Veränderungen	(84.681)
Nicht monetäre Bestandteile, enthalten im Nettoergebnis nach Steuern, und sonstige Anpassungen ohne Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumenten	(24.684)
Nettoergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumenten	1.891
Interbankentransaktionen	115.851
Transaktionen mit Kunden	(275.084)
Transaktionen mit anderen finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten	(462.485)
Transaktionen mit anderen nicht finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten	4.468
Nettozunahmen/-abnahmen der betrieblichen Aktiva/Passiva	(615.359)
NETTO-CASHFLOWS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	(622.718)
Cashflows aus Erwerbungen und Veräußerungen von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	(58.699)
NETTO-CASHFLOWS AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	(58.699)
Sonstige Cashflows aus Finanzierungstätigkeit	592.076
NETTO-CASHFLOWS AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	592.076
NETTO-CASHFLOWS AUS ZAHLUNGSMITTELN UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTEN	(89.340)

ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE ZU BEGINN DES GESCHÄFTSJAHRES	131.918
Nettobetrag Konten, Sichteinlagen und Einlagen/Ausleihungen bei Kreditinstituten	(89.340)
ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE ZUM ENDE DES GESCHÄFTSJAHRES	42.578

Im Einklang mit der Richtlinie der Société Générale Gruppe berücksichtigt der SGE-Konzern bei der Erstellung der Kapitalflussrechnung den Kassenbestand, die Sichteinlagen, Kredite und Ausleihungen bei Zentralbanken und Kreditinstituten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente. Per 30. Juni 2017 beinhalten die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ausschließlich täglich fällige Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 106 Mio. EUR (Note 8) abzüglich täglich fälliger Ausleihungen bei Kreditinstituten in Höhe von 63 Mio. EUR (Note 9).

Die Cashflows aus Steuern betragen 10,9 Mio. EUR.

KONZERNANHANG

NOTE 1 - GRUNDLAGEN DES KONZERNABSCHLUSSES

Die Société Générale Effekten GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht mit Sitz in Frankfurt am Main (Neue Mainzer Str. 46-50, 60311 Frankfurt am Main, Deutschland). Sie wird beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Handelsregisternummer HRB 32283 geführt. Der Konzernabschluss des Unternehmens umfasst das Unternehmen und seine kontrollierten Tochterunternehmen (zusammen als der „Konzern“ oder die „Gruppe“ bezeichnet). Der Konzern ist hauptsächlich in den Geschäftsfeldern der Emission von Optionsscheinen und Zertifikaten, dem Anbieten von Leasingdienstleistungen sowie dem Asset Management tätig.

Die Muttergesellschaft Société Générale Effekten GmbH ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Société Générale Frankfurt, einer Zweigniederlassung der Société Générale S.A. Paris, in deren Konzernabschluss sie einbezogen wird.

Der Konzernzwischenabschluss der Société Générale Effekten GmbH umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 30. Juni 2017 und wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den zugehörigen Interpretationen des International Financial Reporting Standards Interpretations Committee (IFRIC), die in der Europäischen Union anzuwenden sind, erstellt. Die nach § 315e Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) erforderlichen Angaben wurden im Konzernanhang vorgenommen.

Dieser Konzernabschluss wird in Euro, der funktionalen Währung des Mutterunternehmens, dargestellt. Alle in Euro dargestellten Finanzinformationen wurden, soweit nicht anders angegeben, auf Tausend Euro gerundet.

VERWENDUNG VON ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN UND SCHÄTZUNGEN

Die Erstellung des Konzernabschlusses verlangt von der Geschäftsführung Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen, die die Anwendung von Rechnungslegungsmethoden und die ausgewiesenen Beträge der Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen betreffen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

Zur Vornahme dieser Schätzungen und zur Formulierung dieser Annahmen verwendet die Geschäftsleitung die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses verfügbaren Informationen und entscheidet nach ihrem eigenen Urteilsvermögen. Naturgemäß beinhalten die auf diesen Schätzungen basierenden Bewertungen gewisse Risiken und Unsicherheiten hinsichtlich ihres Eintreffens in der Zukunft, sodass die tatsächlichen Werte in der Zukunft von den Schätzungen abweichen können. Möglicherweise könnten sie dann einen wesentlichen Einfluss auf den Abschluss haben.

Auf Schätzungen wurde insbesondere bei der Bewertung folgender Posten zurückgegriffen:

- Bewertung des in der Bilanz angesetzten Fair Value der nicht auf einem aktiven Markt notierten Finanzinstrumente, die unter den Bilanzposten „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“, „Derivative Sicherungsinstrumente“ oder „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ erfasst sind, sowie des Fair Value der Finanzinstrumente, für die dieser Wert im Konzernanhang angegeben wird;
- Bewertung der Höhe der Wertminderungen der finanziellen Vermögenswerte („Kredite und Forderungen“, „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“) und der Bilanzposten „Forderungen aus Finanzierungsleasing“, „Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte“ sowie „Geschäfts- oder Firmenwert“
- Bewertung der auf der Passivseite der Bilanz erfassten Rückstellungen, darunter die Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer
- Bewertung des in der Bilanz erfassten Betrags der latenten Steueransprüche
- Bewertung des bei Unternehmenszusammenschlüssen festgelegten Erstansatzwertes des „Geschäfts- oder Firmenwert“

NEUE STANDARDS ODER ÄNDERUNGEN, DIE ERSTMALS IN 2017 ANZUWENDEN SIND

ÄNDERUNGEN ZU IAS 12 „ANSATZ VON LATENTEN STEUERANSPRÜCHEN AUS UNREALISIERTEN VERLUSTEN“ (VERÖFFENTLICHT AM 19. JANUAR 2016)

Die Änderungen konkretisieren die Bilanzierung der latenten Steueransprüche für nicht realisierte Verluste bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Schuldinstrumenten.

Die Änderungen sind erstmals in der Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden und werden folglich im Konzern beachtet.

IAS 7 “KAPITALFLUSSRECHNUNG” ANGABENINITIATIVE

Die Änderungen des Standards verlangen Angaben, die es den Abschlussadressaten ermöglichen, Veränderungen bei den Schulden im Zusammenhang mit der Finanzierungstätigkeit zu beurteilen, darunter zahlungswirksame und nicht zahlungswirksame Veränderungen.

Die Änderungen sind erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden und werden folglich im Konzern beachtet.

NEUE RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARDS, ÄNDERUNGEN ODER INTERPRETATIONEN, DIE VON DER GRUPPE IN DER ZUKUNFT ANZUWENDEN SIND

Folgende für den Konzern relevanten Standards und Interpretationen waren zum Bilanzstichtag 30.06.2017 noch nicht in Kraft getreten und wurden daher bei der Erstellung des Konzernabschlusses nicht berücksichtigt.

RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARDS, ÄNDERUNGEN ODER INTERPRETATIONEN, DIE VON DER EUROPÄISCHEN UNION BEREITS ÜBERNOMMEN WURDEN

IFRS 9 FINANZINSTRUMENTE

Der neue Standard IFRS 9 Finanzinstrumente tritt in Kraft für Geschäftsjahre beginnend am 01.01.2018 und ersetzt die Regelungen des bestehenden Standards IAS 39. Eine frühzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern beabsichtigt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, IFRS 9 erstmalig zum 1. Januar 2018 anzuwenden. Der Standard enthält neue Regelungen insbesondere zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur Bestimmung von Wertminderungen und erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen und der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften.

Die ersten Analysen zur Ermittlung der Auswirkungen von IFRS 9 und der Aufbau einer Projektstruktur zur Implementierung der neuen Regelungen begannen in den Jahren 2013 und 2014, um den Standard zum 1. Januar 2018 anwenden zu können.

Klassifizierung und Bewertung

Das Portfolio von finanziellen Vermögenswerten wurde auf Ebene des übergeordneten Konzernabschlusses im ersten Schritt hinsichtlich ihrer künftigen bilanziellen Behandlung nach IFRS 9 analysiert. Auch im Jahr 2017 wurden die notwendigen Anforderungen zur Anpassung der Informationssysteme, des Konsolidierungsprozesses sowie die Reporting-Zeitpläne weiter ausgearbeitet. Ebenso wurde die Analyse der notwendigen Anhangangaben und Informationsbeschaffung weiter vorangetrieben. Für das zweite bzw. dritte Quartal 2017 wurden von dem Unternehmen Dry Runs durchgeführt, um das System vor der Erstanwendung in seiner Gesamtheit zu testen.

Aus den neuen Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung werden insgesamt lediglich geringe Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Wertminderungen

Im Jahr 2015 hat der Konzern damit begonnen, einen methodischen Rahmen mit den Regelungen zur Abbildung des erwarteten Kreditausfalls zu schaffen. Einen Schwerpunkt bildet die Umstellung der 12-Monats-Betrachtung auf die Betrachtung des erwarteten Kreditausfalls über die Lebensdauer des Kredites in Stufe 2. Das Framework wurde im Jahr 2016 in Bezug auf die folgenden Punkte abgestimmt und genehmigt:

- Implementierung eines methodischen Rahmens in allen Unternehmen
- Start der IT Entwicklung um Anfang 2017 in die Testing-Phase übergehen zu können
- Erste Beschreibung der organisatorischen Prozesse, inklusive der operativen Führung

Der Konzern rechnet damit, die Hauptteile des Projektes zum Ende des dritten Quartals 2017 fertigzustellen. Insgesamt wird ein leichter Anstieg der Risikovorsorge aus der Einführung von IFRS 9 erwartet.

Sicherungsbeziehungen

Die Gruppe hat die verschiedenen Möglichkeiten der Übergangsregelungen des IFRS 9 analysiert und hat sich dazu entschieden, die derzeit angewendeten Rechnungslegungsmethoden für Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 nicht zu ändern. Die Gruppe wird die Forschungen des IASB bezüglich der Accounting-Methoden für Macro-Hedges weiter verfolgen.

Zum aktuellen Zeitpunkt des Implementierungsprozesses von IFRS 9 können die Auswirkungen der Anwendung des Standards auf den Konzernabschluss der Gruppe noch nicht verlässlich geschätzt werden.

IFRS 15 UMSATZERLÖSE AUS KUNDENVERTRÄGEN

Der Standard enthält die Regelungen zur Umsatzrealisierung von Verträgen mit Kunden, außer Leasingverträge, Versicherungsverträge, Finanzinstrumente und Garantien. Anhand von IFRS 15 erfolgt die Umsatzrealisierung auf Basis eines fünfstufigen Modells beginnend mit der Identifikation eines Vertrages bis zur Umsatzrealisierung bei Erfüllung der Leistungspflicht. Der Standard ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre beginnend am 01.01.2018.

Die Gruppe beschäftigt sich zurzeit mit der Analyse der Auswirkungen des neuen Standards auf das Nettoeinkommen bzw. das Eigenkapital der Gruppe. Erwartungsgemäß sind die im Wesentlichen betroffenen Verträge Dienstleistungsverträge, die zu Provisionseinnahmen führen. Die Gruppe erwartet jedoch keine signifikanten Auswirkungen durch die Einführung des neuen Standards.

RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARDS, ÄNDERUNGEN ODER INTERPRETATIONEN, DIE VON DER EUROPÄISCHEN UNION ZUM BILANZSTICHTAG NOCH NICHT ÜBERNOMMEN WURDEN

ÄNDERUNGEN VON IFRS 2 "EINSTUFUNG UND BEWERTUNG VON ANTEILSBASIERTEN VERGÜTUNGEN"

Die Änderungen betreffen die bilanzielle Behandlung von bestimmten Arten von anteilsbasierten Vergütungen: Bilanzierung von in bar erfüllten anteilsbasierten Vergütungen, die eine Leistungsbedingung beinhalten; anteilsbasierte Vergütungen, bei denen die Art der Erfüllung von zukünftigen Ereignissen abhängt, anteilsbasierte Vergütungen, die ohne Steuereinbehalt erfüllt werden und die Modifizierung von anteilsbasierten Vergütungstransaktionen, die die Klassifizierung ändern.

Die Gruppe erwartet keine (wesentlichen) Auswirkungen aus der Einführung der neuen Regelungen.

Die Änderungen des Standards sind ab dem Geschäftsjahr 2018 anzuwenden.

ÄNDERUNGEN VON IFRS 4 "ANWENDUNG VON IFRS 9 "FINANZINSTRUMENTE" MIT IFRS 4 "VERSICHERUNGSVERTRÄGE"

Die Änderungen betreffen IFRS 4 Versicherungsverträge in Bezug auf die erstmalige Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente (Anwendung von IFRS 9 'Finanzinstrumente' gemeinsam mit IFRS 4 'Versicherungsverträge'). Die Änderungen führen zwei Ansätze ein, um den Herausforderungen des fehlenden Gleichlaufs der Erstanwendungszeitpunkte von IFRS 9 und dem Nachfolgestandard von IFRS 4 zu begegnen.

Die Änderungen des Standards sind ab dem Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Aufgrund des derzeitigen Geschäftsmodells werden keinen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

ÄNDERUNGEN VON IFRS 12 „ANGABEN ZU ANTEILEN AN ANDEREN UNTERNEHMEN“ UND IAS 28 „ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN UND GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN“

Im Rahmen der jährlichen Überarbeitung der International Financial Reporting Standards, hat das IASB Änderungen zu IFRS 12 und IAS 28 veröffentlicht.

Die Anwendung der Änderungen wurde auf einen vom IASB noch zu bestimmenden Zeitpunkt verschoben.

Die Änderungen werden zu einer entsprechenden Anpassung der Angaben zu Beteiligungen an strukturierten Unternehmen führen.

IFRIC 22 „TRANSAKTIONEN IN FREMDER WÄHRUNG UND IM VORAUS GEZAHLTE GEGENLEISTUNGEN“

Die Interpretation verdeutlicht die Bilanzierung von Transaktionen, die den Erhalt oder die Zahlung von Gegenleistungen in fremder Währung beinhalten (Zahlungen und Vorauszahlungen). Sie betrifft Geschäftsvorfälle in fremder Währung, wenn ein Unternehmen einen nicht monetären Vermögenswert oder eine nicht monetäre Schuld ansetzt, der oder die aus der im Voraus erfolgten Zahlung oder dem im Voraus erfolgten Erhalt einer Gegenleistung entsteht, bevor das Unternehmen den zugehörigen Vermögenswert, Ertrag oder Aufwand erfasst.

Die Interpretation tritt ab dem Geschäftsjahr 2018 in Kraft. Aufgrund des derzeitigen Geschäftsmodells werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

IFRS 16 LEASINGVERTRÄGE

Der neue Standard IFRS 16 Leasingverhältnisse löst den bisher gültigen Standard IAS 17 für Geschäftsjahre beginnend am 01.01.2019 ab. IFRS 16 führt neue Regelungen bezüglich der Bilanzierung und Bewertung von Leasingverhältnissen ein. Im Wesentlichen betreffen diese Änderungen den Leasingnehmer, für Leasinggeber gibt es nur wenige Anpassungen. Für alle Leasingverhältnisse, ausgenommen Kurzzeit-Leasing oder für Leasinggegenstände von geringem Wert, hat der Leasinggeber ein Nutzungsrecht in Form eines Vermögenswertes und eine Zahlungsverpflichtung als Verbindlichkeit anzusetzen.

Im vierten Quartal 2016 hat die Gruppe im Rahmen eines Projektes mit der Einführung der neuen Regelungen in die bestehenden Informationssysteme und Prozesse begonnen, ebenso wie mit der Identifikation der Verträge, die nach der neuen Definition eines Leasingverhältnisses in die Regelungen des IFRS 16 fallen.

Die konkreten Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Gruppe werden derzeit analysiert und können noch nicht quantifiziert werden.

NOTE 2 – KONSOLIDIERUNGSKREIS

GRUNDSÄTZE DER KONSOLIDIERUNG

Der Konzernabschluss umfasst die Abschlüsse der Muttergesellschaft Société Générale Effekten GmbH sowie aller Unternehmen, die es beherrscht. Die Grundlage des Konzernabschlusses bilden die Einzelabschlüsse der vorgenannten Unternehmen. Konzerninterne Salden, Geschäftsvorfälle und alle nicht realisierten Erträge und Aufwendungen aus konzerninternen Geschäftsvorfällen werden bei der Erstellung des Konzernabschlusses eliminiert.

TOCHTERUNTERNEHMEN

Tochterunternehmen sind vom Konzern beherrschte Unternehmen. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei dem Unternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels seiner Verfügungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen. Die Abschlüsse von Tochterunternehmen sind in den Konzernabschluss ab dem Zeitpunkt einzubeziehen, an dem die Beherrschung beginnt und bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Beherrschung endet.

Die Tochterunternehmen werden vollkonsolidiert. Zur Erstellung der Konzernbilanz wird bei der Vollkonsolidierung die bei der Konzernmutter gehaltene Beteiligung durch die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens ersetzt. Zusätzlich ist gegebenenfalls noch ein Geschäfts- oder Firmenwert zu erfassen. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden alle Aufwendungen und Erträge der Tochterunternehmen mit denen der Gruppe aggregiert.

KONSOLIDIERUNGSKREIS

30.06.2017

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital	Stimmrechtsanteil
Konsolidierte Gesellschaften				
ALD LEASE FINANZ GMBH	Hamburg, Deutschland	Leasinggesellschaft	100	100
SOCIÉTÉ GÉNÉRALE SECURITIES SERVICES GMBH	Unterföhring, Deutschland	Kapitalverwaltungsgesellschaft	100	100
BANK DEUTSCHES KRAFTFAHRZEUGGEWERBE GMBH	Hamburg, Deutschland	Spezialfinanzierungsinstitut	99,9	51
BDK LEASING UND SERVICE GMBH	Hamburg, Deutschland	Servicegesellschaft	100	100
RED & BLACK AUTO GERMANY 2 UG (HAFTUNGSBESCHRÄNKT)	Frankfurt, Deutschland	Strukturierte Gesellschaft	-	100
RED & BLACK AUTO GERMANY 3 UG (HAFTUNGSBESCHRÄNKT)	Frankfurt, Deutschland	Strukturierte Gesellschaft	-	100
RED & BLACK AUTO GERMANY 4 UG (HAFTUNGSBESCHRÄNKT)	Frankfurt, Deutschland	Strukturierte Gesellschaft	-	100
Nicht konsolidierte Gesellschaften				
ALD AUTOLEASING UND DIENSTLEISTUNGS GMBH	Hamburg, Deutschland	Servicegesellschaft	43,8	43,8
NEDDERFELD 95 IMMOBILIEN GMBH & CO.KG	Hamburg, Deutschland	Immobilien-gesellschaft	65	50

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurden die durch die Société Générale Securities Services Holding S.A., Paris gehaltenen Anteile der Société Générale Securities Services GmbH, Unterföhring (Handelsregister Nr. HRB 169711 beim Amtsgericht München) sowie die durch die SG Consumer Finance S.A. Frankreich gehaltenen Anteile der ALD Lease Finanz GmbH, Hamburg (Handelsregister Nr. HRB 92469 beim Amtsgericht Hamburg) (ALD LF) im Rahmen einer konzerninternen Umstrukturierung der Société Générale Gruppe an die Société Générale Effekten GmbH, Frankfurt übertragen. Hierbei wurde der ALD Konzern übernommen, der die Bank

Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe GmbH sowie deren Tochtergesellschaften einschließlich der oben genannten strukturierten Red & Black Gesellschaften umfasst.

Der Kaufpreis für die Société Générale Securities Services GmbH, Unterföhring betrug 0,5 Mio. EUR und für die ALD Lease Finanz GmbH, Hamburg 407 Mio. EUR, welcher in Form von Barmitteln beglichen wurde.

Aus zeitlichen Gründen konnte die Analyse der übernommenen Vermögenswerte und Schulden bis zur Veröffentlichung dieses Halbjahreskonzernabschlusses noch nicht abgeschlossen werden. Nach vorläufiger Berechnung ergab sich aus den Unternehmenszusammenschlüssen ein Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 73 Mio. EUR für die ALD Lease Finanz GmbH und ein negativer Geschäfts- oder Firmenwert (Badwill) in Höhe von 33,5 Mio. EUR für die Société Générale Securities Services GmbH.

Die vorläufige Verteilung des Kaufpreises auf die Vermögenswerte und Schulden kann nachfolgender Tabelle entnommen werden:

in TEUR	Société Générale Securities Services GmbH	ALD Lease Finanz GmbH
Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte	-	10.691
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	83.479
Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	185	172.535
Kredite und Forderungen an Kunden	39.562	3.232.425
Forderungen aus Finanzierungsleasing	-	390.123
Steueransprüche	3.522	8.593
Sonstige Vermögenswerte	7.345	122.998
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	4.928	395.278
Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
SUMME VERMÖGENSWERTE	55.542	4.416.122
Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte Verbindlichkeiten	-	2.072
Derivative Sicherungsinstrumente	-	1.590
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	2.553.988
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	2.372
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	1.385.193
Steuerschulden	244	36.826
Sonstige Verbindlichkeiten	13.121	92.583
Rückstellungen	8.184	8.252
SUMME SCHULDEN	21.549	4.082.876

BETEILIGUNGEN AN KONSOLIDIERTEN STRUKTURIERTEN UNTERNEHMEN

Der Konzern kontrolliert die Stimmrechtsanteile an strukturierten Unternehmen. Aufgrund der Ausgestaltung der Asset Backed-Strukturen werden in den Konzernabschluss einbezogen. Die Beteiligungen bestehen insbesondere in Form des Haltens von Schuldinstrumenten an Verbriefungsgesellschaften, was zu Risiken bzw. Zuflüssen in Abhängigkeit von der Ertragskraft des strukturierten Unternehmens führt.

(in TEUR)	RED & BLACK AUTO GERMANY 2 UG	RED & BLACK AUTO GERMANY 3 UG	RED & BLACK AUTO GERMANY 4 UG
Eigenkapital	18	17	16
Bilanzsumme des Unternehmens	116.032	380.199	817.774
Ergebnis zum 30.06.2017	21	662	520

Der Konzern hat über die vertraglichen Verpflichtungen hinaus die strukturierten Unternehmen nicht finanziell unterstützt und plant dies aktuell auch nicht.

Das maximale Verlustrisiko aus den konsolidierten strukturierten Unternehmen bestimmt sich nach dem Buchwert der Vermögenswerte die gegenüber den strukturierten Unternehmen bestehen.

NOTE 3 – RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE UND BEWERTUNGSMETHODEN

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen liegen die im Folgenden dargestellten konzernweiten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze auf Basis der IFRS zugrunde.

Der berichtspflichtige Konzern ist zum 1. Januar 2017 entstanden. Daher wurde auf dieses Datum die Eröffnungsbilanz nach den Kriterien des IFRS 1 Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards erstellt. Der Eröffnungsbilanz und dem vorliegenden Halbjahresabschluss liegen dieselben Internationalen Financial Reporting Standards zu Grunde, nach denen der erste vollumfängliche Konzernabschluss der Gruppe zum 31.12.2017 erstellt wird. Von den zulässigen Ausnahmen bzgl. der retrospektiven Anwendung der International Financial Reporting Standards wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Tochtergesellschaften wurden nach den Kriterien des IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse unter Anwendung der Erwerbsmethode mit Wirkung zum 1. Januar 2017 in die Eröffnungsbilanz einbezogen. Danach sind sämtliche erworbenen Vermögenswerte und Schulden sowie nicht beherrschende Anteile mit ihrem

beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt zu bewerten und getrennt vom Geschäfts- oder Firmenwert anzusetzen. (siehe Note 2 Konsolidierungskreis).

Da im Vorjahr der Konzern in dieser Form nicht bestand, werden keine Vorjahresvergleichszahlen dargestellt. Auf den vorliegenden Halbjahresabschluss wurden die Kriterien des IAS 34 Zwischenberichterstattung angewandt.

GESCHÄFTSVORFÄLLE IN FREMDWÄHRUNG

Am Abschlussstichtag werden auf Fremdwährung lautende Bilanzpositionen zum Devisenkurs am Bilanzstichtag in die funktionale Währung des Unternehmens umgerechnet. Latente oder realisierte Umrechnungsdifferenzen werden im Ergebnis ausgewiesen.

Devisentermingeschäfte werden zum Fair Value auf Basis des aktuellen Terminwechselkurses für die Restlaufzeit bewertet. Die Kassakurspositionen werden zu den offiziellen Kassakursen am Abschlussstichtag umgerechnet. Die sich daraus ergebenden Neubewertungsdifferenzen werden im Ergebnis erfasst.

Die auf Fremdwährungen lautenden, nicht monetären, finanziellen Vermögenswerte, insbesondere Aktien und sonstige Wertpapiere mit variablem Ertrag, die nicht zum Trading-Portfolio gehören, werden unter Zugrundelegung des Wechselkurses am Abschlussstichtag in die funktionale Währung des Unternehmens umgerechnet. Die daraus entstehenden Wechselkursdifferenzen sind nur bei Veräußerung oder Wertminderung, sowie bei Absicherung ihres Fair Value gegen das Währungsrisiko erfolgswirksam zu erfassen. Die nicht monetären Vermögenswerte werden zum Kassakurs am Bilanzstichtag umgerechnet, insbesondere wenn sie durch eine auf die gleiche Fremdwährung lautende Verbindlichkeit finanziert werden. Der Effekt der Wechselkursschwankungen ist im Ergebnis zu erfassen, wenn eine Sicherungsbeziehung zwischen den beiden Finanzinstrumenten eingerichtet wurde.

ERMITTLUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTES

Der Fair Value ist der Preis, der im Rahmen einer üblichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern zum Zeitpunkt der Bewertung für den Verkauf eines Vermögenswertes erhalten oder für die Übertragung einer Verbindlichkeit gezahlt würde. Sind keine beobachtbaren Preise für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten vorhanden, wird der Fair Value der Finanzinstrumente unter Anwendung einer anderen Bewertungstechnik ermittelt, bei der die Verwendung maßgeblicher Inputfaktoren möglichst hoch gehalten wird, basierend auf den Annahmen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung für den Vermögenswerte bzw. die Verbindlichkeit anwenden würden.

Die Bewertungsmethoden, die die Gruppe zur Bestimmung des Fair Value der Finanzinstrumente anwendet, werden in Note 7 dargestellt.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Bei dem erstmaligen Ansatz werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum Fair Value bewertet. Erfassungszeitpunkt ist hierbei im Derivate- und Zertifikategeschäft sowie im Asset Management das Trade Date und im Kredit- und Leasinggeschäft das Settlement Date. Dies schließt auch die bei ihrem Erwerb oder ihrer Emission unmittelbar zurechenbaren Anschaffungskosten mit ein (mit Ausnahme der erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten finanziellen Vermögenswerte). Zum Zwecke der Folgebewertung sind die Finanzinstrumente in Kategorien einzuordnen, welche die Regelungen für die Folgebewertung bestimmen.

Finanzielle Vermögenswerte werden grundsätzlich in folgende Kategorien unterteilt:

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Kredite und Forderungen
- Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte
- Zur Veräußerung gehaltene finanzielle Vermögenswerte

Die finanziellen Verbindlichkeiten sind in eine der beiden folgenden Kategorien einzustufen:

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Diese Kategorie umfasst zum einen Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden (inkl. der Derivate, die nicht als Sicherungsinstrumente eingestuft wurden), ebenso wie nicht derivative finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in Anwendung der in IAS 39 eingeräumten Option beim erstmaligen Ansatz zum Fair Value angesetzt werden.

Die Fair Value-Option gem. IAS 39 ist lediglich in den folgenden Fällen anzuwenden:

- Beseitigung oder erhebliche Verringerung von Diskrepanzen bei der bilanziellen Behandlung von bestimmten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten;
- Wenn es sich um ein Hybridinstrument handelt, das ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die ansonsten gesondert erfasst und bewertet werden würden;
- Wenn eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder Verbindlichkeiten verwaltet wird und ihre Steuerung auf Basis des Fair Value erfolgt.

Das Trading-Portfolio (zu Handelszwecken gehalten) umfasst finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die bei der erstmaligen Erfassung

- mit der Absicht der kurzfristigen Veräußerung erworben wurden
- zu Market-Making-Zwecken gehalten werden
- oder für Zwecke der spezialisierten Verwaltung des Handelsbestandes erworben wurden, einschließlich derivativer Finanzinstrumente, Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten, die gemeinsam verwaltet werden und für die Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen

Die in die Kategorie eingeordneten Finanzinstrumente werden zum Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des Fair Value werden im Periodenergebnis unter *„Nettogewinne oder -verluste aus erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumenten“* erfasst.

Kredite und Forderungen

Kredite und Forderungen beinhalten nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festem oder quantifizierbarem Ertrag, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind und weder zu Handelszwecken gehalten werden, noch vom Zeitpunkt der Anschaffung an zur Veräußerung bestimmt sind oder aufgrund der Fair Value Option zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie sind vollständig unter den Bilanzposten Kredite und Forderungen an Kreditinstituten bzw. an Kunden ausgewiesen. Nach ihrem erstmaligen Ansatz in der Bilanz sind sie zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu bewerten. Die daraus resultierenden Zinsen sind im Zinsergebnis erfasst. Gegebenenfalls sind Wertminderungen auf Kredit- oder Portfolioebene als Risikokosten in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen (siehe Note 8 „Kredite und Forderungen“).

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Diese Kategorie umfasst nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die für einen unbestimmten Zeitraum gehalten und von der Gruppe jederzeit veräußert werden können. Es handelt sich hier um Finanzinstrumente, die nicht in die drei zuvor genannten Kategorien eingeordnet werden können. Die Bewertung zum Abschlussstichtag erfolgt zum Fair Value.

Erhaltene Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere werden erfolgswirksam im Zinsertrag erfasst. Die Berechnung erfolgt anhand der Effektivzinsmethode. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Bewertung zum Fair Value, alle Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes werden direkt im Eigenkapital unter dem Posten „Direkt im Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten“ erfasst. Werden die finanziellen Vermögenswerte verkauft, werden die im Eigenkapital erfassten nicht realisierten Gewinne und Verluste ungegliedert in das Nettoergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen finanziellen Vermögenswerten.

Sind die Vermögenswerte zum Bilanzstichtag wertgemindert, wird der zuvor im Eigenkapital erfasste unrealisierte Verlust für Fremdkapitalinstrumente in den Posten „Risikokosten“ umgegliedert, für Eigenkapitalinstrumente in das „Nettoergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen finanziellen Vermögenswerten“.

Zusätzlich hat die Gruppe von der Möglichkeit Gebrauch gemacht Eigenkapitalinstrumente dieser Kategorie für die ein Fair Value nicht zuverlässig ermittelbar ist mit ihren Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte können nach ihrem erstmaligen Ansatz in der Bilanz nicht in die Kategorie „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte“ umgestuft werden.

Ein finanzieller Vermögenswert, der ursprünglich unter der Rubrik „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen wurde, kann nur unter folgenden Umständen aus dieser Kategorie in eine andere umgestuft werden:

- Ist ein finanzieller Vermögenswert mit festem oder quantifizierbarem Ertrag, der ursprünglich zu Handelszwecken gehalten wurde, nach der Anschaffung auf einem aktiven Markt nicht mehr handelbar und hat die Gruppe die Absicht und ist in der Lage, ihn auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten, so kann dieser finanzielle Vermögenswert dann in die Kategorie „Kredite und Forderungen“ vorbehaltlich der Einhaltung der für diese Kategorie zum Zeitpunkt der Umbuchung geltenden Qualifikierungskriterien umgestuft werden.
- Führen selten auftretende Umstände zu einer Änderung der Haltestrategie bezüglich nicht derivativer Fremd- oder Eigenkapitalfinanzinstrumente, die ursprünglich zu Handelszwecken gehalten wurden, so können diese Vermögenswerte entweder in die Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ oder die Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ umgestuft werden, vorbehaltlich der Einhaltung der für diese Kategorien zum Zeitpunkt der Umbuchung geltenden Qualifikierungskriterien.

Derivative Finanzinstrumente und nach der Fair-Value-Option bewertete finanzielle Vermögenswerte dürfen in keinem Falle aus der Kategorie „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ umgestuft werden.

Ein finanzieller Vermögenswert, der ursprünglich unter „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen wurde, kann in die Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ übertragen werden, vorbehaltlich der für diese Kategorie geltenden Qualifikierungskriterien.

Die so umgestuften finanziellen Vermögenswerte werden mit Datum der Umstufung zu ihrem Fair Value in die neue Kategorie übertragen und dann entsprechend den für diese neue Kategorie geltenden Bestimmungen bewertet. Die fortgeführten Anschaffungskosten der finanziellen Vermögenswerte, die aus der Kategorie „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte“ oder „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Kredite und Forderungen“ umgestuft wurden, sowie die Anschaffungskosten der finanziellen Vermögenswerte, die aus der Kategorie „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ umgestuft wurden, werden auf Basis der zum Zeitpunkt der Umstufung durchgeführten Schätzungen der erwarteten künftigen Zahlungsströme ermittelt. Die Schätzungen dieser erwarteten künftigen Zahlungsströme müssen an jedem Abschlussstichtag überprüft und ggf. korrigiert werden. Bei Erhöhung der Schätzungen der künftigen Zahlungseingänge infolge einer Verbesserung ihrer Erzielbarkeit wird der Effektivzinssatz prospektiv angepasst. Wenn dagegen ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung infolge eines Ereignisses nach der Umstufung der jeweiligen finanziellen Vermögenswerte vorliegt und wenn sich dieses Ereignis negativ auf die ursprünglich erwarteten künftigen Zahlungsströme auswirkt, so wird eine Wertminderung des betroffenen Vermögenswertes in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Risikokosten“ erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe bucht einen finanziellen Vermögenswert (oder eine Gruppe ähnlicher Vermögenswerte) ganz oder teilweise aus, wenn die vertraglichen Ansprüche auf die Zahlungsströme aus dem finanziellen Vermögenswert entfallen oder der Konzern die vertraglichen Ansprüche auf die Zahlungsströme aus dem Vermögenswert sowie im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit der Eigentümerschaft des finanziellen Vermögenswertes verbunden sind, übertragen hat.

Wenn der Konzern im Wesentlichen alle Chancen und Risiken am Eigentum eines übertragenden Vermögenswertes weder übertragen noch behalten hat, wird geprüft, ob er die Verfügungsmacht über den Vermögenswert aufgegeben hat oder nicht. Sofern der Konzern über den Vermögenswert nicht mehr verfügt, wird eine Ausbuchung vorgenommen; falls der Konzern jedoch die Verfügungsmacht über den Vermögenswert zurückbehalten hat, setzt die Gruppe den Vermögenswert weiterhin in dem Umfang seines anhaltenden Engagements am Vermögenswert an.

Bei vollständiger Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes wird ein Veräußerungsgewinn oder -verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe der Differenz zwischen dem Buchwert dieses Vermögenswertes und dem Wert der erhaltenen Gegenleistung erfolgswirksam verbucht, gegebenenfalls bereinigt um den latenten Gewinn oder Verlust, der zuvor möglicherweise direkt im Eigenkapital verbucht worden war, und des Werts der verwalteten Aktiva oder Passiva.

Die Gruppe bucht eine finanzielle Verbindlichkeit (oder einen Teil davon) nur dann aus, wenn diese getilgt wurde, d.h. wenn die im Vertrag festgelegte Verpflichtung entweder beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen ist. Ein Gewinn oder Verlust aus der Tilgung der ursprünglichen finanziellen Verbindlichkeit wird erfolgswirksam erfasst.

Wertminderung finanzieller Vermögenswerte

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte

Zu jedem Abschlussstichtag ermittelt die Gruppe, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von Vermögenswerten aufgrund eines oder mehrerer Ereignisse vorliegen, die nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswertes eingetreten sind. Zu beurteilen ist, ob dieses verlustgenerierende Ereignis Auswirkungen auf die geschätzten künftigen Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hat, die zuverlässig geschätzt werden können.

Der Konzern beurteilt zunächst, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung bei finanziellen Vermögenswerten, die einzeln oder als Gruppe betrachtet werden, bedeutsam sind. Ungeachtet des Bestehens von Sicherheiten gehört zu den Kriterien für die objektive Feststellung eines Kreditrisikos aus Einzelkrediten auch das Vorliegen von Zahlungsrückständen seit mindestens 90 Tagen, unabhängig vom Vorliegen eines Zahlungsrückstandes, das Vorhandensein eines nachweislichen Kredit- oder Rechtsstreitrisikos.

Liegen objektive Hinweise für eine Wertminderung vor, entspricht die Höhe der Wertminderung der Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswertes und dem Barwert der geschätzten einbringbaren künftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz des finanziellen Vermögenswertes. Die Wertminderungen und –aufholungen werden unter den „Risikokosten“ erfasst. Die Wertaufholung des Effekts der Abzinsung stellt die buchmäßige Vergütung der wertgeminderten Forderungen dar und wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Zinsen und ähnliche Erträge“ ausgewiesen.

Liegen keine objektiven Hinweise für eine Wertminderung eines einzeln betrachteten finanziellen Vermögenswertes (bedeutsam oder nicht) vor, so nimmt die Gruppe diesen finanziellen Vermögenswert in eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte mit ähnlichem Kreditrisikoprofil auf und unterzieht sie gemeinsam einem Wertminderungstest. Das Vorliegen eines für eine Gruppe von Finanzinstrumenten nachweislichen Kreditrisikos innerhalb eines homogenen Portfolios führt zur Erfassung einer Wertminderung, ohne abzuwarten, ob das Risiko im Einzelnen Auswirkungen auf eine oder mehrere Forderungen hat. Die so wertgeminderten homogenen Portfolios können insbesondere Folgendes einschließen:

- ausstehende Kredite von Gegenparteien, deren finanzielle Situation sich seit dem erstmaligen Ansatz verschlechtert hat, ohne dass ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung im jeweiligen Einzelfall (sensitive ausstehende Kredite) festgestellt worden ist, oder auch
- ausstehende Kredite von Gegenparteien in Branchen, die aufgrund von verlustgenerierenden Ereignissen als in der Krise befindlich gelten, oder auch
- ausstehende Kredite aus Regionen oder Ländern, für die eine Verschlechterung des Kreditrisikos festgestellt worden ist.

Der Betrag der Wertminderung einer Gruppe von homogenen Vermögenswerten wird in erster Linie auf Basis historischer Daten über Ausfall- und Verlustquoten, die für jedes homogene Portfolio erfasst werden, oder mittels auf das Portfolio angewandter schwerwiegender Verlustszenarien oder gegebenenfalls durch Ad-hoc-Studien ermittelt. Die so berechneten Veränderungen der Wertminderungen werden unter den Risikokosten erfasst.

Die dargestellte Vorgehensweise wird analog auf „Forderungen aus Finanzierungsleasing“ angewandt.

Restrukturierung von Krediten und Forderungen

Ein unter der Kategorie Kredite und Forderungen erfasster Vermögenswert gilt als restrukturiert, wenn aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten oder der Insolvenz des Kreditnehmers vertragliche Änderungen an der Höhe, der Laufzeit oder den finanziellen Bedingungen der von der Gruppe vormals genehmigten Transaktion vorgenommen werden und diese Änderungen unter anderen Umständen nicht berücksichtigt worden wären.

Restrukturierte finanzielle Vermögenswerte werden als wertgemindert eingestuft und die Kreditnehmer gelten als in Verzug.

Zum Restrukturierungszeitpunkt wird der Buchwert des finanziellen Vermögenswerts auf den derzeitigen Betrag der geschätzten zukünftigen Cashflow verringert, der mit dem jeweiligen Effektivzinssatz diskontiert wird. Der Verlust wird erfolgswirksam erfasst unter der Kategorie Risikokosten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Ein zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswert ist wertgemindert, sobald ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung infolge eines oder mehrerer Ereignisse nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswertes vorliegt.

Bei notierten Eigenkapitalinstrumenten stellt ein erheblicher oder längerer Rückgang ihres Kurses unter das Niveau der Anschaffungskosten einen objektiven Hinweis für eine Wertminderung dar. Ein Wertminderungsaufwand wird in diesem Fall erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe der Differenz zwischen dem zum Abschlussstichtag notierten Kurs des Wertpapiers und seinen Anschaffungskosten erfasst.

Bei nicht notierten Eigenkapitalinstrumenten werden die gleichen Wertminderungskriterien, wie vorstehend angegeben, zugrunde gelegt. Der Wert der Instrumente wird zum Abschlussstichtag mithilfe der in Note 3 beschriebenen Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Kriterien für Wertminderungen bei Fremdkapitalinstrumenten sind denen ähnlich, die für die Wertminderung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten angewandt werden.

Wurde eine Minderung des Fair Value eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswertes direkt im Eigenkapital unter „Direkt unter Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste“ angesetzt und ergibt sich in der Folge ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung dieses Vermögenswertes, erfasst die Gruppe den kumulierten Verlust, der zuvor im Eigenkapital verbucht war, in der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Falle von Fremdkapitalinstrumenten wird die Minderung unter den „Risikokosten“ und bei Wertpapieren mit variablem Ertrag unter „Nettogewinne oder -verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“.

Die Höhe dieses kumulierten Verlustes entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (nach Tilgungen und Abschreibungen) und dem aktuellen Fair Value, gegebenenfalls vermindert um bereits früher erfolgswirksam angesetzte Wertminderungen dieses finanziellen Vermögenswertes.

Ein erfolgswirksam angesetzter Wertminderungsaufwand für ein als zur Veräußerung verfügbar eingestuftes Eigenkapitalinstrument wird erst dann erfolgswirksam aufgeholt, wenn das Finanzinstrument veräußert wird. Sobald ein Eigenkapitalinstrument wertgemindert wurde, stellen alle weiteren Wertminderungsaufwendungen eine zusätzliche Wertminderung dar. Dagegen werden bei den Fremdkapitalinstrumenten die Wertminderungen bei einem späteren Wertzuwachs in Verbindung mit einer Verbesserung des Kreditausfallrisikos des Emittenten erfolgswirksam aufgeholt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten enthalten nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value eingestuft wurden. Unterteilt werden die Verbindlichkeiten in Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, sowie verbriefte und nachrangige Verbindlichkeiten.

Beim erstmaligen Ansatz werden Verbindlichkeiten zu Anschaffungskosten bilanziert, die dem Fair Value des aufgenommenen Betrags abzüglich der Transaktionskosten entsprechen. Zum Abschlussstichtag werden diese unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu ihren fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Derivate sind Finanzinstrumente, sofern sie die folgenden Kriterien erfüllen:

- Ihr Wert ändert sich in Reaktion auf die Veränderung eines bestimmten Zinssatzes, Wechselkurses, Aktienkurses, Preisindexes, Rohstoffpreises, der Bonität, usw.;
- Sie benötigen keinen bzw. nur geringen Kapitaleinsatz;
- Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt abgewickelt.

Die derivativen Finanzinstrumente werden in zwei Kategorien unterteilt:

- Zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden generell als zu Handelszwecken gehaltene derivative Instrumente angesehen, außer sie können bilanziell als Sicherungsinstrumente eingestuft werden. Sie werden in der Bilanz in der Rubrik „Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ erfasst. Die Veränderungen ihres Fair Value werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Veränderungen des Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten mit Gegenparteien, die später ausgefallen sind, werden unter „Nettogewinne oder -verluste aus erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumenten“ bis zum Datum ihrer Annullierung erfasst. Zu diesem Zeitpunkt werden Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den jeweiligen Gegenparteien zu ihrem Fair Value erfasst. Eventuelle spätere Wertminderungen dieser Forderungen werden unter „Risikokosten“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

- Derivative Sicherungsinstrumente

Um ein Finanzinstrument als derivatives Sicherungsinstrument einzustufen, dokumentiert der Konzern diese Sicherungsbeziehung bereits bei ihrer Einrichtung. Diese Dokumentierung umfasst den Vermögenswert, die Verbindlichkeit oder die abgesicherte künftige Transaktion, die Art des abgesicherten Risikos, die Art des verwendeten derivativen Finanzierungsinstruments sowie die Bewertungsmethode, die zur Beurteilung der Effektivität der Sicherungsbeziehung angewandt werden wird. Das als Sicherungsinstrument designierte derivative Finanzinstrument muss hoch effektiv sein, um die sich aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Veränderungen des Fair Value oder der Zahlungsströme auszugleichen. Diese Effektivität wird ab dem Zeitpunkt der Einrichtung des Sicherungsinstruments über seine gesamte Lebensdauer fortlaufend beurteilt. Sofern zur Absicherung dienende derivative Finanzinstrumente verwendet werden, werden diese in der Bilanz unter der Rubrik „Derivative Sicherungsinstrumente“ ausgewiesen. Je nach der Art des abgesicherten Risikos designiert die Gruppe das derivative Finanzinstrument als Sicherungsinstrument zur Absicherung des Fair Value oder der Zahlungsströme.

Eingebettete Derivate

Ein eingebettetes Derivat ist Bestandteil eines Hybridinstruments. Wenn dieses nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet wird, behandelt der Konzern das eingebettete Derivat getrennt von dem Basisvertrag. Voraussetzung hierfür ist, dass sich bei Abschluss der Transaktion die wirtschaftlichen Eigenschaften und das Risiko des Derivates von denen des Basisvertrages unterscheiden und die Definition eines Derivates erfüllt. Wenn das Derivat getrennt vom Basisvertrag behandelt wird, ist es in der Bilanz als „Finanzieller Vermögenswert oder finanzielle Verbindlichkeit erfolgswirksam zum Fair Value bewertet“ zu seinem beizulegenden Zeitwert auszuweisen.

FINANZIERUNGSLEASING-VERHÄLTNISSE

Beim erstmaligen Ansatz eines Leasingverhältnisses ist der Vertrag in die Kategorie Finanzierungsleasing oder Operating Leasing einzustufen. Die Klassifizierung ist davon abhängig, welcher Partei das wirtschaftliche Eigentum zuzurechnen ist. Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing eingestuft, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum des Leasinggegenstandes verknüpft sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Ist dies nicht der Fall, wird das Leasingverhältnis als Operating-Leasing-Verhältnis eingestuft.

Bilanzierung von Leasingverhältnissen beim Leasinggeber

Wird der bestehende Leasingvertrag als Finanzierungsleasingverhältnis eingestuft, hat der Leasinggeber zu Beginn der Leasinglaufzeit eine Forderung in Höhe seiner Nettoinvestition aus dem Leasingverhältnis anzusetzen. Diese ist definiert als der abgezinste Betrag der Bruttoinvestition, die aus der Summe der vertraglichen Mindestleasingzahlungen zuzüglich eines eventuell nicht garantierten Restwertes besteht. Die Abzinsung erfolgt mit dem Zinssatz, der dem Leasingverhältnis zugrunde liegt. Die Forderung wird unter dem Bilanzposten Forderungen aus Leasingverhältnissen erfasst.

Die in den Leasingzahlungen enthaltenen Zinsen werden unter „Zinsen und ähnliche Erträge“ erfolgswirksam angesetzt, sodass das Leasingverhältnis eine dauerhafte regelmäßige Rendite auf die Investition generiert. Bei Rückgang der nicht garantierten Restwerte, die für die Berechnung der Bruttoinvestition des Leasinggebers im Finanzierungsleasing-Vertrag zugrunde gelegt wurden, wird der Barwert dieses Rückgangs in der Gewinn- und Verlustrechnung als Wertminderung der Finanzierungsleasing-Forderung erfasst. Die für Forderungen im Rahmen von Finanzierungsleasing-Verhältnissen festgestellten Wertminderungen individueller oder kollektiver Art unterliegen den gleichen Regeln wie denjenigen, die für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte beschrieben sind.

Die im Rahmen von Operating-Leasing-Verhältnissen gehaltenen Leasinggegenstände werden in der Bilanz unter den betrieblichen Sachanlagen in der Rubrik „Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte“ ausgewiesen. Ungeachtet des Restwertes werden sie über die Dauer des Leasingvertrages abgeschrieben. Die Leasingerlöse sind während der Dauer des Leasingvertrages linear in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Außerdem sind die Erträge, die für Instandhaltungsleistungen im Zusammenhang mit Operating-

Leasing-Verhältnissen in Rechnung gestellt und erfasst wurden, während der Laufzeit der Leasingverträge als eine konstante Spanne zwischen diesen Erträgen und den angefallenen Aufwendungen abzubilden.

Bilanzierung von Leasingverhältnissen beim Leasingnehmer

Beim erstmaligen Ansatz von als Finanzierungsleasing eingestuften Leasingverhältnissen wird der Leasinggegenstand in Höhe des niedrigeren Wertes aus seinem beizulegenden Zeitwert und dem Barwert der Mindestleasingzahlungen bewertet. Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Vermögenswert in Übereinstimmung mit der für diesen Vermögenswert anzuwendenden Rechnungslegungsmethode bilanziert.

Vermögenswerte aus anderen Leasingverhältnissen werden als Operating-Leasingverhältnisse eingestuft und nicht in der Bilanz des Konzerns erfasst.

Geleistete Zahlungen im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses im Gewinn oder Verlust erfasst. Erhaltene Leasinganreize werden als Bestandteil des Gesamtleasingaufwands über die Laufzeit des Leasingverhältnisses erfasst.

Geleistete Mindestleasingzahlungen im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen werden in den Finanzierungsaufwand und den Tilgungsanteil der Restschuld aufgeteilt. Der Finanzierungsaufwand wird so über die Laufzeit des Leasingverhältnisses verteilt, dass über die Perioden ein konstanter Zinssatz auf die verbliebene Schuld entsteht

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte enthalten betriebliche Vermögenswerte. Vermögenswerte, die für Operating-Leasingverträge gehalten werden, sind in den betrieblichen Sachanlagen enthalten, während für Leasingverträge gehaltene Gebäude in die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien einzubeziehen sind.

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten vermindert um die kumulierten planmäßigen Abschreibungen und Wertminderungen ausgewiesen. Die Sachanlagen werden über ihre gewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben, welche auf 3 bis 20 Jahre geschätzt wird.

Sachanlagen, die einer Cash Generating Unit angehören, werden Wertminderungstests unterzogen, sobald sich Anzeichen für eine Wertminderung ergeben.

Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von betrieblich genutzten Sachanlagen werden unter „Nettogewinne oder -verluste aus sonstigen Vermögenswerten“ erfasst.

GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERT

Um Unternehmenserwerbe im Konzernabschluss zu erfassen, nutzt der Konzern die Erwerbsmethode nach IFRS 3. Übersteigt der Kaufpreis für den Erwerb eines Tochterunternehmens oder assoziierten Unternehmens den Wert der übernommenen Reinvermögens zum Zeitpunkt der Übernahme, so entsteht ein Geschäfts- oder Firmenwert, der in der Bilanz des Unternehmens anzusetzen ist.

Zum Zwecke der Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwertes sind alle nach IFRS 3 identifizierten Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, außerbilanziellen Posten und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zum Fair Value im Erwerbszeitpunkt zu bewerten. Gleichzeitig erfolgt eine Bewertung der Minderheitenanteile entsprechend ihrem Anteil am beizulegenden Zeitwert der identifizierten Vermögenswerte und Schulden des erworbenen Unternehmens. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem ermittelten Reinvermögen zum beizulegenden Zeitwert und der Gegenleistung ist als Geschäfts- oder Firmenwert zu aktivieren. Der ermittelte Geschäfts- oder Firmenwert ist zum Zweck der Überprüfung auf Wertminderung auf eine oder mehrere zahlungsmittelgenerierende Einheiten zu allokalieren, die aus dem Unternehmenszusammenschluss Nutzen ziehen sollen. Die dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ausgeschlossen hiervon sind Kosten, die sich auf die Emission von Eigenkapitalinstrumenten beziehen.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird regelmäßig durch die Gruppe überprüft und einem jährlichen Werthaltigkeitstest unterzogen. Gibt es Anhaltspunkte für eine Wertminderung, so kann auch unterjährig ein Werthaltigkeitstest erforderlich sein. Ob eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwertes vorliegt, ermittelt das Unternehmen indem es den erzielbaren Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Buchwert vergleicht. Ist der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert, so ist eine Wertminderung erfolgswirksam zu erfassen.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer und Rückstellungen für Risiken und sonstige Verwaltungsaufwendungen.

Wenn es so gut wie sicher ist, dass das Unternehmen bei Erfüllung einer Verpflichtung, für die eine Rückstellung gebildet wurde, eine Erstattung erhält, wird der Erstattungsanspruch als Sonstiger Vermögensgegenstand behandelt. Der für die Erstattung angesetzte Betrag ist dabei auf die Höhe der Rückstellung begrenzt.

Eine Rückstellung ist zu erfassen, wenn:

- es aufgrund einer Verpflichtung gegenüber einem Dritten voraussichtlich zu einem Abfluss von Ressourcen kommt, ohne zumindest den Gegenwert im Austausch zu erhalten
- eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist

Um die Höhe der Rückstellung zu ermitteln, ist der erwartete Mittelabfluss zu diskontieren, sofern die Abzinsung einen signifikanten Effekt darstellt. Die Zuführung und Auflösung von Rückstellungen werden ergebniswirksam erfasst.

KREDITZUSAGEN

Werden Kreditzusagen nicht als derivative Finanzinstrumente betrachtet, erfasst die Gruppe sie beim erstmaligen Ansatz zu ihrem Fair Value. In der Folge werden für diese Zusagen erforderlichenfalls Rückstellungen gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen für Rückstellungen gebildet.

UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN VERBINDLICHKEITEN UND EIGENKAPITAL

Die von der Gruppe ausgegebenen Finanzinstrumente werden vollständig oder teilweise als Schuldinstrumente oder Eigenkapitalinstrumente eingestuft, je nachdem, ob eine vertragliche Verpflichtung für den Emittenten besteht, an die Inhaber der Titel Barmittel auszuschütten.

Erfüllen sie die Voraussetzungen für Schuldinstrumente, werden die ausgegebenen Titel abhängig von ihren Merkmalen unter „Verbriefte Verbindlichkeiten“ oder unter „Nachrangige Verbindlichkeiten“ eingestuft.

Erfüllen sie die Voraussetzungen für Eigenkapitalinstrumente, werden die von der Société Générale ausgegebenen Titel unter „Eigenkapitalinstrumente und zugehörige Rücklagen“ ausgewiesen. Werden die Eigenkapitaltitel von Tochterunternehmen an Dritte ausgegeben, werden diese Instrumente unter „Anteile ohne beherrschenden Einfluss“ erfasst und die an die Inhaber dieser Instrumente ausgeschütteten Vergütungen werden kann in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Anteile ohne beherrschenden Einfluss“ ausgewiesen.

ANTEILE OHNE BEHERRSCHENDEN EINFLUSS

Die „Anteile ohne beherrschenden Einfluss“ stehen für den Beteiligungsanteil an den voll konsolidierten Tochterunternehmen, der weder direkt noch indirekt der Gruppe zugeordnet werden kann. Sie schließen die von diesen Tochterunternehmen ausgegebenen und nicht von der Gruppe gehaltenen Eigenkapitalinstrumente ein.

ZINSERTRÄGE UND -AUFWENDUNGEN

Die Zinserträge und -aufwendungen werden für alle zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Zinsen und ähnliche Erträge/Aufwendungen“ anhand der Effektivzinismethode erfasst.

Der Effektivzinssatz ist der Zinssatz, mit dem die künftigen Zahlungsstromzuflüsse und -abflüsse während der vorgesehenen Lebensdauer des Finanzinstruments exakt auf den Nettobuchwert des finanziellen Vermögenswertes oder der finanziellen Verbindlichkeit abgezinst werden. Zur Berechnung des Effektivzinssatzes werden die auf Basis der vertraglichen Modalitäten des Finanzinstruments geschätzten Zahlungsströme herangezogen, ohne Berücksichtigung eventueller künftiger Kreditverluste. Diese Berechnung schließt auch die zwischen den Vertragsparteien gezahlten oder erhaltenen Provisionen ein, wenn diese vergleichbar sind mit Zinsen, direkt zurechenbaren Transaktionsgebühren, Aufgeldern oder Abschlägen.

Wurde ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte infolge eines Wertminderungsaufwands wertgemindert, werden die in der Folge anfallenden Zinserträge auf Basis des Effektivzinssatzes erfasst, der zur Abzinsung der künftigen Zahlungsströme zwecks Ermittlung des Wertminderungsaufwands verwendet wird.

Analog werden auch die Zinsen aus der Aufzinsung von Forderungen aus Finanzierungsleasingverhältnissen in der Position Zinserträge erfasst.

Außerdem bewirken alle auf der Passivseite der Bilanz erfassten Rückstellungen — mit Ausnahme der Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer — bilanziell Zinsaufwendungen, die anhand des Zinssatzes berechnet werden, der zur Abzinsung der erwarteten Ressourcenabflüsse verwendet wird.

NETTOERTRÄGE AUS PROVISIONEN FÜR DIENSTLEISTUNGEN

Die Gruppe setzt die Erträge aus Gebühren und Provisionen für erbrachte Dienstleistungen sowie die Aufwendungen für in Anspruch genommene Dienstleistungen erfolgswirksam an, und zwar je nach Art der jeweiligen Dienstleistungen.

Die Gebühren und Provisionen zur Vergütung von fortlaufenden Dienstleistungen, wie bestimmte Gebühren und Provisionen für Zahlungsmittel, für die Verwahrung von Wertpapieren in Depots oder für den Bezug von Telekommunikationsleistungen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung über die Bezugsdauer der Leistung als Erträge erfasst. Die Gebühren und Provisionen zur Vergütung von einmaligen Dienstleistungen, wie Überweisungsgebühren, Vermittlungsgebühren, Arbitragegebühren oder Strafzinsen aufgrund von Zahlungsereignissen, werden bei Erbringung der Dienstleistung vollständig erfolgswirksam erfasst.

PERSONALAUFWAND

Die Rubrik „Personalaufwand“ umfasst alle mit dem Personal verbundenen Ausgaben. Sie beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Löhne und Gehälter, ebenso wie die Aufwendungen der unterschiedlichen Pensionspläne der Gruppe.

LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

Die Unternehmen der Gruppe können ihren Mitarbeitern folgende Leistungen gewähren:

- Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wie Pensionspläne oder Abfindungen bei Vorruhestand
- Langfristig fällige Leistungen wie variable Vergütungen, Prämien für langjährige Betriebszugehörigkeit oder Arbeitszeitkonten
- Abfindungszahlungen

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die für Mitarbeiter eingerichteten Pensionspläne können beitragsorientierte oder leistungsorientierte Pläne sein.

Bei den beitragsorientierten Plänen beschränkt sich die Verpflichtung des Konzerns ausschließlich auf die Zahlung eines Beitrags, beinhaltet aber keine Verpflichtung der Gruppe bezüglich der Höhe der den Mitarbeitern zu zahlenden Leistungen. Die gezahlten Beiträge werden im jeweiligen Geschäftsjahr als Aufwendungen erfasst.

Die leistungsorientierten Pläne sind Pläne, bei denen sich die Gruppe formell oder stillschweigend zu einer bestimmten Leistungshöhe oder einem bestimmten Leistungsniveau verpflichtet und somit mittel- oder langfristig ein Risiko übernimmt.

In der Bilanz wird auf der Passivseite eine Rückstellung angesetzt, um die Gesamtheit dieser Versorgungsverpflichtungen abzudecken. Sie wird regelmäßig von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach der Projected Unit Credit Method (Anwartschaftsbarwertverfahren) bewertet. Dieses Bewertungsverfahren berücksichtigt Annahmen zur Demografie, zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Unternehmen, zu Lohn- und Gehaltserhöhungen, zum Abzinsungssatz und zur Inflationsrate. Wenn diese Pläne mit Fremdmitteln finanziert werden, die der Definition von Planvermögen entsprechen, wird die Rückstellung zur Absicherung der jeweiligen Verpflichtungen um den Fair Value dieser Fremdmittel vermindert.

Differenzen aufgrund von Veränderungen der Berechnungsannahmen (Vorruhestand, Abzinsungssatz usw.) oder Differenzen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen und den tatsächlichen Gegebenheiten stellen versicherungsmathematische Abweichungen (Gewinne oder Verluste) dar. Diese versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste ebenso wie die Erträge aus Planvermögen, von denen der bereits als Aufwand erfasste Betrag der Nettozinsen auf Nettoschulden (oder Vermögenswerte) abgezogen wird, und die Veränderung der Auswirkung der Begrenzung des Planvermögens sind Faktoren für eine erneute Schätzung (oder Bewertung) der Nettoschulden (oder der Nettovermögenswerte). Diese Faktoren werden unmittelbar und in voller Höhe im Eigenkapital erfasst und können später nicht erfolgswirksam umgebucht werden.

Im Konzernabschluss werden die Posten, die nicht nachträglich erfolgswirksam umgebucht werden können, in der Gesamtergebnisrechnung in einer separaten Zeile dargestellt. Sie werden jedoch in der Eigenkapitalveränderungsrechnung in die Rücklagen umgebucht, sodass sie direkt in den „Konzernrücklagen“ auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden.

Bei Einrichtung eines neuen Plans (oder Nachtrages) wird der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Die unter „Personalaufwand“ erfassten jährlichen Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne umfassen:

- die zusätzlich von jedem Arbeitnehmer erworbenen Ansprüche (laufender Dienstzeitaufwand),
- die Veränderung der Verpflichtung infolge einer Änderung oder Kürzung eines Plans (nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand),
- die Finanzkosten aufgrund der Auswirkung der Aufzinsung der Verpflichtung und die Zinserträge aus dem Planvermögen (Nettozinsen auf Nettoschulden oder Nettovermögenswerte),
- die Auswirkung von Planabgeltungen.

Langfristig fällige Leistungen

Dies sind Leistungen, die den Arbeitnehmern mehr als 12 Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres gezahlt werden, indem sie die entsprechenden Dienste erbracht haben. Hierfür wird die gleiche Bewertungsmethode angewandt wie für die Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Ausnahme der versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste, die unmittelbar erfolgswirksam erfasst werden.

RISIKOKOSTEN

Die Rubrik „Risikokosten“ umfasst die Nettobeträge aus Wertberichtigungen für identifizierte Risiken, ebenso wie Verluste aus notleidenden Krediten und der Erholung von Tilgungsdarlehen.

ERTRAGSTEUERN

Laufende Steuern

Der laufende Steueraufwand wird ermittelt auf Basis der zu versteuernden Gewinne jeder der konsolidierten steuerlichen Einheiten.

Die Steuerguthaben auf Erträge aus Forderungen und Wertpapierportfolios werden, wenn sie tatsächlich zur Begleichung der für das Geschäftsjahr zu entrichtenden Körperschaftssteuer verwendet werden, in der gleichen Rubrik erfasst wie die Erträge, auf die sie sich beziehen. Der entsprechende Steueraufwand wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Rubrik „Ertragsteuern“ belassen.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden erfasst, sobald eine temporäre Differenz zwischen den Buchwerten der Aktiva und Passiva der Bilanz und ihren jeweiligen steuerlichen Werten festgestellt wird, sofern sich diese Differenzen auf die künftigen Steuerzahlungen auswirken.

Die latenten Steuern werden für jede steuerliche Einheit nach den Besteuerungsregeln errechnet. Dabei wird der zum Zeitpunkt der Auflösung der temporären Differenz geltende oder angekündigte Steuersatz angewandt. Bei Änderung des Steuersatzes werden diese latenten Steuern angepasst. Ihre Berechnung unterliegt keinerlei Abzinsung. Aktive latente Steuern können sich aus abzugsfähigen temporären Differenzen oder vortragbaren steuerlichen Verlusten ergeben.

Sie werden nur erfasst, wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, dass die betroffene steuerliche Einheit innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens Aussicht auf Erstattung hat, vor allem durch Verrechnung solcher vortragbarer Differenzen und Verluste auf zu versteuernde künftige Gewinne. Die vortragbaren steuerlichen Verluste werden jährlich unter Berücksichtigung des auf jede betroffene Einheit anwendbaren Steuerrechts und einer realistischen Prognose des Steuerergebnisses der Einheit basierend auf den Entwicklungsperspektiven ihrer Aktivitäten geprüft. Die bislang nicht erfassten latenten Steueransprüche werden dann in der Bilanz ausgewiesen, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein künftiger zu versteuernder Gewinn ihre Realisierung ermöglicht. Der Buchwert der bereits in der Bilanz ausgewiesenen latenten Steueransprüche wird hingegen vermindert, sobald ein Risiko besteht, dass diese teilweise oder vollständig nicht realisiert werden können.

Die laufenden und latenten Steuern werden unter Steueraufwand oder Steuerertrag in der Rubrik „Ertragsteuern“ der Konzerngewinn- und -verlustrechnung erfasst. Latente Steuern, die sich auf unter Posten unter „Direkt unter Eigenkapital bilanzierte Gewinne und Verluste“ beziehen, werden in der gleichen Rubrik des Eigenkapitals erfasst.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNBILANZ

NOTE 4 – ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

(in TEUR)	30.06.2017	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten
Zu Handelszwecken gehalten	15.934.436	15.930.096
Finanzinstrumente die nach der Fair Value-Option erfolgswirksam bewertet werden	296.086	295.989
Summe	16.230.522	16.226.085
<i>davon mit Rückgabevereinbarung angekaufte/ mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere</i>	-	-

Bei den Finanzinstrumenten, die nach der Fair Value Option erfolgswirksam bewertet werden, handelt es sich um Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute.

ZU HANDELSZWECKEN GEHALTENE FINANZINSTRUMENTE

Finanzielle Vermögenswerte

(in TEUR)	30.06.2017
Anleihen und andere Schuldtitel	213
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente	-
Derivate	11.110.933
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	4.823.290
Summe	15.934.436

Finanzielle Verbindlichkeiten

(in TEUR)	30.06.2017
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.822.827
Verbindlichkeiten aus geliehenen Wertpapieren	-
Anleihen und andere Leerverkaufsschuldtitel	-
Aktien und andere Leerverkaufseigenkapitaltitel	-
Derivate	11.107.269
Summe	15.930.096

FINANZINSTRUMENTE, DIE NACH DER FAIR VALUE-OPTION ERFOLGSWIRKSAM BEWERTET WERDEN

Vermögenswerte

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Anleihen und andere Schuldtitel	-
Aktien und sonstige Eigenkapitalinstrumente	-
Darlehen an Kunden	-
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	296.086
Sondervermögen für Leistungen an Arbeitnehmer	-
Summe	296.086

Bei den sonstigen finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um ein Gegengeschäft zu einem emittierten Zertifikat.

Verbindlichkeiten

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Anleihen und andere Schuldtitel	295.989
Aktien und sonstige Eigenkapitalinstrumente	-
Darlehen an Kunden	-
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-
Sondervermögen für Leistungen an Arbeitnehmer	-
Summe	295.989

NETTOERGEBNIS AUS FINANZINSTRUMENTEN, DIE ERFOLGSWIRKSAM ZUM FAIR VALUE BEWERTET WERDEN

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Nettoergebnis aus Trading Portfolio	(109)
Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten, für welche die Fair Value Option ausgeübt wird	97
Nettoergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	(1.868)
Nettoergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-
<i>Nettoergebnis aus Fair Value Sicherungsinstrumenten</i>	-
<i>Neubewertung von Grundgeschäften in Bezug auf das abgesicherte Risiko</i>	-
Nettoergebnis aus Fremdwährungstransaktionen	(11)
Summe	(1.891)

NOTE 5 – DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Derivative Finanzinstrumente sind zu unterscheiden nach den Kategorien „Zu Handelszwecken gehalten“ und „Derivative Sicherungsinstrumente“.

ZU HANDELSZWECKEN GEHALTENE DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

(in TEUR)	30.06.2017	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten
Zinsinstrumente	8.697	302.687
Fremdwährungsinstrumente	150.962	151.609
Aktien- und Indexinstrumente	7.126.051	7.067.374
Rohstoffinstrumente	3.825.223	3.585.599
Kreditderivate	-	-
Andere Terminfinanzinstrumente	-	-
Summe	11.110.933	11.107.269

ZU SICHERUNGSZWECKEN GEHALTENE DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

(in TEUR)	30.06.2017	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten
Cash Flow Hedge	131	-
Zinsinstrumente	131	-
Fremdwährungsinstrumente	-	-
Andere Finanzinstrumente	-	-
Summe	131	-

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE (NOMINALWERTE)

Vermögenswerte

30.06.2017

(in TEUR)	Trading	Hedging
Zinsinstrumente	3.229.491	1.059.879
Verbindliche Instrumente	-	-
Swaps	2.221.983	1.059.879
FRAs	-	-
Optionen	1.007.508	-
Fremdwährungsinstrumente	18.272.751	-
Verbindliche Instrumente	-	-
Optionen	18.272.751	-
Aktien- und Indexinstrumente	27.664.745	-
Verbindliche Instrumente	-	-
Optionen	27.664.745	-
Rohstoffinstrumente	16.289.449	-
Verbindliche Instrumente	-	-
Optionen	16.289.449	-
Kreditderivate	-	-
Andere Terminfinanzinstrumente	-	-
Summe	65.456.436	1.059.879

Verbindlichkeiten

30.06.2017

(in TEUR)	Trading	Hedging
Zinsinstrumente	3.374.803	1.059.879
Verbindliche Instrumente	-	-
Swaps	2.224.235	1.059.879
FRAs	-	-
Optionen	1.150.568	-
Fremdwährungsinstrumente	18.272.751	-
Verbindliche Instrumente	-	-
Optionen	18.272.751	-
Aktien- und Indexinstrumente	28.314.591	-
Verbindliche Instrumente	-	-
Optionen	28.314.591	-
Rohstoffinstrumente	15.745.594	-
Verbindliche Instrumente	-	-
Optionen	15.745.594	-
Kreditderivate	-	-
Andere Terminfinanzinstrumente	-	-
Summe	65.707.739	1.059.879

Bei den Hedging-Derivaten handelt es sich um Finanzinstrumente, die im Rahmen der Zinsrisikosteuerung der von der ALD LF verbriefen Kreditforderungen eingesetzt werden.

NOTE 6 – ZUR VERÄUßERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

ZUSAMMENSETZUNG DER ZUR VERÄUßERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE ZUM BILANZSTICHTAG

(in TEUR)	30.06.2017	
	Netto	davon Wertminderungen
Anleihen und andere Schuldtitel	70.060	43
Eigenkapitalinstrumente	211	33
Langfristig gehaltene Wertpapiere/Aktien	3.217	-
Summe	73.488	76
davon verliehene Wertpapiere	-	-

VERÄNDERUNG DER ZUR VERÄUßERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE WÄHREND DES GESCHÄFTSJAHRES

(in TEUR)	30.06.2017
Bestand zum 01.01.2017	83.664
Zugänge	24
Veräußerungen/Rückzahlungen	(9.983)
Änderungen des Konsolidierungskreises und Sonstige	-
Erfolgsneutral erfasste Gewinne und Verluste der Berichtsperiode aus Veränderungen des Fair Value	(217)
Erfolgswirksam erfasste Änderung der Wertminderung aus Wertpapieren mit festem Ertrag	-
<i>Erhöhung</i>	-
<i>Wertaufholung</i>	-
<i>Sonstige</i>	-
Erfolgswirksam erfasster Wertminderungsaufwand für Wertpapiere mit variablem Ertrag	-
Änderung der zugehörigen Forderungen	-
Wechselkursdifferenzen	-
Bestand zum 30.06.2017	73.488

UNREALISIERTE GEWINNE UND VERLUSTE AUS ZUR VERÄUßERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Unrealisierte Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten	2
Unrealisierte Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung gehaltenen Schuldverschreibungen	(219)
Summe	(217)

NOTE 7 – FAIR VALUE DER FINANZINSTRUMENTE, DIE ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTET WERDEN

FAIR VALUE HIERARCHIE

Im Anhang zum Konzernabschluss wird zu Informationszwecken der Fair Value der Finanzinstrumente anhand einer Fair-Value-Hierarchie dargestellt, die die Bedeutung der für die Bewertung verwendeten Daten widerspiegelt. Diese Fair-Value-Hierarchie umfasst folgende Stufen:

Level 1 (L1): Instrumente, die anhand von (nicht angepassten) auf aktiven Märkten notierten Preisen für vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bewertet wurden

Die in dieser Kategorie zusammengefassten, in der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente umfassen insbesondere auf einem aktiven Markt notierte Aktien, Staats- oder Unternehmensanleihen, die von direkten externen Notierungen (Notierungen durch Broker/Händler) profitieren, auf geregelten Märkten gehandelte derivative Finanzinstrumente (Futures, Options) und Fondsanteile (einschließlich OGAW), deren Liquidationswert zum Abschlussstichtag verfügbar ist.

Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn Kursnotierungen problemlos und regelmäßig an einer Börse, bei einem Makler, einem Vermittler, einer Branchenvereinigung, einer Pricing-Agentur oder einer Regulierungsbehörde verfügbar sind und aus tatsächlichen Transaktionen herrühren, die auf dem Markt regelmäßig unter normalen Wettbewerbsbedingungen stattfinden.

Die Einstufung eines Marktes als inaktiv stützt sich auf Indikatoren wie den erheblichen Rückgang des Transaktionsvolumens und des Aktivitätsniveaus auf dem Markt, die starke zeitliche Verteilung und Streuung der verfügbaren Preise auf die oben genannten unterschiedlichen Marktteilnehmer oder auch dass die letzte Transaktion unter normalen Wettbewerbsbedingungen nicht erst kürzlich stattgefunden hat.

Wird ein Finanzinstrument auf unterschiedlichen Märkten gehandelt und hat die Gruppe direkten Zugang zu diesen Märkten, so stellt der Preis auf dem Markt, auf dem das Aktivitätsvolumen und -niveau am höchsten ist, den Fair Value des Finanzinstruments dar.

Transaktionen, die das Ergebnis von Zwangsverkaufssituationen sind, werden prinzipiell bei der Ermittlung des Marktpreises nicht berücksichtigt

Level 2 (L2): Instrumente, die bewertet wurden anhand von anderen Daten als den für Level 1 genannten notierten Preisen, die für den betroffenen Vermögenswert oder die betroffene Verbindlichkeit entweder direkt (d. h. in Form von Preisen) oder indirekt (d. h. in Form von abgeleiteten Preisangaben) beobachtbar sind.

Finanzinstrumente, die auf als nicht ausreichend aktiv erachteten Märkten notiert sind, und solche, die auf OTC-Märkten gehandelt werden, sind dieser Stufe zuzurechnen. Als abgeleitete Preisangaben gelten von einer externen Quelle veröffentlichte, von der Bewertung ähnlicher Instrumente abgeleitete Preise.

Die Kategorie L2 umfasst insbesondere die zum Fair Value angesetzten Wertpapiere, für die keine unmittelbaren Notierungen verfügbar sind (hierzu können Unternehmensanleihen, hypothekarisch besicherte Wertpapiere oder Fondsanteile gehören) und Fest- oder Optionsgeschäfte mit Derivaten auf dem OTC-Markt: Zinsswapgeschäfte, Caps, Floors, Swaptions, Optionsrechte auf Aktien, Indizes, Wechselkurse, Rohstoffe, Kreditderivate. Diese Instrumente haben Fälligkeiten, die den üblicherweise auf dem Markt gehandelten Fristen entsprechen. Sie können einfach sein oder auch komplexere Ertragsprofile aufweisen (z. B. Barrier-Optionen, Produkte mit zugrunde liegenden Multiplen). In diesem Falle bleibt die Komplexität jedoch begrenzt. Hierfür werden Bewertungsmaßstäbe herangezogen, die den von den wichtigsten Marktakteuren üblicherweise angewandten Methoden entsprechen.

Die Kategorie umfasst auch den Fair Value der Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten, die Kontrahenten gewährt werden, deren Kreditrisiko über Credit Default Swap (CDS) notiert ist.

Level 3 (L3): Instrumente, für die die zur Bewertung verwendeten Daten nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren (nicht beobachtbare Daten).

Es handelt sich im Wesentlichen um die in der Bilanz zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumente, deren Handelsspanne nicht unmittelbar erfolgswirksam erfasst wird.

Die in die Kategorie L3 eingestuften Finanzinstrumente umfassen somit die Derivate mit längeren Fälligkeiten als auf den Märkten üblich und/oder mit Ertragsprofilen, die ausgeprägte Besonderheiten aufweisen. Ebenso in die Kategorie L3 eingestuft werden zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten, wenn die sie betreffenden eingebetteten Derivate ebenfalls auf der Basis von Methoden bewertet werden, deren Parameter nicht beobachtbar sind.

Was komplexe Derivate anbelangt, sind die in die Kategorie L3 eingestuften wichtigsten Instrumente folgende:

- **Aktienderivate:** Hierbei handelt es sich um Optionsgeschäfte mit langer Laufzeit und/oder Ertragsmechanismen nach Maß. Diese Instrumente sind von Marktparametern abhängig (Volatilitäten, Dividendenquoten, Korrelationen). Mangels Markttiefe und möglicher Objektivierung durch regelmäßige Notierungen erfolgt die Bewertung anhand von proprietären Methoden (wie beispielsweise Extrapolation beobachtbarer Daten, historische Analyse). Hybride Aktienprodukte (d. h. Aktienprodukte,

bei denen es sich bei mindestens einem Basiswert nicht um eine Aktie handelt) werden wegen der Korrelation zwischen in der Regel nicht beobachtbaren unterschiedlichen Basiswerten ebenfalls in die Kategorie L3 eingestuft.

- Zinsderivate: Hierbei handelt es sich um langfristige und/oder exotische Optionen d.h. Produkte, die von Korrelationen zwischen unterschiedlichen Zinssätzen, Wechselkursen oder zwischen Zinssätzen und Wechselkursen beispielsweise bei Quanto-Produkten, bei denen die Basiswerte nicht auf die Zahlungswährung lauten, abhängen. Sie sind aufgrund der nicht beobachtbaren Bewertungsparameter unter Berücksichtigung der Liquidität der Währungspaare und der Restlaufzeit der Transaktionen in die Kategorie L3 einzustufen; beispielsweise werden Zins-Zins-Korrelationen des Paares USD/JPY als nicht beobachtbar beurteilt.
- Kreditderivate: Die Kategorie L3 umfasst hier insbesondere in einem Korb zusammengefasste Finanzinstrumente mit Exposure in Bezug auf die Ausfallzeit-Korrelation (Produkte des Typs „N to default“, bei denen der Käufer der Absicherung ab dem N-ten Ausfall entschädigt wird, mit Exposure in Bezug auf die Kreditqualität der Signaturen, die den Korb bilden und ihrer Korrelation, oder des Typs „CDO Bespoke“, bei denen es sich um CDOs — Collateralized Debt Obligations — mit maßgeschneiderten Tranchen handelt, die speziell für eine Gruppe von Anlegern geschaffen und gemäß ihren Bedürfnissen strukturiert wurden) sowie die Produkte, die der Volatilität der Kredit-Spreads ausgesetzt sind.
- Rohstoffderivate: Sie sind in dieser Produktkategorie enthalten, da sie sich auf nicht beobachtbare Parameter in Bezug auf Volatilität oder Korrelation beziehen (z. B. Optionsrechte auf Rohstoff-Swaps, Finanzielle Vermögenswerte bewertet zum Fair Value).

	30.06.2017			
(in TEUR)	Level 1	Level 2	Level 3	Total
Zu Handelszwecken gehalten	-	4.322.379	501.124	4.823.503
Anleihen und andere Schuldtitel	-	213		213
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente				
Andere Handelsaktiva		4.322.166	501.124	4.823.290
Finanzielle Vermögenswerte, für welche die Fair Value Option ausgeübt wurde		210.694	85.392	296.086
Anleihen und andere Schuldtitel				
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente				
Sonstige finanzielle Vermögenswerte		210.694		296.086
Separate Vermögenswerte aus Mitarbeiterprogrammen				
Derivate im Handelsbestand		11.064.144	46.789	11.110.933
Zinsinstrumente		8.697		8.697
Fremdwährungsinstrumente		150.962		150.962
Aktien- und Indexinstrumente		7.079.262	46.789	7.126.051
Rohstoffinstrumente		3.825.223		3.825.223
Kreditderivate				
Andere Terminfinanzinstrumente				
Summe der erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten finanziellen Vermögenswerte		15.597.217	633.305	16.230.522
Zu Sicherungszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente	-	131	-	131
Zinsinstrumente		131		131
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	70.060	211	3.217	73.488
Anleihen und andere Schuldtitel	70.060			70.060
Eigenkapitalinstrumente		211		211
Langfristig gehaltene Wertpapiere/Aktien			3.217	3.217
Summe der finanziellen Vermögenswerte zum Fair Value	70.060	15.597.559	636.522	16.304.141

Bei den Hedging-Derivaten handelt es sich um Finanzinstrumente, die im Rahmen der Zinsrisikosteuerung der von der ALD LF verbrieften Kreditforderungen eingesetzt werden.

FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN BEWERTET ZUM FAIR VALUE

	30.06.2017			
<i>(in TEUR)</i>	Level 1	Level 2	Level 3	Total
Zu Handelszwecken gehalten	-	4.321.703	501.124	4.822.827
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	4.321.703	501.124	4.822.827
Verbindlichkeiten aus geliehenen Wertpapieren				
Anleihen und andere Leerverkaufsschuldtitel				
Aktien und andere Leerverkaufseigenkapitaltitel				
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten				
Finanzielle Verbindlichkeiten für welche die Fair Value Option ausgeübt wurde		210.597	85.392	295.989
Handelsderivate		11.060.480	46.789	11.107.269
Zinsinstrumente		302.687		302.687
Fremdwährungsinstrumente		151.609		151.609
Aktien- und Indexinstrumente		7.020.585	46.789	7.067.374
Rohstoffinstrumente		3.585.599		3.585.599
Kreditderivate				
Hedging Derivate				
Zinsinstrumente				
Fremdwährungsinstrumente				
Aktien- und Indexinstrumente				
Andere Terminfinanzinstrumente				
Summe der finanziellen Verbindlichkeiten zum Fair Value		15.592.780	633.305	16.226.085

VERÄNDERUNGEN IN LEVEL 3 DER FINANZINSTRUMENTE

Finanzielle Vermögenswerte bewertet zum Fair Value

<i>(in TEUR)</i>	Stand zum 01.01.2017	Zuführungen	Veräußerungen/ Rückzahlungen	Umbuchungen in Stufe 2
Zu Handelszwecken gehalten	722.507	118.302	(402.862)	(8.279)
Anleihen und andere Schuldtitel				
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente	722.507	118.302	(402.862)	(8.279)
Andere Handelsaktiva	-	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte, für welche die Fair Value Option ausgeübt wurde	109.379	-	(24.928)	-
Anleihen und andere Schuldtitel	-	-	-	-
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente	-	-	-	-
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	109.379	-	(24.928)	-
Separate Vermögenswerte aus Mitarbeiterprogrammen	-	-	-	-
Handelsderivate	38.501	361	(9)	(278)
Zinsinstrumente	-	-	-	-
Fremdwährungsinstrumente	-	-	-	-
Aktien- und Indexinstrumente	38.501	361	(9)	(278)
Rohstoffinstrumente	-	-	-	-
Kreditderivate	-	-	-	-
Andere Terminfinanzinstrumente	-	-	-	-
Hedging Derivate	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.217	-	-	-
Anleihen und andere Schuldtitel	-	-	-	-
Eigenkapitalinstrumente	-	-	-	-
Langfristig gehaltene Wertpapiere/Aktien	3.217	-	-	-
Summe der finanziellen Vermögenswerte zum Fair Value	873.603	118.663	(427.799)	(8.557)

<i>(in TEUR)</i>	Umbuchungen aus Level 2	Gewinne und Verluste der Periode	Wechselkursdifferenzen	Stand zum 30.06.2017
Zu Handelszwecken gehalten	68.587	2.869		501.124
Anleihen und andere Schuldtitel	-	-	-	-
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente	-	-	-	-
Andere Handelsaktiva	68.587	2.869		501.124
Finanzielle Vermögenswerte, für welche die Fair Value Option ausgeübt wurde	-	942	-	85.392
Anleihen und andere Schuldtitel	-	-	-	-
Aktien und sonstigen Eigenkapitalinstrumente	-	-	-	-
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	942	-	85.392
Separate Vermögenswerte aus Mitarbeiterprogrammen	-	-	-	-
Handelsderivate	2.580	5.635		46.789
Zinsinstrumente	-	-	-	-
Fremdwährungsinstrumente	-	-	-	-
Aktien- und Indexinstrumente	2.580	5.635		46.789
Rohstoffinstrumente	-	-	-	-
Kreditderivate	-	-	-	-
Andere Terminfinanzinstrumente	-	-	-	-
Hedging Derivate	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	3.217
Anleihen und andere Schuldtitel	-	-	-	-
Eigenkapitalinstrumente	-	-	-	-
Langfristig gehaltene Wertpapiere/Aktien	-	-	-	3.217
Summe der finanziellen Vermögenswerte zum Fair Value	71.167	9.446	-	636.522

Finanzielle Verbindlichkeiten bewertet zum Fair Value

<i>(in TEUR)</i>	Stand zum 01.01.2017	Emissionen	Rückkäufe/Weiterverkäufe	Rückzahlungen
Zu Handelszwecken gehalten	722.507	118.302	(402.862)	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	722.507	118.302	(402.862)	-
Verbindlichkeiten aus geliehenen Wertpapieren				-
Anleihen und andere Leerverkaufsschuldtitel				-
Aktien und andere Leerverkaufseigenkapitaltitel				-
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten				-
Finanzielle Verbindlichkeiten für welche die Fair Value Option ausgeübt wurde	109.379	-	(24.928)	-
Handelsderivate	38.501	361	(9)	-
Zinsinstrumente				-
Fremdwährungsinstrumente				-
Aktien- und Indexinstrumente	38.501	361	(9)	-
Rohstoffinstrumente				-
Kreditderivate				-
Andere Terminfinanzinstrumente				-
Hedging Derivate				-
Summe der finanziellen Verbindlichkeiten zum Fair Value	870.386	118.663	(427.799)	-

	Umbuchungen in Stufe 2	Umbuchungen aus Stufe 2	Gewinne oder Verluste der Periode	Wechselkurs- differenzen	Stand zum 30.06.2017
<i>(in TEUR)</i>					
Zu Handelszwecken gehalten	(8.279)	68.587	2.869	-	501.124
Verbriefte Verbindlichkeiten	(8.279)	68.587	2.869		501.124
Verbindlichkeiten aus geliehenen Wertpapieren	-	-	-	-	-
Anleihen und andere Leerverkaufsschuldtitel	-	-	-	-	-
Aktien und andere Leerverkaufseigenkapitaltitel	-	-	-	-	-
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	-	-	-	-
					-
Finanzielle Verbindlichkeiten für welche die Fair Value Option ausgeübt wurde	-	-	942	-	85.392
Handelsderivate	(278)	2.580	5.635	-	46.789
Zinsinstrumente	-	-	-	-	-
Fremdwährungsinstrumente	-	-	-	-	-
Aktien- und Indexinstrumente	(278)	2.580	5.635	-	46.789
Rohstoffinstrumente	-	-	-	-	-
Kreditderivate	-	-	-	-	-
Andere Terminfinanzinstrumente	-	-	-	-	-
Hedging Derivate	-	-	-	-	-
Summe der finanziellen Verbindlichkeiten zum Fair Value	(8.557)	71.167	9.446	-	633.305

BEWERTUNGSMETHODEN FÜR DIE IN DER BILANZ ZUM FAIR VALUE ANGESETZTEN FINANZINSTRUMENTE

Für die erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten Finanzinstrumente wird der Fair Value in erster Linie anhand von auf einem aktiven Markt notierten Preisen ermittelt. Diese Preise können eventuell angepasst werden, wenn sie am Abschlussstichtag nicht verfügbar sind oder wenn der Abrechnungswert die Transaktionspreise nicht widerspiegelt.

Allerdings wird insbesondere wegen der vielfältigen Merkmale der auf den Finanzmärkten gehandelten OTC-Finanzinstrumente ein Großteil der von der Gruppe gehandelten Finanzprodukte nicht direkt auf den Märkten

notiert. Für diese Produkte wird der Fair Value mithilfe von Bewertungsmethoden bestimmt, die von den Marktteilnehmern gemeinhin zur Bewertung von Finanzinstrumenten verwendet werden, wie die Abzinsung der künftigen Zahlungsströme bei Swaps oder das Black-Scholes-Modell für gewisse Anleihen, oder es werden Bewertungsparameter verwendet, deren Wert auf Basis der Marktbedingungen zum Abschlussstichtag geschätzt wird. Diese Bewertungsmodelle werden einer unabhängigen Validierung durch die Experten der Abteilung Marktrisiken der Direktion Risiken der übergeordneten Unternehmensgruppe der Société Générale Bank unterzogen.

Außerdem werden die in den Bewertungsmodellen verwendeten Parameter, unabhängig davon, ob sie auf am Markt beobachtbare Daten zurückgehen oder nicht, monatlich eingehenden Prüfungen durch die Direktion Finanzen der Bank für Großkunden und Investoren (GBIS) in Übereinstimmung mit den von der Abteilung Marktrisiken festgelegten Methoden unterzogen.

Diese Bewertungen werden gegebenenfalls durch Zu- und Abschläge (insbesondere Bid-Ask oder Liquidität) ergänzt, die in sinnvoller und angemessener Weise nach Prüfung der verfügbaren Informationen festgelegt werden.

Da es sich um derivative Finanzinstrumente und Pensionsgeschäfte zum Fair Value handelt, wird auch eine Anpassung für das Kontrahentenrisiko erfasst („Credit Valuation Adjustment“/„Debt Valuation Adjustment“, CVA/DVA). Die Gruppe nimmt in diese Anpassung sämtliche Kunden und Clearingstellen auf. Diese Anpassung berücksichtigt auch mit allen Kontrahenten bestehende Clearingvereinbarungen. Die CVA wird auf der Basis des erwarteten positiven Exposure der Einheit gegenüber dem Kontrahenten, der bedingten Auswahlwahrscheinlichkeit des Kontrahenten bei Nichtausfall der betroffenen Einheit und der Höhe der Verluste bei einem Ausfall ermittelt. Die DVA wird in symmetrischer Weise auf der Grundlage des erwarteten negativen Exposure errechnet. Die Berechnungen erfolgen über die Lebensdauer des potenziellen Exposure und nutzen bevorzugt beobachtbare und einschlägige Marktdaten.

Ebenso wird für Derivate, für die keine Clearing-Vereinbarungen bestehen, eine Anpassung durchgeführt, die die Aufwendungen oder Erträge im Zusammenhang mit der Finanzierung dieser Transaktionen berücksichtigt (Funding Valuation Adjustment, FVA).

Beobachtbare Daten müssen folgende Merkmale aufweisen: Es müssen nicht proprietäre (vom Konzern unabhängige), verfügbare, öffentlich verbreitete und auf einem breiten Konsens basierende Daten sein.

So gelten beispielsweise von externen Gegenparteien gelieferte Konsensdaten als beobachtbar, wenn der zugrunde liegende Markt liquide ist und die angegebenen Preise durch echte Transaktionen bestätigt werden. Bei langen Laufzeiten werden solche Konsensdaten nicht als beobachtbar angesehen. Dies ist der Fall bei impliziten Volatilitäten, die zur Bewertung von Optionsinstrumenten auf Aktien mit einem Horizont von mehr als 5 Jahren verwendet werden. Dagegen kommt das Instrument, wenn seine Restlaufzeit unter die Schwelle von 5 Jahren fällt, für die Bewertung anhand beobachtbarer Parameter infrage.

Bei außergewöhnlichen Spannungen auf den Märkten, die zum Ausbleiben der üblicherweise für die Bewertung eines Finanzinstruments verwendeten Referenzdaten führen, kann es sein, dass ein neues Modell je nach den

jeweils verfügbaren Daten einzusetzen ist — nach dem Muster der Methoden, die auch von den anderen Marktteilnehmern verwendet werden.

Aktien und andere Wertpapiere mit variablem Ertrag

Bei den notierten Wertpapieren entspricht der Fair Value ihrem Börsenkurs am Abschlussstichtag. Im Falle der nicht notierten Wertpapiere wird der Fair Value je nach Finanzinstrument mithilfe einer der folgenden Bewertungsmethoden ermittelt:

- Bewertung auf Basis einer Transaktion aus jüngerer Vergangenheit, von der der Emittent betroffen ist bspw. kürzlicher Eintritt eines Dritten in das Kapital des Unternehmens, Bewertung auf Grundlage eines Gutachtens;
- Bewertung auf Basis einer Transaktion aus jüngerer Vergangenheit in der Branche, in der der Emittent tätig ist bspw. Ergebnis-Multiples, Vermögenswerte-Multiples;
- gehaltener Anteil der neu bewerteten Nettoaktiva

Bei größeren Volumen nicht notierter Wertpapiere werden die anhand der vorstehend genannten Methoden vorgenommenen Bewertungen durch die Verwendung von Methoden ergänzt, die auf der Abzinsung der durch die Geschäftstätigkeit des Unternehmens generierten oder ausgehend von Geschäftsplänen ermittelten Zahlungsströme oder auf Bewertungs-Multiples von ähnlichen Unternehmen basieren.

Gehaltene Fremdkapitaltitel (Wertpapiere mit festem Ertrag), Emissionen von zum Fair Value angesetzten strukturierten Wertpapieren und derivative Finanzinstrumente

Der Fair Value dieser Finanzinstrumente wird unter Bezugnahme auf die Notierungen am Abschlussstichtag oder die für den gleichen Tag von Brokern gelieferten Kurse, sofern verfügbar, ermittelt. Bei nicht notierten Finanzinstrumenten wird der Fair Value mit Hilfe von Bewertungstechniken ermittelt. Im Falle der zum Fair Value angesetzten finanziellen Verbindlichkeiten schließen die gewählten Bewertungsmethoden den Effekt des Kreditrisikos der Gruppe als Emittentin ein.

Sonstige Verbindlichkeiten

Bei den notierten Finanzinstrumenten entspricht der Fair Value der Notierung am Abschlussstichtag. Bei nicht notierten Finanzinstrumenten wird der Fair Value durch Abzinsung der künftigen Zahlungsströme zum Marktzinssatz (einschließlich des Kontrahenten-, Ausfall- und Liquiditätsrisikos) ermittelt.

SCHÄTZUNGEN DER WICHTIGSTEN NICHT BEOBACHTBAREN PARAMETER

Die nachstehende Tabelle zeigt die Instrumente der Stufe 3, ihre Bewertung in der Bilanz sowie die Wertintervalle der wichtigsten nicht beobachtbaren Parameter nach Hauptkategorie der Instrumente:

Cash-Instrumente und Derivate	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten	Wichtigste Arten von Produkten	Verwendete Bewertungsmethode	Wichtigste nicht beobachtbare Daten
Aktien/ Fonds	250.670	250.670	Einfache und komplexe derivative Finanzinstrumente auf Fonds, Aktien oder Aktienkörbe	Unterschiedliche Bewertungsmodelle für Optionsrechte auf Fonds, Aktien oder Aktienkörbe	Aktienvolatilität
					Aktiendividenden
					Korrelationen
					Volatilitäten der Hedgefonds
					Volatilitäten der Investmentfonds
Rates and Forex	11.932	11.932	Hybride Derivate Zins/Wechselkurs, Zins/Kredit	Bewertungsmodell für Hybridprodukte	Korrelationen
			Wechselkursderivate	Bewertungsmodell für Devisenoptionen	Bewertungsmodell für Devisenoptionen
			Zinsderivate, deren Nennwert auf die Entwicklung der vorzeitigen Rückzahlung zugrunde liegender europäischer Vermögenswerte indexiert ist	Bewertungsmodell für Produkte mit vorzeitigen Rückzahlungen	Konstante Kurse mit vorzeitigen Rückzahlungen
			Inflationsderivate	Bewertungsmodell für Inflationsprodukte	Korrelationen
Kredit	364.299	364.299	CDO und Index-Tranchen	Methode für die Projektion der Korrelation und die Simulation der Eintreibung	Korrelation zwischen Ausfallzeiten Veränderung der Eintreibungsquote der Basiswerte eines einzigen Emittenten
			Other credit derivatives	Kreditausfallmodelle	Korrelation zwischen Ausfallzeiten Quanto-Korrelationen Kredit-Spreads
Commodity	6.404	6.404	Derivate auf Rohstoffkörbe	Bewertungsmodelle für Rohstoffoptionen	Rohstoffkorrelationen
Summe	633.305	633.305			

Unbeobachtbare Parameter werden vorsichtig ermittelt, insbesondere in diesem konstant unsicheren wirtschaftlichen Marktumfeld. Nichtsdestotrotz indizieren unbeobachtbare Parameter immer eine gewisse Unsicherheit in die Bewertung von Level 3 Instrumenten.

Um dies zu quantifizieren wurde eine Fair-Value-Sensitivität auf den 30.06.2017 für Instrumente, für deren Bewertung unbeobachtbare Parameter benötigt werden, geschätzt. Die Schätzung basiert entweder auf einer „standardisierten“ Variation für unbeobachtbare Parameter, die für jeden Input auf eine Nettoposition berechnet werden, oder auf Annahmen die für die betroffenen Finanzinstrumente im Einklang mit den Bewertungsrichtlinien getroffen werden.

Die „standardisierte“ Variation ist:

- entweder die Standardabweichung der Konsenspreise (TOTEM etc.), die zur Messung des nicht beobachtbaren Inputs genutzt werden
- oder die Standardabweichung historischer Daten, die genutzt werden um den Input zu messen

Die Sensitivität wird dabei für folgende Kategorien berechnet:

- Eigenkapitalinstrumente
- Rates and Forex
- Kredit
- Rohstoffe

Hierbei ist anzumerken, dass durch die vorsichtige Bewertungsmethodik die Sensitivität für ein positives Ergebnis höher ist als für ein negatives Ergebnis. Zukünftige Abweichungen des Fair Value oder die Konsequenzen extremer Marktsituationen können nicht von diesen Schätzungen abgeleitet werden oder durch sie vorhergesagt werden.

Der übrige in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Wert, der aus dem Unterschied zwischen dem Transaktionspreis und dem zum Stichtag durch die Bewertungsmethoden, abzüglich der bereits in Vorperioden erfassten Werte, wird entweder über Zeit oder wenn die Einflüsse beobachtbar werden erfasst.

NOTE 8 – KREDITE UND FORDERUNGEN

KREDITE UND FORDERUNGEN AN KREDITINSTUTE

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Kontokorrentkonten	105.420
Termineinlagen und –kredite	33.130
Kredite und Forderungen ohne Wertminderungen	138.550
Wertminderung von Einzelforderungen	-
Wertminderung von Portfolios	-
Summe netto	138.550

KREDITE UND FORDERUNGEN AN KUNDEN (INKLUSIVE FINANZIERUNGSLEASING)

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Kredite an Kunden	3.618.471
Finanzierungsleasing	420.598
Kredite an Kunden ohne Wertberichtigungen	4.039.069
Wertminderung von Einzelforderungen	(35.438)
Wertminderung von Portfolios	(10.608)
Summe netto	3.993.023

NOTE 9 – VERBINDLICHKEITEN

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Einlagen und Kontokorrentkonten	62.842
Terminverbindlichkeiten	3.503.039
Sonstige Verbindlichkeiten	1.961
Neubewertung von abgesicherten Bilanzposten	-
Verkaufte Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung	-
Summe	3.567.842

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Sonstige Sichteinlagen	2.354
Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.354
Durch Anleihen und Wertpapiere gesicherte Verbindlichkeiten	-
An Kunden verkaufte Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung	-
Summe	2.354

VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Wertpapiere des Interbankenmarktes und handelbare Schuldverschreibungen	1.057.616
Sonstige Verbindlichkeiten	40
Summe	1.057.656

NOTE 10 – SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

<i>in TEUR</i>	Immaterielle Vermögenswerte	Betriebliche Sachanlagen	Vermögenswerte aus Leasing- verhältnissen	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand zum 01. Januar 2017	21.300	9.359	542.715	573.374
Zugänge	446	114	99.303	99.863
Abgänge	-	-	(86.165)	(86.165)
Umgliederungen	137	360	-	497
Stand zum 30. Juni 2017	21.883	9.833	555.853	587.569
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen				
Stand zum 01. Januar 2017	(14.482)	(6.697)	(153.989)	(175.168)
Planmäßige Abschreibungen	(975)	(392)	(40.463)	(41.830)
Wertminderungsaufwand	-	-	(2.769)	(2.769)
Wertaufholungen/ Abgänge	-	-	43.434	43.434
Umgliederungen	-	(1)	1	-
Stand zum 30. Juni 2017	(15.457)	(7.090)	(153.786)	(176.333)
Buchwerte				
Zum 01. Januar 2017	6.818	2.662	388.726	398.206
Zum 30. Juni 2017	6.426	2.743	402.067	411.236

NOTE 11 – GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERT

Im ersten Halbjahr 2017 gab es keine Änderungen des Buchwertes des Geschäfts- oder Firmenwertes im Jahr 2017 auf der Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten.

Der Geschäfts- oder Firmenwert zahlungsmittelgenerierender Einheiten wird grundsätzlich jährlich im vierten Quartal im Rahmen eines Wertminderungstests auf Werthaltigkeit hin überprüft. Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit (ZGE) ist definiert als die kleinste identifizierbare Gruppe von

Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugt, die unabhängig von den Mittelzuflüssen anderer Vermögenswerte oder anderer Gruppen von Vermögenswerten innerhalb des Unternehmens sind. Die Wertminderungstests umfassen eine Bewertung des erzielbaren Betrags jeder ZGE und den Vergleich mit ihrem Buchwert. Ein Wertverlust wird erfasst, wenn der Buchwert einer ZGE samt des ihr zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts höher als ihr erzielbarer Wert ist. Der so ermittelte Verlust wird vorrangig zur Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts verwendet. Der erzielbare Betrag einer ZGE wird nach der am besten geeigneten Methode, insbesondere der Methode der abgezinsten Zahlungsströme nach Steuern („Discounted Cashflows“) berechnet. Die jeweilige Berechnungsmethode wird generell auf Ebene der ZGE angewandt.

Die für diese Berechnung verwendeten Zahlungsströme entsprechen den ausschüttbaren Dividenden der Einheiten, die die ZGE bilden, unter Berücksichtigung der Zielvorgabe bezüglich des Eigenkapitals der Gruppe, das jeder von ihnen zugewiesen wurde. Sie werden ausgehend von einem Geschäftsplan ermittelt, der jeweils auf Basis der vorläufigen Budgets für die nächsten vier Jahre erstellt wurde, hochgerechnet auf einen Zeitraum nachhaltigen Wachstums (im Allgemeinen um vier weitere Jahre), anschließend ad infinitum basierend auf einer langfristigen Wachstumsquote:

- Der Abzinsungssatz wird auf der Grundlage eines risikolosen Zinssatzes berechnet, zu dem eine Risikoprämie je nach zugrundeliegender Aktivität der jeweiligen ZGE hinzukommt. Diese für jede Geschäftssparte spezifische Risikoprämie wird auf der Grundlage der von SG Research veröffentlichten Aktienrisikoprämien und der geschätzten Volatilität (Beta) ermittelt. Gegebenenfalls wird außerdem eine Prämie für das Hoheitsrisiko zum risikolosen Zinssatz hinzugerechnet, die für die Differenz zwischen dem risikolosen Zinssatz der Zurechnungszone (Euro-Zone) und dem Zinssatz der vom jeweiligen Staat in der Zurechnungszonenwährung ausgegebenen liquiden langfristigen Anleihen steht, oder ihrem nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Eigenkapital im Rahmen einer ZGE, die mehrere Staaten umfasst, gewichteten Durchschnittswert.
- Die für den Endwert herangezogene Wachstumsrate basiert auf einer langfristigen Prognose in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Inflationssteigerung.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Abzinsungssätze und die langfristigen Wachstumsraten differenziert nach den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten:

	Abzinsungssatz	Langfristige Wachstumsrate
Financial Services to Corporates and Retails	9,5 %	2 %

Die voraussichtlichen Budgets im Segment Financial Services to Corporates and Retails stützen sich hauptsächlich auf die folgenden Annahmen:

- Nachhaltiges Wachstum der Aktivitäten durch neue Kooperationen mit Automobilherstellern
- Anhaltende Kostendisziplin

NOTE 12 - SONSTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

SONSTIGE VERMÖGENSWERTE

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Vorausbezahlte Kosten	74.669
Diverse andere Debitoren	70.726
Summe brutto	145.395
Wertminderungen	(5.486)
Summe netto	139.909

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

<i>(in TEUR)</i>	30.06.2017
Im Voraus vereinnahmte Erträge	3.054
Ertragsabgrenzungen	21.386
Diverse andere Kreditoren	80.224
Summe	104.664

NOTE 13 – LEASINGVERHÄLTNISSE

Der Konzern nimmt die Rolle des Leasinggebers über die Tochtergesellschaft ALD Lease Finanz GmbH, Hamburg ein. Diese wurde als herstellerunabhängige Leasinggesellschaft gegründet, die sich auf das Leasingangebot für Kraftfahrzeuge spezialisiert hat. Gemeinsam mit Kooperationspartnern, insbesondere der Tochtergesellschaft Bank Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe GmbH (BDK), werden Finanzierungslösungen und Dienstleistungen rund ums Automobil angeboten. Die Produktpalette deckt alle Finanzprozesse im Autohaus ab: Absatzfinanzierung und -leasing, Einkaufsfinanzierung und Versicherungen, die die Bindung der Kunden an das Autohaus erhöhen und somit die Ertragschancen steigern.

OPERATING-LEASINGVERHÄLTNISSE

KÜNFTIGE MINDESTLEASINGZAHLUNGEN AUS OPERATING-LEASINGVERHÄLTNISSEN

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Aufschlüsselung der Gesamtsumme der zu erhaltenden Mindestzahlungen	
fällig in weniger als einem Jahr	173.752
fällig in einem bis fünf Jahren	279.684
fällig in mehr als 5 Jahren	-
Summe der zu erhaltenden künftigen Mindestzahlungen	453.436

IM GEWINN UND VERLUST ERFASSTE BETRÄGE

Aufwendungen und Erträge und realisierte Gewinne und Verluste aus Leasinggegenständen werden in den Erträgen und Aufwendungen aus anderen Aktivitäten erfasst.

Die bis zum 30. Juni 2017 im Gewinn erfassten Erträge und Aufwendungen stellen sich wie folgt dar:

<i>in TEUR</i>	30.06.2017		
	Erträge	Aufwendungen	Netto
Mobilien Leasing	112.018	(99.927)	12.091

FINANZIERUNGSLEASINGVERHÄLTNISSE

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Bruttoinvestitionen	470.451
fällig in weniger als einem Jahr	145.657
fällig in einem bis fünf Jahren	324.794
fällig in mehr als 5 Jahren	-
Barwert der Mindestleasingzahlungen	420.598
fällig in weniger als einem Jahr	130.222
fällig in einem bis fünf Jahren	290.376
fällig in mehr als 5 Jahren	-
Noch nicht realisierter Finanzertrag	49.853
Nicht garantierte Restwerte zugunsten des Leasinggebers	-
kumulierte Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mietzahlungen	

NOTE 14 - RÜCKSTELLUNGEN

Die in der Bilanz erfassten Rückstellungen umfassen zum 30. Juni 2017 im Wesentlichen Rückstellungen für Leistungen an Mitarbeiter und Rückstellungen für Wagnisse und sonstige Verwaltungsaufwendungen.

Aufgliederung der wesentlichen Rückstellungen zum Bilanzstichtag:

<i>in TEUR</i>		30.06.2017
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	<i>Note 15</i>	15.510
Rückstellungen für Risiken und sonstige Verwaltungsaufwendungen		1.814
Summe		17.324

Entwicklung der Rückstellungen für Risiken und sonstige Verwaltungsaufwendungen:

<i>in TEUR</i>	Rückstellungen für Risiken und sonstige Verwaltungsaufwendungen
Bestand zum 01.01.2017	1.918
Zuführungen	2
Verfügbare Wertaufholungen	(7)
Nettozuführungen	(5)
Vorgenommene Wertaufholungen	(100)
Sonstige Änderungen	1
Bestand zum 30.06.2017	1.814

NOTE 15 – LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

Alle Unternehmen der Gruppe ist es gestattet, die folgenden Leistungen an ihre Arbeitnehmer zu ermöglichen:

- Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, wie beispielsweise Pensionspläne oder Altersversorgungsleistungen
- Langfristige Vorteile, wie zum Beispiel variable Vergütungen, Zuwendungen für Jubiläen oder flexible Arbeitszeiten
- Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Entwicklung der Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer:

<i>in TEUR</i>	Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer
Bestand zum 01.01.2017	15.018
Zuführungen	437
Verfügbare Wertaufholungen	-
Nettozuführungen	437
Vorgenommene Wertaufholungen	(181)
Sonstige Änderungen	236
Bestand zum 30.06.2017	15.510

LEISTUNGEN NACH BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES

Die Altersversorgung im Konzern besteht aus folgenden Altersversorgungsplänen:

BEITRAGSORIENTIERTE PLÄNE

Im Segment Financial Services to Corporates and Retails existieren für einzelne Mitarbeiter individuelle beitragsorientierte Altersversorgungspläne.

LEISTUNGSORIENTIERTE PLÄNE

Versorgungszusage nach Versorgungsordnung (VO) in der Fassung vom 01. Mai 1986

Es werden Mitarbeiterrenten (Altersrente, vorgezogene Altersrente, Invalidenrente) sowie Hinterbliebenenrenten (Witwen- bzw. Witwerrente, Waisenrente) gewährt.

Altersrente wird ab der Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt, vorgezogene Altersrente wird bei Inanspruchnahme eines vorzeitigen Altersruhegeldes aus der gesetzlichen Rentenversicherung gewährt. Die Höhe der Leistungen richtet sich nach der anrechenbaren Dienstzeit und den pensionsfähigen Bezügen. Anrechenbare Dienstzeit sind alle Jahre und volle Monate, in denen das Arbeitsverhältnis bestanden hat, längstens jedoch bis zum normalen Pensionierungstag, maximal 40 Jahre.

Pensionsfähige Bezüge sind das 13fache monatliche Grundgehalt. Die Altersrente und Invalidenrente betragen 0,4 % der pensionsfähigen Bezüge bis zur Beitragsbemessungsgrenze zuzüglich 1,5 % der anrechenbaren Bezüge über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung multipliziert mit der anrechenbaren Dienstzeit. Bei der vorzeitigen Altersrente erfolgt eine Kürzung um 0,5 % für jeden Monat der Inanspruchnahme vor dem normalen Pensionierungstag, maximal jedoch 12 %.

Die Witwen-/Witwerrente beträgt 60 % der gezahlten Rente oder des Anspruchs auf Alters- und Invalidenrente zum Zeitpunkt des Todes.

Die Waisenrente beträgt 15 % der gezahlten Rente oder des Anspruchs auf Alters- und Invalidenrente zum Zeitpunkt des Todes.

Waisenrente wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, alle anderen Renten werden lebenslänglich gezahlt.

Darüber hinaus besteht eine Einzelzusage, die in folgenden Punkten vom vorherigen Plan abweicht:

Voraussetzung für die Leistungen ist die Erfüllung einer Wartezeit von 10 Jahren.

Die Höhe der Leistungen richtet sich nach der ruhegeldfähigen Dienstzeit und den ruhegeldfähigen Bezügen. Ruhegeldfähige Dienstzeit sind alle vollen Jahre, in denen das Arbeitsverhältnis bis zum normalen Pensionierungstag bestanden hat. Ruhegeldfähige Bezüge sind das Zwölfwache des zuletzt bezogenen monatlichen Tarifgehaltes bzw. das Jahresfestgehalt bei außertariflichen Mitarbeitern.

Das Ruhegeld ermittelt sich nach einer gehalts- und dienstzeitabhängigen Tabelle, die von Zeit zu Zeit um weitere Ruhegeld-Stufen angepasst werden kann. Auf den Betrag, der über den in der jeweiligen Staffel vorgesehenen höchsten Gehaltsbetrag hinausgeht, wird nach 40 Dienstjahren ein zusätzliches Ruhegeld in Höhe von 60 % dieses Spitzenbetrages gewährt; für jedes an 40 Dienstjahren fehlende Jahr wird der Prozentsatz um eins gemindert.

Im Falle von Beruf- oder Erwerbsunfähigkeit sowie im Todesfall werden Dienstjahre, die bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres fehlen, in vollem Umfang sowie Dienstjahre, die zwischen der Vollendung des 55. Und 60. Lebensjahres fehlen, zu einem Drittel hinzugerechnet.

Die Witwen-/Witwerrente beträgt 60 % der gezahlten Rente oder des Anspruchs auf Ruhegeld zum Zeitpunkt des Todes.

Die Waisenrente beträgt 10 % der gezahlten Rente oder des Anspruchs auf Ruhegeld zum Zeitpunkt des Todes.

Waisenrente wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, längstens bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, alle anderen Renten werden lebenslänglich gezahlt.

Im Segment Financial Services to Corporates and Retails existieren für einzelne Mitarbeiter individuelle leistungsorientierte Altersversorgungspläne.

Daneben bestehen im Konzern folgende leistungsorientierte Pläne:

Ehemalige Interleasing-Mitarbeiter (betrifft das Segment Financial Services to Corporates and Retails)

Die Zusage sieht Ruhegeldleistungen bei Erreichen der Altersgrenze (65. Lebensjahr), bei vorzeitiger Invalidität und im Todesfall vor. Voraussetzung für den Bezug dieser Leistungen ist eine Wartezeit von 10 Jahren. Anrechnungsfähig ist die Zeit, die der Versorgungsberechtigte nach Vollendung des 20. Lebensjahres und vor Vollendung des 65. Lebensjahres ununterbrochen in den Diensten der Firma verbracht hat. Das Ruhegeld beträgt nach einer Dienstzeit von 10 Jahren einen Grundbetrag in Höhe von DM 200 monatlich und erhöht sich für jedes weitere Dienstjahr um einen Steigerungsbetrag von DM 20 monatlich. Insgesamt ist die anrechnungsfähige Dienstzeit auf 30 Dienstjahre beschränkt. Für die Ruhegeldberechnung zählen dabei Dienstjahre von mehr als 6 Monaten als vollendet. Die Pensionszusage sieht eine Limitierung des Ruhegeldes vor, sofern dieses zusammen mit der Sozialversicherungsrente 75 % des letzten Bruttogehaltes übersteigt (die Limitierung gilt auch für den Fall, dass eine befreiende Lebensversicherung besteht).

Im Falle des Todes des Versorgungsberechtigten erhält die überlebende Witwe 60 % des Ruhegeldes, auf das dieser bei seinem Ableben Anspruch oder Anwartschaft hatte.

Rentenplan 2000 (betrifft das Segment Asset Management)

Es werden Mitarbeiterrenten (Altersrente, vorgezogene Altersrente, Invalidenrente) sowie Hinterbliebenenrenten (Ehegattenrente, Waisenrente) gewährt.

Altersrente wird ab der Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt, vorgezogene Altersrente wird ab der Vollendung des 60. Lebensjahres gewährt, wenn und solange eine Altersrente als Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Anspruch genommen wird.

Die Firma stellt für jedes volle Kalenderjahr der versorgungsfähigen Dienstzeit einen Versorgungsaufwand in Höhe von 4% des versorgungsfähigen Einkommens.

Die jährlichen Versorgungsleistungen bestimmen sich durch versicherungsmathematische Umrechnung des Versorgungsaufwandes in jährliche Rentenbausteine und deren Summierung über die versorgungsfähige Dienstzeit bis zum Eintritt des Versorgungsfalles. Die laufenden Versorgungsleistungen werden jährlich um 1% erhöht.

Mitarbeiter, die sich nicht für den Rentenplan 2000 entschieden haben, sind nach einer der folgenden Versorgungsordnungen abgesichert:

- **Versorgungsordnung der HYPO-INVEST vom 17. August 1993 (VOHI) / Versorgungsordnung der Allfonds Gesellschaft für Investmentanlagen mbH (VOAI):**

Mitarbeitern der ehemaligen HYPO Capital Management Investmentgesellschaft mbH werden nach folgenden Maßgaben Versorgungsbezüge gewährt:

Die Firma gewährt allen Mitarbeitern, die nach dem 1. Januar 1990 eintreten oder eingetreten sind, im Rahmen ihrer am 17. August 1993 in Kraft getretenen Versorgungsordnung in rechtsverbindlicher Weise nach Ablauf einer fünfjährigen Wartezeit Altersrente (nach Vollendung des 65. Lebensjahres), vorgezogene Altersrente, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente sowie Hinterbliebenenrente.

Die Höhe der Leistungen richtet sich nach der anrechnungsfähigen Dienstzeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres (frühestens ab dem 1. Januar 1993), dem ruhegeldfähigen Einkommen, dem persönlichen vom Hundert-Satz und dem jährlichen Steigerungsbetrag.

Für die Berechnung der Höhe der vorgezogenen Altersrente werden anrechnungsfähige Dienstjahre nur bis zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrente berücksichtigt. Die danach ermittelte Altersrente wird für jeden Monat des Rentenbezugs vor Vollendung des 65. Lebensjahres um 0,5 % ihres Wertes auf die Dauer des Rentenbezugs gekürzt.

Bei der Ermittlung der Höhe von Versorgungsleistungen bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit werden zusätzlich zu den bei Eintritt des Versorgungsfalles abgeleisteten anrechnungsfähigen Dienstjahren die dem Mitarbeiter bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres noch fehlenden Dienstjahre hinzugerechnet.

Die Witwen- bzw. Witwerrente beträgt 60 % der Altersrente, die der verstorbene Versorgungsberechtigte hat oder bezogen hätte, wenn er zum Zeitpunkt seines Ablebens erwerbsunfähig geworden wäre.

- **Versorgungsordnung für einzelvertragliche Versorgungszusagen (VOAM):**

Bei Erfüllung der jeweiligen Leistungsvoraussetzungen und nach Ablauf einer fünfjährigen Wartezeit werden Altersrente oder vorgezogene Altersrente, Invalidenrente, Witwen- bzw. Witwerrente oder Waisenrente gewährt. Hiernach erbringt die Firma für jedes volle Kalenderjahr der versorgungsfähigen Dienstzeit einen Versorgungsaufwand in Höhe von 3 % des versorgungsfähigen Einkommens. Dieser jährliche Versorgungsaufwand wird mit dem im selben Kalenderjahr vollendeten Lebensalter entsprechenden Verrentungssatz multipliziert und ergibt so den jeweiligen jährlichen Rentenbaustein. Die Summe dieser Rentenbausteine ergibt im Fall der Altersrente ab Alter 65 und im Invaliditätsfall die Rentenhöhe. Im Fall der vorgezogenen Altersrente wird diese Summe für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme vor Erreichen der festen Altersgrenze 65 um 0,5 % gekürzt. Witwen- und Witwerrente betragen 60 %, Halbwaisenrente 12 %, Vollwaisenrente 20 % der erreichten Bausteinsumme.

Nach der Übergangsregelung erhalten die von der Hypo-Bank und von Allfonds Management übernommenen Mitarbeiter zusätzlich zur Bausteinrente einen Basisbaustein für ihre früheren Dienstzeiten. Dieser Basisbaustein wird proportional zur persönlichen Entwicklung des versorgungsfähigen Einkommens dynamisiert.

- **Versorgungsordnung für die Mitarbeiter der Schweizerische Kreditanstalt (DEUTSCHLAND) AG (VOSK):**

Mitarbeitern der ehemaligen Schweizerische Kreditanstalt (Deutschland) AG werden nach folgenden Maßgaben Versorgungsbezüge gewährt:

Die Firma gewährt allen regelmäßig beschäftigten Mitarbeitern, die bei Inkrafttreten der Versorgungsordnung in einem ungekündigten Verhältnis stehen und bei Eintritt in die Bank das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben nach Ablauf einer zehnjährigen Wartezeit Altersrente (nach Vollendung des 65. Lebensjahres), vorgezogene Altersrente, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente sowie Hinterbliebenenrente.

Die Höhe der Leistungen richtet sich nach den anrechnungsfähigen Dienstjahren sowie dem ruhegeldfähigen Einkommen. Für jedes anrechnungsfähige nach dem 1. Januar 1990 zurückgelegte Dienstjahr werden 0,2 v.H. des ruhegeldfähigen Einkommens als Rentenanspruch gewährt. Auf den Betrag des ruhegeldfähigen Einkommens, der über die Beitragsbemessungsgrenze hinausgeht, wird zusätzlich für jedes anrechnungsfähige Dienstjahr eine Rente in Höhe von 1,2 v.H. gewährt. Insgesamt sind für die

Höhe der Rente höchstens 35 Dienstjahre-anrechnungsfähig. Für Dienstjahre vor dem 1. Januar 1990 gelten die Steigerungsbeträge gemäß den früheren Versorgungsordnungen. Der hiernach am 31. Dezember 1989 erworbene Besitzstand bleibt in prozentualer Höhe des ruhegeldfähigen Einkommens aufrechterhalten.

Für die Berechnung der Höhe der vorgezogenen Altersrente werden anrechnungsfähige Dienstjahre nur bis zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrente berücksichtigt. Die danach ermittelte Altersrente wird für jeden Monat des Rentenbezugs vor Vollendung des 65. Lebensjahres um 0,5 % ihres Wertes auf die Dauer des Rentenbezugs gekürzt. Die Kürzung beträgt höchstens 20%.

Bei der Ermittlung der Höhe von Versorgungsleistungen bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit werden zusätzlich zu den bei Eintritt des Versorgungsfalles abgeleisteten anrechnungsfähigen Dienstjahren die dem Mitarbeiter bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres noch fehlenden Dienstjahre hinzugerechnet.

Die Witwen- bzw. Witwerrente beträgt 60 % der Rente, die der verstorbene Versorgungsberechtigte hat oder bezogen hätte, wenn er zum Zeitpunkt seines Ablebens erwerbsunfähig geworden wäre.

- **Versorgungsordnung der Société Générale – Elsässische Bank & Co.**

Ruhestandsbezüge werden gewährt bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung oder bei Erreichen der festen Altersgrenze (65. Lebensjahr). Als Ruhegeld erhält der Mitarbeiter für jedes zurückgelegte Dienstjahr und jeden zurückgelegten vollen Monat bis zum 65. Lebensjahr 0,4 % der ruhegeldfähigen Dienstbezüge zzgl. 1,5 % des die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung übersteigenden Betrages der ruhegeldfähigen Dienstbezüge. Es werden allerdings höchstens 40 Jahre angerechnet. Die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente ist gleich dem bis zum normalen Pensionierungstag erreichbaren Anspruch auf Altersrente (Zurechnungszeit).

Bei Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrente wird ein Abschlag von 0,5 % für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme - maximal 12 % - der Altersrente vorgenommen.

Das Witwen- bzw. Witwerruhegeld beträgt 60 % des Ruhegeldes des verstorbenen Ehegatten.

- **Total Compensation – Sonderverträge**

Bei Mitarbeitern mit TC-Sonderverträgen werden die bis zum Übertritt in einen TC-Vertrag erworbenen Anwartschaften auf Betriebsrente aufrechterhalten.

Ein eventueller Basisbaustein gemäß Versorgungsordnung für einzelvertragliche Versorgungszusagen (VOAM) erhöht sich proportional zur persönlichen Entwicklung des versorgungsfähigen Einkommens.

Ein eventueller Startbaustein gemäß Rentenplan '95/'98 (RP95/RP98) oder RP 2000 erhöht sich bis zum Ausscheiden entsprechend der seit der Ermittlung des Startbausteins eingetretenen Tarifsteigerungen der obersten Tarifgruppe im privaten Bankgewerbe.

Die bis zum Zeitpunkt des Wechsels von der VOAM, vom RP95/RP98 bzw. RP 2000 in einen TC-Vertrag zusätzlich zu einem eventuellen Basis- oder Startbaustein erworbene Rentenbausteine werden ebenfalls aufrechterhalten.

Bei Bezug der vorgezogenen Altersrente ermäßigt sich die erreichte Versorgungsanwartschaft für jeden angefangenen Monat des Rentenbezugs vor Vollendung des 65. Lebensjahres um 0,5 % bei der VOAM bzw. beim RP 2000.

- **Deferred Compensation**

Einige Personen haben einzelvertragliche Vereinbarungen auf Umwandlung von Barbezügen in betriebliche Versorgungsleistungen:

Die Höhe der Versorgung bestimmt sich bei Zusagen nach dem RP 2000-Modell (Versicherungsprinzip) durch versicherungsmathematische Umrechnung des jährlichen Versorgungsaufwands in jährliche Steigerungen der Versorgungsanwartschaft (~Rentenbausteine") und deren Summierung bis zum Eintritt des Versorgungsfalles. Die Rentenbausteine errechnen sich dabei durch Multiplikation des jährlichen Versorgungsaufwandes mit dem für das jeweils erreichte Alter maßgeblichen Verrentungssatz. Bei vorzeitigem Bezug der Altersrente vor Alter 65 ermäßigt sich die bei Eintritt in den Ruhestand erreichte Rentenanwartschaft um 0,5 % für jeden angefangenen Monat des vorgezogenen Rentenbezugs vor Vollendung des 65. Lebensjahres.

Bei Zusagen nach dem Pensionsfonds-Modell (Sparprinzip) bestimmt sich die Höhe der Versorgungsleistungen durch verzinsliche Ansammlung des Versorgungskapitals zzgl. Überschussbeteiligung. Das bei Eintritt des Versorgungsfalles vorhandene Versorgungskapital wird durch Multiplikation mit dem für das erreichte Alter maßgeblichen Verrentungssatz in eine lebenslängliche Rentenleistung umgerechnet.

SONSTIGE LANGFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

Die sonstigen langfristig fälligen Leistungen, die den Mitarbeitern der Gruppe gewährt werden, umfassen Arbeitszeitkonten und Prämien für langjährige Betriebszugehörigkeit. Es handelt sich dabei um sonstige Leistungen an Arbeitnehmer (außer Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses und Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses), die nicht innerhalb von zwölf Monaten nach Ende der Berichtsperiode, in der die damit verbundene Arbeitsleistung erbracht wurde, in voller Höhe fällig werden.

NOTE 16 – ERTRAGSSTEUERN

ERTRAGSSTEUERAUFWAND

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Laufende Ertragssteuern	10.408
Latente Steuern	489
Summe	10.897

STEUERANSPRÜCHE UND STEUERSCHULDEN

Steueransprüche

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Tatsächlicher Steueransprüche	9.742
Latente Steueransprüche	2.010
davon latente Steuern auf negative Vorträge	-
davon latente Steuern auf temporäre Differenzen	2.010
Summe	11.752

Steuerschulden

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Tatsächlicher Steueraufwand	15.123
Latente Steueraufwand	30.368
Summe	45.491

LATENTE STEUERN AUF POSTEN, DIE DIREKT IM EIGENKAPITAL ERFASST WURDEN

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Auf Posten, die anschließend erfolgswirksam umgebucht werden	(80)
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	(12)
Derivative Sicherungsinstrumente	(68)
Auf Posten, die anschließend nicht erfolgswirksam umgebucht werden	988*
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	988
Summe	908

* Der Betrag ist in den Konzernrücklagen verbucht.

NOTE 17 – EIGENKAPITAL

Der Konzern verfügt zum 30. Juni 2017 über ein Eigenkapital in Höhe von 51 Mio. EUR. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital von 26 TEUR (1. Januar 2017: 26 TEUR) sowie dem nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinnvortrag der SGE in Höhe von 1,1 Mio. EUR zusammen. Hinzu kommen die konsolidierungsbedingten Konzernrücklagen in Höhe von 32,9 Mio. EUR, sowie das Konzernergebnis zum 30. Juni 2017 in Höhe von 16,1 Mio. EUR.

Die Veränderungen des Eigenkapitals während des Geschäftsjahres sind aus der Darstellung der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung auf Seite 8 ersichtlich.

In Abhängigkeit von der Konzernmutter steuern die einzelnen Konzerngesellschaften ihren Eigenkapitalbedarf.

Die Tochtergesellschaft BDK steuert ihren Eigenkapitalbedarf in Abhängigkeit von den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

NOTE 18 – ZINSERTRÄGE UND ZINSAUFWENDUNGEN

(in TEUR)	01.01.2017 - 30.06.2017		
	Erträge	Aufwendungen	Netto
Transaktionen mit Kreditinstituten	212	(11.684)	(11.472)
Sichtkonten und Interbankenkredite	212	(11.684)	(11.472)
In Pension erhaltene Wertpapiere und Effekten	-	-	-
Transaktionen mit Kunden	73.433	-	73.433
Handelsforderungen	-	-	-
Sonstige Kredite an Kunden	73.433	-	73.433
Sichteinlagen und Kontokorrentkonten	-	-	-
Überziehungskredite	-	-	-
In Pension erhaltene Wertpapiere und Effekten	-	-	-
Transaktionen mit Finanzinstrumenten	106	(253)	(147)
Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte	-	-	-
ausgegebene Schuldverschreibungen	-	(253)	(253)
nachrangige Verbindlichkeiten und Wandelanleihen	-	-	-
Sonstige Finanzinstrumente	106	-	106
Finanzierungsleasing	10.082	-	10.082
Mobilien-Finanzierungsleasing	10.082	-	10.082
Summe Zinserträge und Zinsaufwendungen	83.833	(11.937)	71.896

NOTE 19 – PROVISIONSERTRÄGE UND -AUFWENDUNGEN

(in TEUR)	01.01.2017 - 30.06.2017		
	Erträge	Aufwendungen	Netto
Transaktionen mit Kreditinstituten	-	(23)	(23)
Transaktionen mit Kunden	20.240	(7.599)	12.641
Kredit- und Garantiezusagen	-	(72)	(72)
Dienstleistungen	21.330	-	21.330
Sonstige	1.531	(1.282)	249
Summe	43.101	(8.976)	34.125

NOTE 20 – WERTMINDERUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Übersicht der Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten:

<i>(in TEUR)</i>	Kredit- institute	Kunden- kredite	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Gruppen gleichartiger Vermögens- werte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
Wertminderungen zum 01.01.2017	-	(26.150)	(4.383)	(10.608)	-
Zuführungen	-	(10.458)	(490)	(516)	-
Verfügbare Wertaufholungen	-	1.596	-	-	-
Wertminderungsaufwand netto	-	-	-	-	-
Vorgenommene Wertaufholungen	-	4.175	272	516	-
Sonstige Änderungen	-	(1)	1	-	-
Wertminderungen zum 30.06.2017	-	(30.838)	(4.600)	(10.608)	-

NOTE 21 – RISIKOKOSTEN

<i>in TEUR</i>	01.01.2017 - 30.06.2017
Kontrahentenrisiko	
Nettozuführungen für Wertminderungen	(7.960)
Nicht abgesicherte Verluste	-
<i>davon aus uneinbringlichen Forderungen</i>	-
<i>davon aus anderen Risiken</i>	-
Realisierte Beträge	1.563
<i>davon aus uneinbringlichen Forderungen</i>	1.563
<i>davon aus anderen Risiken</i>	-
Andere Risiken	
Nettozuführungen zu den sonstigen Rückstellungen	98
Summe	(6.299)

NOTE 22 – ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN FÜR SONSTIGE AKTIVITÄTEN

Die Erträge aus sonstige Aktivitäten setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Erträge aus dem Verkauf von Gegenständen des operativen Leasings	52.839
Erstattung von Zuschüssen auf Gegenstände des operativen Leasings	159
Erträge aus dem operativen Leasing	50.648
Andere Erträge aus dem operativen Leasing	8.322
Erträge aus Gebühren für verspätete Zahlungen	50
Sonstige Erträge	942
Summe	112.960

Die Aufwendungen für sonstige Aktivitäten setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Nachlässe auf operatives Leasing	2.769
Buchverluste durch Verkauf von Gegenständen des operativen Leasings	43.602
Abschreibungen auf Gegenstände des operativen Leasings	40.463
Andere Ausgaben für das Finanzierungsleasing	13.093
Ausgaben für das Inventar	43
Ausgaben für andere nicht zum Bankgeschäft gehörende Aktivitäten	25.623
Sonstige Nachlässe	300
Summe	125.893

NOTE 23 – TRANSAKTIONEN IN FREMDER WÄHRUNG

Im ersten Halbjahr 2017 ergaben sich keine wesentlichen Transaktionen in fremder Währung.

NOTE 24 – GEZAHLTE DIVIDENDEN

An der konzernzugehörigen Bank Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe GmbH sind die Minderheitengesellschafter Beteiligungsgesellschaft des Kfz-Gewerbes mbH und Techno Versicherungsdienst GmbH beteiligt. Im ersten Halbjahr erfolgte an diese Gesellschafter eine Gewinnausschüttung in Höhe von 265 TEUR für das Geschäftsjahr 2016.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN

NOTE 25 – SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Der Konzern verfügt, wie nachstehend beschrieben, über drei berichtspflichtige Segmente, die die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns darstellen. Die Segmente bieten unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen an und werden getrennt voneinander verwaltet. Die nachstehende Zusammenfassung beschreibt die Geschäftsbereiche in jedem berichtspflichtigen Segment des Konzerns.

Berichtspflichtige Segmente	Geschäftsbereiche
Global Banking and Investor Solutions	Gegenstand des Geschäftsbereichs ist die Emission von Optionsscheinen und Zertifikaten über die Muttergesellschaft des Konzerns Société Générale Effekten GmbH. Der Verkauf erfolgt an Kontrahenten, die allesamt 100%ige Tochtergesellschaften der Muttergesellschaft Société Générale S.A., Paris oder die Muttergesellschaft selbst sind.
Financial Services to Corporates and Retails	Das Segment umfasst alle Tätigkeiten im Rahmen einer herstellerunabhängigen Leasinggesellschaft. Dazu gehört das Anbieten von Finanzierungslösungen und Dienstleistungen rund um das Automobil an KFZ-Händler und seine Kunden. Die Produktpalette deckt alle Finanzprozesse im Autohaus ab, wie Absatzfinanzierung und -leasing, Einkaufsfinanzierung und Versicherungen. Zusätzlich dazu werden den KFZ-Händlern intelligente IT-Lösungen angeboten, wie Webservices und einem selbst entwickelten POS-System.
Asset Management	Dieser Geschäftsbereich umfasst die Verwaltung von Investmentfonds im Rahmen des sogenannten Master KVG Modells sowie das Insourcing der Fondsadministration von anderen Kapitalverwaltungsgesellschaften. Weiterhin werden Direktanlagen administriert. Die Erbringung dieser Dienstleistungen erfolgt im Wesentlichen an europäische Kunden.

<i>(in TEUR)</i>	Global Banking and Investor Solutions	Financial Services to Corporates and Retails	Asset Management	Konzern
Nettobankergebnis	(1.502)	78.662	14.037	91.197
Verwaltungsaufwendungen	85	(37.522)	(19.256)	(56.693)
Bruttobetriebsergebnis	(1.417)	41.140	(5.219)	34.504
Risikokosten	-	(6.299)	-	(6.299)
Betriebsergebnis	(1.417)	34.841	(5.219)	28.205
Nettogewinne oder -verluste aus sonstigen Vermögenswerten	-	17	-	17
Ergebnis vor Steuern	(1.417)	34.858	(5.219)	28.222
Ertragssteuern	(28)	(10.537)	(332)	(10.897)
Nettoergebnis aller Unternehmen des Konsolidierungskreises	(1.445)	24.321	(5.551)	17.325
Anteil ohne beherrschenden Einfluss	-	1.223	-	1.223
Nettoergebnis (Anteil der Gruppe)	(1.445)	23.098	(5.551)	16.102
Vermögenswerte	16.526.947	4.489.876	55.542	21.072.365
Verbindlichkeiten	16.916.991	4.082.876	21.549	21.021.416

NOTE 26 – SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Neben den in der Bilanz erfassten Verbindlichkeiten bestehen für den Konzern außerbilanzielle sonstige finanzielle Verpflichtungen. Diese lassen sich der folgenden Übersicht entnehmen:

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Fällig innerhalb eines Jahres	1.621
Fällig nach mehr als einem bis fünf Jahren	1.618
Fällig nach mehr als fünf Jahren	-
Summe	3.239

Zudem bestehen in dem Segment „Financial Services to Corporate“ unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von TEUR 182.012.

NOTE 27 – GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Als dem Konzern nahestehende Personen im Sinne des IAS 24 gelten natürlichen Personen sowie Unternehmen, welche der Konzern beherrscht oder auf die sie einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann, bzw. durch welche die Gruppe selbst beherrscht bzw. maßgeblich beeinflusst wird.

Zu den nahestehenden Parteien des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen sowie deren nahe Familienangehörige
- Das übergeordnete Mutterunternehmen Société Générale Bank sowie Unternehmen derselben Unternehmensgruppe
- Unternehmen derselben Unternehmensgruppe der Société Générale Effekten GmbH (Tochterunternehmen)

GESCHÄFTSVORFÄLLE MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN IN SCHLÜSSELPOSITIONEN

Als Mitglieder des Unternehmens in Schlüsselpositionen werden bei der SG Effekten GmbH die Geschäftsführer angesehen. Bis zum 30. Juni 2017 haben die Geschäftsführer eine Vergütung von TEUR 11 als kurzfristig fällige Leistungen erhalten.

Die derzeitigen Geschäftsführer Frau Françoise Esnouf, Herr Helmut Höfer sowie Herr Rainer Welfens. sind Angestellte der Société Générale S.A., Zweigniederlassung Frankfurt am Main (Muttergesellschaft der Société Générale Effekten GmbH).

GESCHÄFTSVORFÄLLE MIT TOCHTERUNTERNEHMEN

Es fanden im ersten Halbjahr 2017 keine Geschäfte mit Tochterunternehmen statt.

GESCHÄFTSVORFÄLLEN MIT UNTERNEHMEN DER SELBEN UNTERNEHMENSGRUPPE

Die Muttergesellschaft Société Générale Effekten GmbH ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Société Générale Frankfurt, einer Zweigniederlassung der Société Générale S.A. Paris. Aus diesem Grund wird sie voll in den übergeordneten Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand des Unternehmens ist die Emission von Optionsscheinen und Zertifikaten, die jeweils vollständig an die Muttergesellschaft Société Générale S.A., Paris, an die Société Générale Option Europe S.A., Paris, an die Société Générale Zweigniederlassung Madrid sowie an die inora LIFE Limited, Dublin, verkauft werden. Sämtliche Kontrahenten sind 100%ige Tochtergesellschaften der Société Générale S.A. oder die Muttergesellschaft selbst.

Transaktionen im Zusammenhang mit nahestehenden Unternehmen:

<i>in TEUR</i>	Bestehende Salden zum 30.06.2017
Aktiva	16.350.170
Passiva	18.116.751
Erträge	2.008.165
Aufwendungen	2.375.150

Es fanden Transaktionen mit Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von TEUR 11 statt.

NOTE 28 – WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Es ergaben sich keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

NOTE 29 – ANGABEN ZU WESENTLICHEN RISIKEN AUS FINANZINSTRUMENTEN

Bezüglich der allgemeinen Organisation des Risikomanagements verweisen wir auf die Erläuterungen im Konzernzwischenlagebericht zum 30. Juni 2017.

Adressenausfallrisiken:

Übersicht der Adressenausfallrisiken nach Bilanzposten auf Grundlage der Buchwerte.

<i>in TEUR</i>	30.06.2017
Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Vermögenswerte	16.230.522
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	73.277
Zu Sicherungszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente	131
Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	138.550
Kredite und Forderungen an Kunden	3.577.025
Forderungen aus Finanzierungsleasing	415.998
Sonstige Vermögensgegenstände	139.909
Summe	20.575.412

Außerdem bestehen Kreditzusagen mit einem Nominalvolumen i.H.v. TEUR 182.012.

Wesentliche Adressenausfallrisiken resultieren ausschließlich aus dem Segment Financial Services to Corporates and Retails.

Das Ratingsystem in diesem Segment stützt sich auf eine systematische Bewertung der Kreditrisiken anhand von Modellen, die die internen Parameter gemäß Basel schätzen.

Bei der Berechnung des Eigenkapitalbedarfs gemäß der auf internen Ratingmodellen basierenden fortgeschrittenen Methode (Advanced Internal Ratings Based: A-IRB) werden die folgenden Parameter nach Basel verwendet:

- Das Ausfallrisiko (Exposure at Default, EAD) ist definiert als das Risiko der Gruppe bei einem Ausfall des Kontrahenten. Das EAD umfasst die in der Bilanz erfassten Risiken (Darlehen, Forderungen, ausstehende Erträge, Markttransaktionen usw.) sowie die außerbilanziellen Risiken, die anhand interner oder regulatorischer Umrechnungsfaktoren (Credit Conversion Factor, CCF) in entsprechende Bilanzwerte umgerechnet werden. (Ziehungsannahme)

- Die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kontrahent auf Sicht bis zu einem Jahr ausfällt
- Die Verlustquote (Loss Given Default, LGD) ist das Verhältnis zwischen dem in Bezug auf ein Exposure bei Ausfall eines Kontrahenten erlittenen Verlusts und der Höhe des Exposure zum Zeitpunkt des Vorfalles

Diese Parameter ermöglichen die Schätzung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA) sowie des erwarteten Verlusts (Expected Loss, EL) d.h. des Verlustes, der in Anbetracht der Qualität der Transaktion, der Solidität des Kontrahenten und sämtlicher Maßnahmen entstehen könnte, die zur Eindämmung des Risikos ergriffen wurden.

Der Credit-Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,90% zum 30. Juni 2017 stellt sich wie folgt dar:

<i>in MEUR</i>	Absatzfinanzierung			
	EAD	Erwarteter Verlust	Unerwarteter Verlust	Credit Value at Risk
Privatkunden	2.909,6	14,5	38,0	52,5
Gewerbekunden	445,6	4,6	10,0	14,6
Gesamtportfolio	3.355,2	19,1	48,0	67,1

<i>in MEUR</i>	Einkaufsfinanzierung			
	EAD	Erwarteter Verlust	Unerwarteter Verlust	Credit Value at Risk
Ohne Herstellergarantie	112,3	5,0	2,5	7,5
Mit Herstellergarantie	160,0	1,3	6,4	7,7
Gesamtportfolio	272,3	6,3	8,9	15,2

<i>in MEUR</i>	Leasing			
	EAD	Erwarteter Verlust	Unerwarteter Verlust	Credit Value at Risk
Gewerbekunden	681,2	5,4	17,5	22,9
Privatkunden	185,6	0,9	5,0	5,8
Gesamtportfolio	866,8	6,3	22,5	28,7

Bei der Einkaufsfinanzierung wird das regresslos innerhalb des übergeordneten Konzerns verkaufte Portfolio nicht in der Berechnung berücksichtigt.

Das Portfolio des Konzerns in der Absatzfinanzierung teilt sich auf Privat- und Gewerbekunden auf. Als Gewerbekunden werden hierbei Kleingewerbetreibende und Selbstständige erfasst. Infolge einer breiten Streuung weisen wir vergleichsweise niedrige Einzelrisiken auf. Mehr als 80 % der Darlehensverträge haben ein Kreditvolumen von weniger als 25.000 EUR.

In der Einkaufsfinanzierung existiert keine Kreditnehmergruppe mit einem Engagement, das 3% des Gesamtportfolios überschreitet. Die 20 größten Engagements stellen 32% des Gesamtportfolios dar.

Für die Messung der Konzentrationsrisiken im Leasinggeschäft der ALD LF wird der sogenannte Herfindahl-Index verwendet. Hierbei handelt es sich um einen „modellfreien“ Ansatz zur Quantifizierung des Konzentrationsrisikos. Gut diversifizierte Portfolios weisen einen Index nahe '0' auf, während stark konzentrierte

Portfolios Werte gegen 1,0 erreichen. Zum 30. Juni 2017 weisen sowohl das Neugeschäftsportfolio als auch das Bestandsportfolio in Bezug auf Größenklassen, Laufzeiten und Fabrikate Werte zwischen 0,24 und 0,45 auf.

Liquiditätsrisiko:

Der Konzern refinanziert sich im Wesentlichen über Unternehmen des übergeordneten Konzerns. Grundsätze und Regeln für das Management des Liquiditätsrisikos werden auf Ebene der Instanzen der Société Générale S.A. festgelegt.

Vorrangige Zielsetzung des Managements des Liquiditätsrisikos ist die Sicherstellung der Refinanzierung ihrer Aktivitäten zu optimalen Kosten, bei gleichzeitiger Steuerung des Liquiditätsrisikos und Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Das System zur Liquiditätssteuerung ermöglicht die Schaffung einer Zielstruktur bestehend aus Aktiva und Passiva für die Bilanz, die mit der vom Verwaltungsrat festgelegten Risikobereitschaft im Einklang steht.

- Die Struktur der Aktiva muss es den Geschäftsfeldern ermöglichen, ihre Tätigkeit liquiditätssparend und in Übereinstimmung mit der Struktur des Zielwerts der Passiva zu entwickeln. Diese Entwicklung muss die Einhaltung der innerhalb der Gruppe festgelegten Liquiditätsengpässe (bei einem statischen oder einem Stressszenario) sowie die aufsichtsrechtlichen Anforderungen beachten.
- Die Struktur der Passiva hängt von der Fähigkeit der Geschäftsfelder ab, finanzielle Mittel bei Kreditinstituten und Kunden aufzunehmen, sowie von der Fähigkeit der Gruppe, unter Beachtung ihrer Risikobereitschaft dauerhaft finanzielle Mittel auf den Märkten aufzunehmen. Das Steuerungssystem stützt sich auf eine Messung und Begrenzung der Liquiditätsengpässe der Geschäftsfelder in Referenzszenarien oder in Stress-Situationen, ihres Finanzierungsbedarfs bei der Gruppe, der von der Gruppe auf dem Markt aufgenommenen Finanzierung, der zur Verfügung stehenden geeigneten Vermögenswerte und des Beitrags der Geschäftsfelder zu den aufsichtsrechtlichen Kennzahlen.
- Die Geschäftsfelder müssen statische Engpässe bei fehlender oder geringer Liquidität im Rahmen der Durchführung ihrer Aktivitäten beachten, indem sie sich an die zentrale Treasury-Abteilung der Muttergesellschaft wenden. Diese kann ggf. eine Umwandlungs-/Gegenumwandlungsposition aufrechterhalten, die sie im Rahmen der ihr auferlegten Risikogrenzen überwachen, verwalten und steuern muss.
- Die auf der Grundlage systemischer, spezifischer oder kombinierter Szenarien ermittelten internen Liquiditätsstresstests werden auf Ebene der Muttergesellschaft begleitet. Sie werden verwendet, um sicherzustellen, dass der vom Verwaltungsrat festgelegte Zeithorizont für das Fortbestehen des Unternehmens eingehalten wird und um die Höhe der Liquiditätsrücklage zu kalibrieren. Sie werden von einem Notfallplan (Contingency Funding Plan) flankiert, der im Falle einer Liquiditätskrise zu ergreifende Maßnahmen vorsieht.
- Der Finanzierungsbedarf der Geschäftsfelder (kurz- und langfristig) wird gemäß den Zielsetzungen im Hinblick auf die Geschäftsentwicklung und in Übereinstimmung mit den Kapazitäten und Zielsetzungen für die Fremdkapitalaufnahme der Gruppe begrenzt.

- Ein Plan der langfristigen Refinanzierung wird erstellt um zukünftige Rückzahlungen abzudecken und das Wachstum der Geschäftsfelder zu finanzieren.
- Die kurzfristigen finanziellen Mittel des Konzerns werden so dimensioniert, dass sie den kurzfristigen Bedarf der Geschäftsfelder während der dem Anlagemanagement entsprechenden Zeithorizonte und im Rahmen der für das Geschäft geltenden Auflagen finanzieren können. Wie oben erwähnt, werden sie entsprechend der Liquiditätsrücklage auf der Aktivseite dimensioniert, im Einklang mit dem festgelegten Überlebenshorizont unter Stressbedingungen sowie der Zielsetzung für die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen (LCR/NSFR)
- Schließlich werden die Liquiditätskosten durch die interne Refinanzierungsskala begrenzt. Die den Geschäftsfeldern zugewiesenen Finanzierungen werden diesen auf der Basis von Skalen in Rechnung gestellt, die die Liquiditätskosten des Konzerns widerspiegeln. Ziel dieses Systems ist die Optimierung der Nutzung externer Finanzierungsquellen durch die Geschäftsfelder. Es dient dazu, das Gleichgewicht der Finanzierung in der Bilanz zu steuern.

Nach Einschätzung der einzelnen Konzernunternehmen sowie aus Sicht der Société Générale Gruppe sind derzeit keine Liquiditätsrisiken für den Konzern erkennbar.

Zum 30. Juni 2017 weisen die Verbindlichkeiten des Konzerns folgende Fälligkeiten auf:

<i>in TEUR</i>	Bis zu 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken	-	-	-	-	-	-
Erfolgswirksam zum Fair Value angesetzte finanzielle Verbindlichkeiten ohne Derivate	2.059.557	865.206	1.250.166	943.886	-	5.118.815
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	399.036	866.024	1.893.913	408.869	-	3.567.842
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.354	-	-	-	-	2.354
Verbriefte Verbindlichkeiten	140.181	323.061	594.414	-	-	1.057.656
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-	-	-	-
Summe Verbindlichkeiten	2.601.128	2.054.291	3.738.493	1.352.755	-	9.746.667
Erhaltene Kreditzusagen	5.060	22.770	96.810	8.500	-	133.140
Erhaltene Garantiezusagen	-	-	-	-	-	-
Summe Zusagen	5.060	22.770	96.810	8.500	-	133.140

Für die Darstellung der übrigen Risiken verweisen wir auf den Lagebericht.

NOTE 30 – ANGABEN GEMÄß § 315E HGB

Personalaufwand

Der Personalaufwand des 1. Halbjahres 2017 setzt sich wie folgt zusammen:

<i>in TEUR</i>	01.01.2017 – 30.06.2017
Löhne und Gehälter	27.299
Soziale Abgaben	4.948
davon: für Altersversorgung	438

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der im 1. Halbjahr 2017 beschäftigten Mitarbeiter betrug:

	männlich	weiblich	Summe
Global Banking and Investor Solutions	2	2	4
Financial Services to Corporates and Retails	209	232	441
Asset Management	130	100	230
Gesamt	341	334	675

Bezüge der Geschäftsführung

Die Mitglieder der Geschäftsführung der SGE erhalten ausschließlich ein Fixgehalt in Höhe von monatlich 600 EUR. Die Gesamtbezüge beliefen sich im ersten Halbjahr 2017 damit auf insgesamt 10.800 EUR.

